



Universität Potsdam



Sebastian Rogga

Zwischen Kolchose, Kapitalismus und kultureller Autonomie

Wandel und Persistenzen im Transformationsprozess
des Deutschen Nationalen Rayons (Altai)

Praxis Kultur- und Sozialgeographie | PKS 53

Praxis Kultur- und Sozialgeographie

Sebastian Rogga

**Zwischen Kolchose, Kapitalismus
und kultureller Autonomie**

Wandel und Persistenzen im Transformationsprozess
des Deutschen Nationalen Rayons (Altai)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de/> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2011

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: 2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **Praxis Kultur- und Sozialgeographie : PKS** wird herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wilfried Heller, Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner und Dr. Carsten Felgentreff

ISSN (print): 0934-716X
ISSN (online): 1868-2499

Teilw. zugl.: Potsdam, Univ., Magisterarbeit, 2010

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
Schriftleitung: Dr. Waltraud Lindner
Umschlagfoto: Tina Swierczynski

Online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/5280/>
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-52808](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-52808)
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-52808>

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam:
ISBN 978-3-86956-140-0

Sprachliche Anmerkungen und Informationen zur Transliteration

Die Umschrift russischer Begriffe aus dem kyrillischen Alphabet in das lateinische wird auf der Basis des Transliterationssystems DIN 1460 erfolgen, das sich nach Meinung des Autors als geeignet erwiesen hat (siehe Anhang 1). Eine Ausnahme wird lediglich die Transliteration des kyrillischen Buchstaben „ë“ betreffen, der in der vorliegenden Arbeit mit der Lautsilbe „jo“ übersetzt wird, während die DIN 1460 den Buchstaben unverändert lässt.

Russische Termini, die sich in den deutschen Sprachgebrauch integriert haben, werden grammatikalisch als deutsche Worte behandelt. Dies betrifft Worte wie die Datsche, die Kolchose, Perestroika u. a.

In der Wissenschaft hat in der Vergangenheit die Bezeichnung „Russländische Föderation“ zur Bezeichnung des Staatsgebiets an Bedeutung gewonnen, weil der Begriff implizit die nichtrussischen Ethnien, die auf dem Staatsgebiet leben, berücksichtigt. Auch der offizielle Staatsname „Rossijskaja Federacija“ trägt dem Rechnung (rossijskij = russländisch; russkij = russisch). Im deutschen Wortgebrauch hat sich dieser Begriff jedoch noch nicht weitläufig durchgesetzt. Die vorliegende Arbeit wird mit beiden Begriffen arbeiten, um eine Unterscheidung hinsichtlich einer staatlich-administrativen Dimension („russländisch“) und einer ethnischen Dimension („russisch“) hervorzuheben.

Aus Gründen der erleichterten Lesbarkeit verzichtet die vorliegende Arbeit weitestgehend auf eine sprachliche Anpassung im Sinne des Gender-Mainstreaming. Dies ist ausdrücklich nicht diskriminierend gemeint.

Inhaltsverzeichnis

	Abbildungs-, Tabellen- und Kartenverzeichnis	9
	Abkürzungsverzeichnis	11
1	Einleitung	13
2	Zur wissenschaftlichen Einordnung des Untersuchungsgegenstands	15
2.1	Zum Transformationsbegriff in der Wissenschaft	15
2.2	Transformationsforschung in der Geographie	16
2.3	Literaturüberblick zum Untersuchungsgegenstand	18
2.4	Verortung, Ausstattung und administrative Einordnung des DNR Altai	20
2.5	Naturräumliche Ausstattung	23
2.5.1	Geologie	23
2.5.2	Klima	24
2.5.3	Boden	25
2.5.4	Landwirtschaftliche Eignung	26
3	Wie die Deutschen in die zentralrussische Steppe kamen – ein geschichtlicher Überblick	29
3.1	Kolonialisierung und Ursprung russlanddeutscher Geschichte	29
3.2	Die erste Gründung des DNR Altai	34
3.3	„Neues Land“ – neues Leben	38
3.4	Zeitenwende, Öffnung und einsetzende Migration	40
4	Postsozialistische Transformation	43
4.1	Wirtschaftstransformation	45
4.1.1	Transformation der Landwirtschaft	47
4.1.2	Regionale wirtschaftliche Rahmenbedingungen – die Situation im Altai-Krai	52
4.1.3	Lokale Muster der Wirtschaftstransformation im DNR Altai	55
4.1.4	Zusammenfassung	65
4.2	Soziale Transformation	66
4.2.1	Nationale und regionale sozioökonomische Transformation	66
4.2.2	Sozialer Wandel im DNR Altai	69

4.3	Zwei Schritte vorwärts – einer zurück. Transformation der russischen Politik und Verwaltung	73
4.3.1	Lokale Selbstverwaltung im Kontext nationaler Minderheitenpolitik am Beispiel des DNR Altai	76
4.3.2	Nationale Autonomie – der deutsche Faktor im russischen System	77
4.3.3	Zusammenfassung	81
4.4	Demographie	82
4.4.1	Die „demographische Krise“ in der Russländischen Föderation und im Altai-Krai	82
4.4.2	Gegen den Trend – Die Entwicklung im DNR Altai	84
4.4.3	Die Auswanderung der Deutschen im Untersuchungsraum	86
5	Das bundesdeutsche Engagement im DNR Altai	91
5.1	Rechtliche Grundlagen und Legitimierung bundesdeutscher Initiative	91
5.2	Beteiligte Institutionen und Strategieansätze	93
5.3	Deutsche Förderung im DNR Altai – Bilanz und Aussicht	96
6	Perspektiven, Potentiale und Hemmnisse	101
7	Zusammenfassung	109
8	Literaturverzeichnis	111
	Anhang	119

Abbildungs-, Tabellen- und Kartenverzeichnis

Abbildungen

Abb. 1:	Dimensionen des Transformationsprozesses	17
Abb. 2:	Der DNR Altai im Verwaltungsaufbau der Russländischen Föderation	20
Abb. 3:	Klimadiagramm der Stadt Slavgorod	25
Abb. 4:	Variabilität der Sommerniederschläge für das Dorf Grishkowka (1981–1991)	25
Abb. 5:	Verhältnis von ländlicher zu städtischer Armut in Ost- und Mitteleuropäischen Ländern, 2006 bis 2007	44
Abb. 6:	Ausgewählte makroökonomische Kennziffern der russländischen Wirtschaft seit 2001	46
Abb. 7:	Entwicklung der Produktivität der russländischen Landwirtschaft 1970–2009 (in Prozent zum Vorjahr)	51
Abb. 8:	Entwicklung der Pro-Kopf-Investitionen (in Tsd. Rubel) (1990–2008)	54
Abb. 9:	Standorte der agroindustriellen Großbetriebe im DNR Altai	56
Abb. 10:	Kosten-Erlös-Übersicht der Großbetriebe des DNR Altai während der Transformationsphase	58
Abb. 11:	Entwicklung der nominellen monatlichen Pro-Kopf-Einkommen (2002–2007)	71
Abb. 12:	Entwicklung städtischer und ländlicher Bevölkerung im Altai-Krai zwischen 1990 und 2007	84
Abb. 13:	Entwicklung der Einwohnerzahl des DNR Altai	86
Abb. 14:	Unterschiedliche Dynamik des Emigrationsprozesses von Russlanddeutschen in ausgewählten Gemeinden des DNR Altai (1987–1994)	88
Abb. 15:	Anteil deutscher Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Gemeinden des DNR Altai (1987–1994)	89
Abb. 16:	Organisationsstruktur der „Stiftung Altai“	96

Tabellen

Tab. 1:	Bevölkerungszahl und Infrastruktureinrichtungen noch bestehender deutscher Dörfer des DNR Altai aus dem Jahr 1926	34
Tab. 2:	Russlanddeutsche Bevölkerung in den Verwaltungsgroßbezirken der Russländischen Föderation – nach Ergebnissen der Volkszählung 2002	36
Tab. 3:	Bildungsniveau von Russlanddeutschen im Altai-Krai aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung vom 12.1.1989	42
Tab. 4:	Entwicklung der Farmer-Betriebe in der russländischen Landwirtschaft seit 1990	48
Tab. 5:	Entwicklung der Hauswirtschaften in der russländischen Landwirtschaft seit 1990	50
Tab. 6:	Zur Bedeutung des Altai-Krai als Wirtschaftsregion in der Russländischen Föderation	53
Tab. 7:	Entwicklung der jährlichen Produktion ausgewählter Erzeugnisse im DNR Altai	62
Tab. 8:	Index der landwirtschaftlichen Produktion nach Betriebsart im DNR Altai zwischen 2002–2007	64
Tab. 9:	Soziale Dienstleistungen der Kolchosen des DNR Altai im Wandel	68
Tab. 10:	Erwerbsstrukturdaten zum DNR Altai (2004–2006)	72
Tab. 11:	Ausgewählte demographische Kennziffern für das Jahr 2006 im Vergleich	85

Karten

Karte 1:	Die Lage des Altai-Krai als Verwaltungssubjekt der Russländischen Föderation	21
Karte 2:	Übersichtskarte des Altai-Krai	22
Karte 3:	Der DNR Altai mit seinen Gemeinden	23
Karte 4:	Die Kulundasteppe als Teil des Neulandgebiets	24

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMI	Bundesministerium des Innern
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DNR	Deutscher Nationaler Rayon
EGH	Entwicklungsgesellschaft Halbstadt mbH
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
INTAS	International Association for the promotion of co-operation with scientists from the New Independent States of the former Soviet Union
KfbG	Kriegsfolgebereinigungsgesetz
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NÖP	Neue Ökonomische Politik
PNEW	Private Nebenerwerbswirtschaften
RF	Russländische Föderation
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VDA	Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland
WSGH	Wohnungssiedlungsgesellschaft Halbstadt

1 Einleitung

Die Bemühungen der russlanddeutschen Minderheit in der Sowjetunion um ein autonomes, eigen verwaltetes Gebiet innerhalb des Vielvölkerstaates wurden zu Beginn der 1990er Jahre immerhin mit einem Teilerfolg gekrönt. Es kam nicht wie erhofft zu einer Wiedererrichtung der im Jahre 1941 aufgelösten Wolgarepublik der Russlanddeutschen, sondern lediglich zu einer Replikation eines deutschnationalen Rayons in der Region Altai, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein Siedlungsschwerpunkt von Russlanddeutschen in Westsibirien war. Ein Jahr später folgte die Neugründung eines zweiten Territoriums dieser Art unweit von Omsk (Asovo). Auch wenn beide Territorien von der Flächenausdehnung und der Wirtschaftskraft relativ unbedeutend waren, wurde dies von Seiten russlanddeutscher Kulturorganisationen als ein erster Schritt einer nationalen „Wiedergeburt“ gedeutet. Symbolisch endete damit auch eine über 60 Jahre andauernde Phase staatlicher Repressionen, die die Russlanddeutschen in der Sowjetunion erfuhren. Der eigentliche Impuls, der zur Einrichtung beider „deutscher nationaler Rayons“ (russ.: *nemeckij nacional'nyj rajon*) führte, ging jedoch nicht allein auf eine Tauwetterperiode in der sowjetischen Minderheitenpolitik zurück. Als zu Beginn der 90er Jahre der massenhafte Auszug von Russlanddeutschen in das Land ihrer Vorväter einzusetzen begann, sollten die nationalen Rayons ein Signal aussenden, dass es eine Bleibealternative auf dem Gebiet der sich allmählich auflösenden Sowjetunion geben sollte. Eine Abmilderung der Ost-West-Migration der Russlanddeutschen lag im Interesse beider Länder, denn die Deutschen wurden der Menge an Einreisenden nicht mehr Herr und der Exodus einer ganzen Minderheit warf kein gutes Licht auf die Sowjetunion bzw. ab Dezember 1991 die Russländische Föderation (RF), auf deren Territorium sich beide nationalen Rayons befinden.

Der Deutsche Nationale Rayon Altai (im folgenden DNR Altai) war der erste dieser wiedererrichteten nationalen Territorien. Er bildet den Untersuchungsraum dieser Arbeit, die vor allen Dingen die Prozesse beleuchtet wird, die sich seit der Neugründung im Jahr 1991 vollzogen haben und immer noch andauern und unter dem Oberbegriff der *Systemtransformation* bezeichnet werden können. Die Arbeit verfolgt das Ziel, über eine explorative Vorgehensweise an die wissenschaftliche Begleitforschung, die gegen Mitte der 90er Jahre aussetzte, anzuknüpfen und die Entwicklungen der Transformationsperiode zu rekonstruieren. Die zentrale Forschungsfrage lautet demnach, inwieweit sich soziale, wirtschaftliche und politische Transformationsprozesse im Rahmen des nationalen, regionalen und lokalen Systemumbaus darstellen und am Beispiel des DNR Altai exemplifizieren.

Nach einem Einführungsteil, in dem zentrale Begriffe und der Untersuchungsraum definiert und portraitiert werden, wird ein Überblick über die historischen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen des DNR Altai gegeben. Dies erfolgt auf der Basis wissenschaftlicher Fachliteratur und historischer Dokumente. Es soll dargestellt werden, dass der untersuchte Raum sehr spezifische Ausgangsbedingungen aufwies, die einen Einfluss auf den Transformationspfad des DNR Altai und seiner Bevölkerung ausübte.

Im anschließenden Analyseteil werden die lokalen Transformationsprozesse, thematisch nach Dimensionen getrennt, vor dem Hintergrund nationaler und regionaler Prozesse dargestellt und diskutiert. Während sich Makrophänomene durch die Analyse von Statistiken und Fachliteratur relativ leicht rekonstruieren lassen, ist auf lokaler Ebene eine Mischung der

Methoden qualitativer empirischer Sozialforschung zum Einsatz gekommen. Quellengrundlage bilden Archivmaterialien und Graue Literatur der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie lokale Zeitungen, Experteninterviews und Alltagsgespräche, Feldforschung und teilnehmende Beobachtung sowie (z. T. unveröffentlichte) Statistiken lokaler Behörden. Aufgrund der Tragweite der lokalen demographischen Prozesse, die mit dem Ende der Sowjetunion einsetzen, schließt sich auch ein Unterkapitel an, das sich gesondert mit dem Aspekt der Emigration der Russlanddeutschen nach Deutschland auseinandersetzt und die Folgen für die Entwicklung des Untersuchungsraumes diskutiert.

Bevor die Ergebnisse zusammengefasst und mögliche Zukunftsperspektiven gegeben werden, geht die Arbeit zuvor der Frage nach, inwieweit das deutsche Engagement, das sich finanziell und institutionell niederschlug, auf die Entwicklung des DNR Altai Einfluss genommen hat. Der Zeitpunkt ist günstig gewählt, da die lokalen Fördermaßnahmen, die seit 1991 durch Bundesmittel finanziert wurden, in naher Zukunft eingestellt werden sollen. Somit wird die vorliegende Arbeit auch untersuchen, welche Strukturen gefördert und aufgebaut wurden und welche sich als tragfähig erwiesen haben.

Bei der Zusammenführung der Ergebnisse wird auch noch einmal gesondert auf die Frage nach der Zukunft russlanddeutscher Territorialität auf dem Gebiet der Russländischen Föderation eingegangen. In der Tradition der angewandten Geographie werden auf der Basis der herausgearbeiteten Ergebnisse abschließend Empfehlungen abgeleitet, wie man positive Entwicklungen im lokalen Kontext anstoßen kann und welche Rahmenbedingungen sich ändern müssten.

2 Zur wissenschaftlichen Einordnung des Untersuchungsgegenstands

2.1 Zum Transformationsbegriff in der Wissenschaft

Kaum ein Begriff hat in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften eine derartige Neuaufladung erfahren wie der der Systemtransformation. Wurde er lange Zeit ausschließlich in einem systemtheoretischen Kontext verwendet, hat der Begriff mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems eine neue Diskurskraft erfahren (vgl. KLÜTER 2000:35). Mit dem Übergang der sozialistischen Gesellschaften Osteuropas in eine neue Gesellschaftsform hatten Publikationen im Kontext von „Transformationsforschung“ Hochkonjunktur. Im Stile einer wissenschaftlichen Begleitforschung analysierten sie die gesellschaftlichen Prozesse und versuchten sie in einem übergeordneten theoretischen Zusammenhang einzuordnen. Die Forschung wurde vor allen Dingen von den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vorangetrieben, aber auch von anderen Disziplinen verfolgt, was schnell zu einer sach- und raumbezogenen Zersplitterung des Faches führte (FASSMANN 2000:17). Als Folge entstand eine Vielzahl parallel gebrauchter Begrifflichkeiten (Transition, Systemwandel, Systemübergang u. a.), die wie der Transformationsbegriff selbst in einem ähnlichen Kontext verwendet, aber selten klar voneinander abgegrenzt und teilweise synonym benutzt wurden (MERKEL 2010:62; FÖRSTER 2000:54, HELLER 1997:14). Disziplinen übergreifend hat sich „Systemtransformation“ als Oberbegriff etabliert, um „alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und -wechsels“ zu beschreiben (zit. nach MERKEL 2010:66). Im Kontext sozialgeographischer Forschung wird dem Transformationsbegriff ebenfalls der Vorzug vor dem der Transition eingeräumt, da sich mit letzterem häufig eine normative Vorstellung verknüpft, die den Transformationspfad ehemaliger sozialistischer Staaten zu demokratischen Staaten westlicher Prägung vorzeichnet. Diese Pfadabhängigkeit wird aber von Transformationsforschern kritisch gesehen (ausführlich dazu HELLER 1997).

Der Transformationsbegriff wird insbesondere im Zusammenhang mit den postsozialistischen Gesellschaften gebraucht, um den fundamentalen Wandel in wirtschaftlichen Strukturen und gesellschaftlichen Mentalitäten, die bis dato in dieser Größenordnung einzigartig waren, gerecht zu werden. Außerdem reflektiert er die aktive Rolle, die die Akteure in den Gesellschaften einnehmen, um den Systemwandel zu gestalten. Aufgrund der Vielzahl parallel ablaufender Innovations- und vor allen Dingen auch Adaptionenprozesse, die alte Systemelemente an die neuen Bedingungen zeigen, plädiert HELLER (1997:15f.) dafür, dass man in diesem Zusammenhang sogar von Transformationen sprechen kann. Dies trägt auch dem Umstand Rechnung, dass die durch Transformationen verursachten Veränderungen sowohl einzelne Sachverhalte, aber auch „sehr komplexe Umgestaltungen und Neuformierungen umfassen können“ (zit. nach HELLER 1997:15).

Die Frage, ob der Begriff der Systemtransformation noch zeitgemäß ist, wird insbesondere von Ökonomen und Politikwissenschaftlern aufgeworfen, da der Prozess des *institution-building*, der als einer der Kernpunkte des Systemumbaus galt, als abgeschlossen betrachtet werden kann (dazu STADELBAUER 2007:8). Vor dem Hintergrund zunehmender

Integration von Volkswirtschaften in den Weltmarkt und anderer Phänomene, die unter dem Begriff der „Globalisierung“ zusammengefasst werden können, wird eine Abgrenzung der Analyse beider Prozesse voneinander immer schwieriger. STADELBAUER (2000:61) betrachtet beide Phänomene als sich wechselseitig verstärkende, die nicht voneinander getrennt analysiert werden können. In diesem Sinne wird der Begriff der Transformation immer häufiger durch den des „Strukturwandels“ abgelöst und auf andere Staaten in Südamerika, Afrika und Asien übertragen, die ebenfalls Strukturveränderungen in Zeiten globalen Wandels vollziehen. Argumente, die gegen eine Verwerfung des Transformationsbegriffes plädieren, beziehen sich vor allem auf die Relevanz vererbter sozialistischer Strukturen, die auch heute und in Zukunft zur Analyse herangezogen werden müssen (vgl. FASSMANN 2000:18).

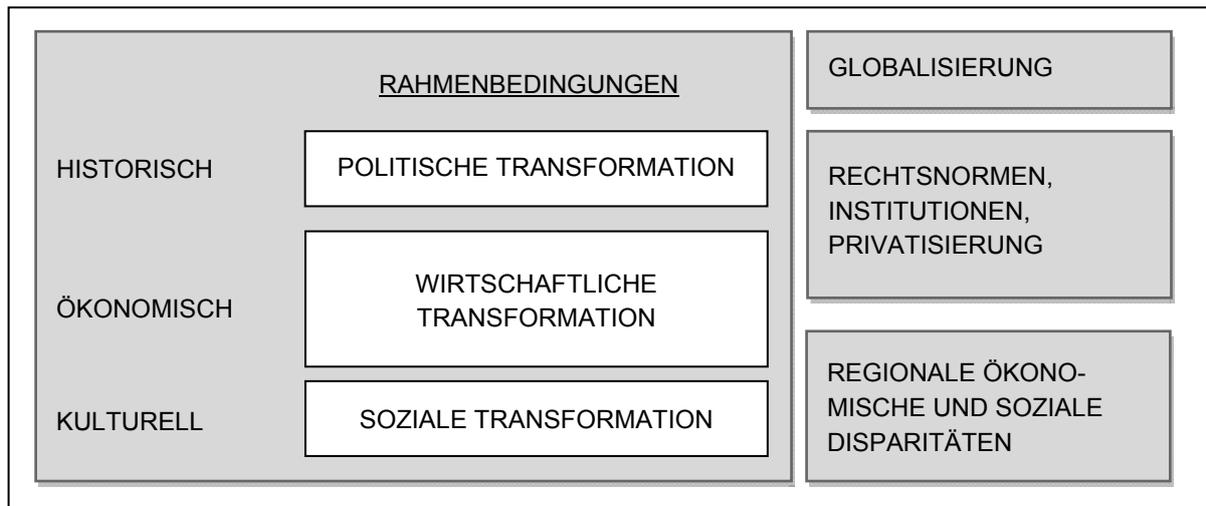
2.2 Transformationsforschung in der Geographie

Aufgrund des Raumbezugs von Transformationsprozessen in den ehemals sozialistischen Gesellschaften leitete auch die Geographie ihr Forschungsinteresse an der Systemtransformation ab. In Anlehnung an die in den Nachbardisziplinen gebrauchten Arbeitsdefinitionen versteht man unter der *geographischen Transformationsforschung* „(...) eine Forschungsdisziplin, die sich mit den politischen, ökonomischen, sozialen und räumlichen Veränderungsprozessen als Folge des Systemumbruchs in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa befasst“ (zit. nach FÖRSTER 2000:55). Um den Systemwandel aufzuzeigen, werden die Dimensionen der Transformation vor dem Hintergrund historischer, soziokultureller und politischer Rahmenbedingungen analysiert (siehe Abb.1). Da Systemtransformation vor allen Dingen die Staatenebene betrifft, muss hier von heterogenen Rahmenbedingungen und somit auch von individuellen Transformationspfaden ausgegangen werden. Dieser Heterogenität von Raumbezügen, Forschungsmethoden und Untersuchungsobjekten versuchte die Forschungsdisziplin in einer Vielzahl von Publikationen, die überwiegend in den 90er Jahren erschienen sind, zu begegnen.¹

Der Transformationsforschung allgemein wurde aufgrund der Vielschichtigkeit des Forschungsfeldes mangelnde Theoriebildung vorgeworfen. Bis heute fehlt ein „fruchtbarer Transformationsbegriff ebenso wie eine -theorie“, da Ergebnisse aufgrund der „Unterschiede im Transformationsverlauf auf einem Abstraktionsniveau angesiedelt werden, das letztlich keine sinnvollen Erklärungen mehr zulassen würde“ (zit. nach FÖRSTER 2000:56, vgl. auch FASSMANN 2000:17). KOLLMORGENS Typisierung postsozialistischer Transformationen mit Fokus auf den dominierenden Modus des Akteurs- und Institutionenumbaus sowie der gesellschaftlichen Integration, gehört zu den wenigen Versuchen einer Typisierung von Transformationsprozessen in Osteuropa (2003:19–60). Auch die Arbeiten LINDNERS (2003, 2008), der eine Typologie der Transformation landwirtschaftlicher Großbetriebe im ländlichen Raum Russlands erarbeitet hat, soll als Beispiel jüngerer Beiträge erwähnt werden.

¹ Einen Überblick über Arbeiten zur geographischen Transformationsforschung der 90er Jahre bieten u. a. FASSMANN (2000) und STADELBAUER (2000).

Abb. 1: Dimensionen des Transformationsprozesses nach Stadelbauer



Quelle: STADELBAUER (2000:61).

Als Ergebnis existiert ein „Flickenteppich“ von Untersuchungen, deren Untersuchungsgegenstände, Methoden und Räume wenige Gemeinsamkeiten aufweisen. Wie STADELBAUER und FASSMANN (beide 2000) herausgearbeitet haben, existieren jedoch ganz eindeutig Präferenzen, die folgende Untersuchungsdefizite aufzeigen:

1. Untersuchungen des ländlichen, peripheren Raumes stehen denen des städtischen Raumes zurück. Dies wird verständlich unter dem Gesichtspunkt, dass Transformationsphänomene sich in städtischen Räumen schneller räumlich manifestieren als in ländlichen Räumen, wo die Erfassung sozialökonomischer Prozesse methodisch schwieriger ist und sich die „Akteure und Betroffenen“ oft nur in empirisch aufwendigen Verfahren erfassen lassen (FÖRSTER 2000:57).
2. Es gibt einen Mangel an Untersuchungen, welche die Transformationsprozesse auf der Meso- und Mikroebene untersuchen. Dabei liegt in der Betrachtung solcher Phänomene auf subnationaler Ebene die Stärke der Geographie gegenüber ihrer Nachbardisziplinen (vgl. STADELBAUER 2000:68).
3. Thematisch gesehen dominieren Fragen der Wirtschafts-, der Sozial- und der politischen Geographie, was durch die Dimensionen der Systemtransformation begründet ist. Unterrepräsentiert sind geoökologische Fragestellungen (FASSMANN 2000: 16).
4. Methodisch gesehen arbeiten die meisten Transformationsforscher in der Geographie mit den Methoden der empirischen Sozialanalyse. Dies scheint aber nicht für alle Maßstabsebenen zu gelten: FÖRSTER identifiziert für die Mikroebene einen „außerordentlichen Bedarf“ an empirischen Analysen, im Sinne eines handlungstheoretischen Ansatzes bzw. akteursbestimmter Tätigkeiten (2000:57).

Das Interesse an der Transformationsforschung ist auch in der Geographie in den letzten Jahren stark zurückgegangen – KOLLMORGEN stellt sogar einen „regelrechten Überdruß“

am Thema fest (2003:19) –, so dass sich auch hier die Frage nach der Notwendigkeit weitergehender Forschungen stellt.

FASSMANN verteidigt die geographische Transformationsforschung und stellt einen Bedarf fest, den Transformationsprozess zu begleiten und die räumlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen systematisch zu beobachten (2000:18). Durch die Beobachtung wachsender regionaler Disparitäten in den Transformationsländern, rückt die Regionalkompetenz der Geographie wieder stärker in den Fokus. Auch wenn die geographische Transformationsforschung wohl keine *grand theory* mehr entwickeln wird, so besteht der Wert der Disziplin in der angewandten Forschung (Politikfeldberatung, Entwicklungsplanung) und der umfassenden politisch-geographischen Analyse. Gerade in Ländern wie der Russländischen Föderation bedarf es einer tiefgreifenden Kenntnis der nationalen Bedingungen, um relevanten wirtschaftspolitischen Ratschlag geben zu können (PETRICK 2010:7).

2.3 Literaturüberblick zum Untersuchungsgegenstand

Der bereits angesprochene Mangel an Untersuchungen des ländlichen Raumes in der RF, des nach Osten hin abnehmenden Forschungsinteresses und der geringen Flächenausdehnung des Untersuchungsgebietes, engen die Verfügbarkeit vorliegender Forschungserkenntnisse bereits zwangsläufig ein. Als relativ gut erforscht kann die physisch-geographische Dimension des Untersuchungsraumes gezählt werden. Dies war eine Domäne der sowjetischen Forschung gewesen, die ihre Erkenntnisse stets den ideologischen Zielen und Vorgaben der kommunistischen Einheitspartei (Produktionssteigerung von Erzeugnissen, Effektivierung von Wertschöpfungsketten) zur Verfügung stellte. Anthropogeographische Untersuchungen waren demgegenüber stark unterrepräsentiert.

Westlichen Wissenschaftlern blieb der Zugang zum Untersuchungsraum zur Zeit der Sowjetunion aufgrund der Grenzlage und einer räumlichen Konzentration strategisch wichtiger Komplexe der Rüstungsindustrie verwehrt. Daher blieb die von ANGER im Jahr 1930 vorgestellte Publikation² für lange Zeit die letzte, die sich auf Feldforschungen in den deutschen Siedlungsgebieten des Altai stützen konnte. Als sich die Sowjetunion im Zuge von Glasnost langsam öffnete, gelangten auch die Altaideutschen zunehmend ins Blickfeld der westlichen Forschung. Für die Geographie war die im Jahr 1991 erschienene Monographie „*Die deutschen Dörfer in der westsibirischen Kulunda-Steppe: Entwicklung, Strukturen, Probleme*“ von MANFRED KLAUBE von großem Wert, da seine faktographische Arbeit erstmalig einen aktuellen Ein- und Überblick über das russlanddeutsche Siedlungsgebiet des Altai gewährte. Über die 90er Jahre hinweg setzte dann eine Forschungskonjunktur ein. Die lang in der Isolation lebenden Russlanddeutschen des Altai waren vor allem Gegenstand ethnologischer, linguistischer und kulturwissenschaftlicher Forschung.

Ein Teilbereich anthropogeographischer Forschung, der sich mit den durch die Transformationsprozesse ausgelösten Migrationsbewegungen sogenannter (Spät-)Aussiedler be-

² ANGER, H. (1930): Die Deutschen in Sibirien : Reise durch die deutschen Dörfer Westsibiriens.

schäftigt, soll an dieser Stelle erwähnt werden. Die geographische Aussiedlerforschung, die sich zunächst mit Fragen der Assimilation von Immigranten aus der Perspektive des Aufnahmelandes (in diesem Fall Deutschland) beschäftigte, verlagerte in den 80er Jahren ihren Forschungsschwerpunkt hin zu einer Diskussion von Forschungsansätzen, die sich mit der Entwicklung und Ausdifferenzierung von *migrant communities* bzw. *ethnic communities* befasste (BÜRKNER et al. 1997:216). Die Untersuchung sozialräumlicher Strukturen, die die Immigranten aus ihren Herkunftsländern in der Zielregion reproduzierten, verlagerte das Forschungsinteresse vom Einwanderungsland hin zum Herkunftsland der Migranten (dazu ausführlich BÜRKNER et al. 1997). Da sich die vorliegende Arbeit ebenfalls im Kontext russlanddeutscher Migrationsbewegung bewegt, sind Erkenntnisse der (Spät-)Aussiedlerforschung zu Charakteristika des Migrationsprozesses, auf die etwas detaillierter in Kapitel 4.4.3 und bei der Beurteilung der kulturellen Entwicklung (Kap. 6) eingegangen wird, eingeflossen. Auf der anderen Seite bieten die Ergebnisse auch einen Beitrag zur neueren Migrantenforschung durch eine Differenzierung der Russlanddeutschen als Einwanderungsgruppe.

Aus geographischer Perspektive sind weitere Veröffentlichungen von KLAUBE, die zwischen den Jahren 1994–96 publiziert wurden, von Bedeutung. Seine wissenschaftliche Begleitforschung setzt dann aus und folgt dem rückläufigen Trend der Russlanddeutschen-Forschung in der RF um die Jahrtausendwende. In der Folge sind dennoch erwähnenswerte Beiträge zur Erforschung des Untersuchungsraumes unternommen worden: Die Dissertation von MEINEL (2002)³ wählt den DNR Altai als Untersuchungsgegenstand geoökologischer Forschung und untersucht die Folgewirkungen der extensiven landwirtschaftlichen Nutzung. Die im Rahmen eines INTAS-Projektes, an der u. a. die Universität Potsdam und die Staatliche Universität des Altai (АГУ) in Barnaul teilnahmen, entstanden zudem Kooperationsarbeiten von VIEHRIG (2005)⁴ sowie HELLER et al. (Hg.) (2003)⁵, die Informationen über das deutsche Siedlungsgebiet des Altai aus einer kultur- und sozialgeographischen Perspektive vermitteln, auch wenn beide Arbeiten einen überregionalen Untersuchungsfokus einnehmen.

Die vorliegende Arbeit kann sich kaum auf Erkenntnisse der „einheimischen“ Regionalforschung stützen, was indirekt immer noch mit der postsozialistischen ideologischen und finanziellen Krise des russischen Hochschulbetriebes in Verbindung steht. Dieser musste sich vor dem Hintergrund massiver Budgetkürzungen in der Vergangenheit an marktwirtschaftliche Bedingungen anpassen und die Forschung und Publikation der Ergebnisse vernachlässigen. Für die geographische Hochschullehre in der Region Altai bedeutete dies, dass sich eine Vielzahl von Publikationen auf die Untersuchung des touristischen Potentials oder auf Untersuchungen für Industriestandorte der Region konzentrierte. Die in der Randlage der Altai-Region befindlichen Landkreise mit hohem Anteil an russland-

³ MEINEL, H.T. (2002): Die geoökologischen Folgewirkungen der Steppenumbrüche in den 50er Jahren in Westsibirien.

⁴ VIEHRIG, H. (2005): Russlands Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation.

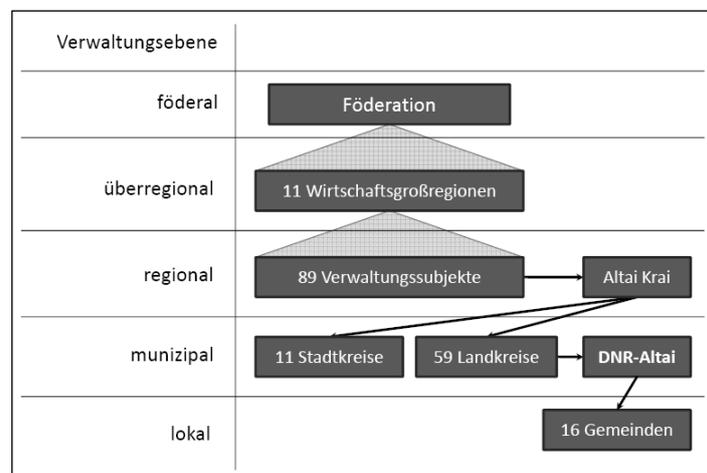
⁵ HELLER, W.; FELGENTREFF, C.; LINDNER, W. (Hrsg.) (2003): The socio-economic transformation of rural areas in Russia and Moldova.

deutscher Bevölkerung blieben von der sozial- oder kulturgeographischen Forschung hingegen weiterhin unbeleuchtet. Daher müssen geographische Untersuchungen, die einen Fokus auf die Untersuchungsregion legen und über die bloße Interpretation statistischer Landesdaten zu Produktionsmengen und demographischen Zahlen hinausgehen, als inselhaft bezeichnet werden.

2.4 Verortung, Ausstattung und administrative Einordnung des DNR Altai

Den geographischen Untersuchungsrahmen dieser Arbeit bildet der DNR Altai – ein 1.432 km² großes Areal, das von seinen administrativen Grenzen umschlossen wird. Dadurch ist es als Gebietskörperschaft gekennzeichnet, die in den Verwaltungsaufbau der Russländischen Föderation eingeordnet werden kann. Anhand der flächenhaften Ausdehnung und der Bevölkerungszahl ist das Untersuchungsgebiet durchaus mit einem deutschen Landkreis vergleichbar: Beide Staaten haben einen föderalen Verwaltungsaufbau und Landkreise resp. Rayons bilden eine überlokale Verwaltungsebene, die unter der regionalen Ebene angesiedelt ist.⁶ Daher wird im Folgenden neben der Raumkategorie des ‚Rayons‘ auch synonym der des ‚Landkreises‘ (oder Kreis) verwendet, um den DNR Altai einzuordnen. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, bildet der DNR Altai einen von 59 sogenannten ländlichen Kreisen (russ.: *municipal'nye rajony*) des Altai-Krai, der wiederum eines von 89 Verwaltungssubjekten (inkl. Autonome Gebiete und Kreise) der Russländischen Föderation bildet (russ.: *subjekt Rossijskoj Federacii*).

Abb. 2: Der DNR Altai im Verwaltungsaufbau der Russländischen Föderation



Quelle: Eigene Darstellung.

⁶ Der Regionsbegriff wird, wie von STADELBAUER (1996:163) beschrieben, nicht immer in einen Zusammenhang mit einem administrativ abgegrenzten Raum gebracht und kann auf mehreren Maßstabsebenen angebracht werden. In diesem Beispiel wird die „Region“ im verwaltungstechnischen Sinne verwendet und meint ein „Subjekt der Verfassung der Russischen Föderation“. In dieser Arbeit wird der „Regionsbegriff“ vermehrt dazu gebracht, den zusammenhängenden Siedlungs- und Wirtschaftsraum der Russlanddeutschen im Altai zu beschreiben, der sich im Nordwesten des Altai-Krai befindet.

Wie Karte 1 zeigt, liegt der Altai-Krai im Süden des größten Flächenstaates der Erde. Er wird zum Föderaldistrikt „Westsibirien“ gezählt. Der Altai-Krai teilt die Westgrenze mit Kasachstan; die Nord- und Ostgrenze bilden der Nowosibirsker Oblast‘ respektive der Oblast‘ Kemerowo. Im Südosten grenzt er an die Republik Altai, die in der Sowjetunion noch administrativer Teil der „Gesamtregion Altai“ war.

Karte 1: Die Lage des Altai-Krai als Verwaltungssubjekt der Russländischen Föderation



Quelle: Eigene Darstellung – Basiskarte unter http://upload.wikimedia.org/.../Map_of_Russia_-_Altai_Krai_%282008-03%29.svg; Zugriff: 22.11.2010.

Der DNR Altai liegt im Nordwesten der Verwaltungsregion unweit der Staatsgrenze zu Kasachstan im Westen sowie der Verwaltungsgrenze zum Nowosibirsker Oblast‘ im Norden (siehe Karte 2). Unmittelbar begrenzt wird der DNR Altai von den Rayons Burlinskij, Chabarskij und Slavgorodskij. Die Lage des Untersuchungsraums kann in doppelter Hinsicht als peripher bezeichnet werden. Sowohl kleinmaßstäbig als auch innerhalb des Altai-Krai nimmt der Rayon eine Randlage ein. Die Distanz zu den nächsten Oberzentren (Barnaul, Novosibirsk) beträgt jeweils etwa 350 km. Das traditionelle Oberzentrum der gewachsenen Wirtschafts- und Siedlungsregion „Kulundasteppe“ ist die Stadt Pawlodar, die auf dem Territorium Kasachstans liegt.

Die russisch-kasachische Staatsgrenze trennt die Wirtschaftsregion in zwei Teile, so dass traditioneller Produzent und Markt voneinander entkoppelt sind. Überregionale Transportkorridore führen zudem am Rayon vorbei: Sie befinden sich etwa 100 km südlich in Ost-West-Richtung sowie etwa 200 km östlich in Nord-Süd-Richtung entlang des Flusses Ob. Es existieren weder ein Anschluss an das Eisenbahnnetz noch schiffbare Wasserwege.

Der DNR Altai ist außerdem als „ländlicher Kreis“ zu kategorisieren. Dies entspricht nicht nur der administrativen kommunalen Einteilung des Altai-Krai. Darüber hinaus leitet es sich

auch vom Fehlen von Orten, die überörtliche Funktionen für das Umland wahrnehmen, als auch von der Wirtschaftsstruktur des Kreises und der Berufsstruktur seiner Einwohner ab.

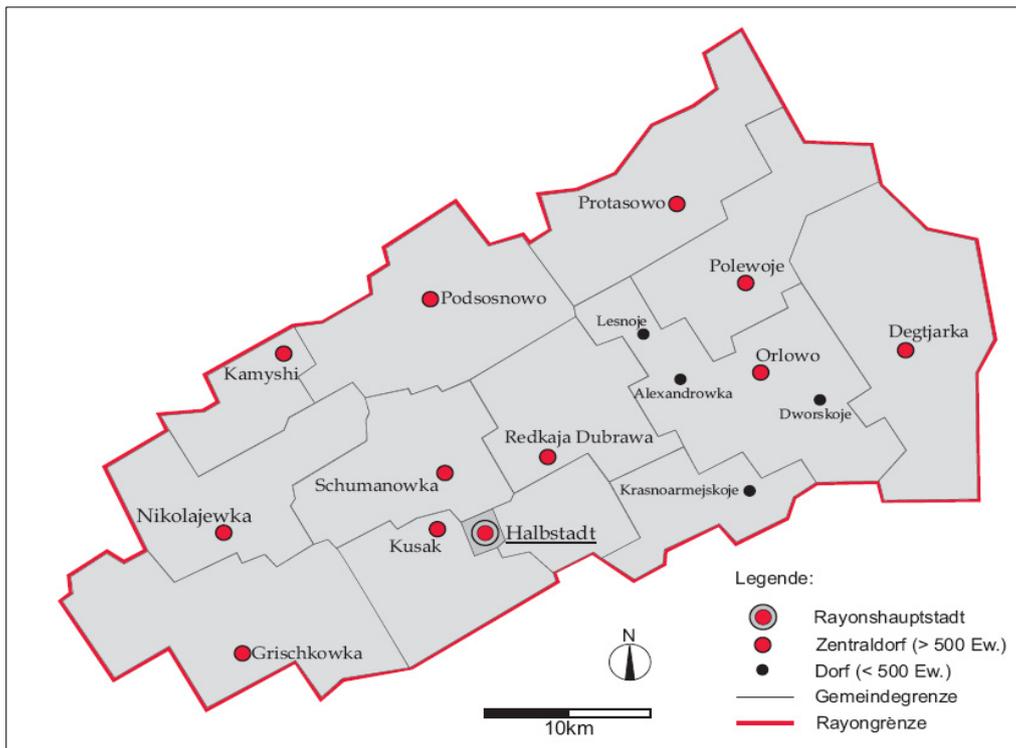
Karte 2: Übersichtskarte des Altai Krai



Quelle: Eigene Darstellung – Basiskarte unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/.../Location_of_Nemetsky_National_District_%28Altai_Krai%29.svg; Zugriff: 21.11.2010.

Diese ist stark von der Landwirtschaft dominiert und weist einen geringen Anteil an der Industrie und am Dienstleistungssektor auf. Administratives Zentrum des Rayons ist der Ort Halbstadt (russ: *Gal'bstadt*). Es existieren 12 ländliche Gemeinden (*sel'sovet*), in denen 16 Siedlungen (*naseljonnye punkty*) lokalisiert sind (siehe Karte 3). Die bevölkerungsreichsten Gemeinden sind Podsosnowo im Norden mit 2.470 Einwohnern, gefolgt von Nikolajewka (2.205 Ew.) und Orlowo (2.195 Ew.), das insgesamt vier Siedlungen in einer Gemeinde vereinigt.

Karte 3: Der DNR Altai mit seinen Gemeinden



Quelle: Eigene Darstellung.

2.5 Naturräumliche Ausstattung

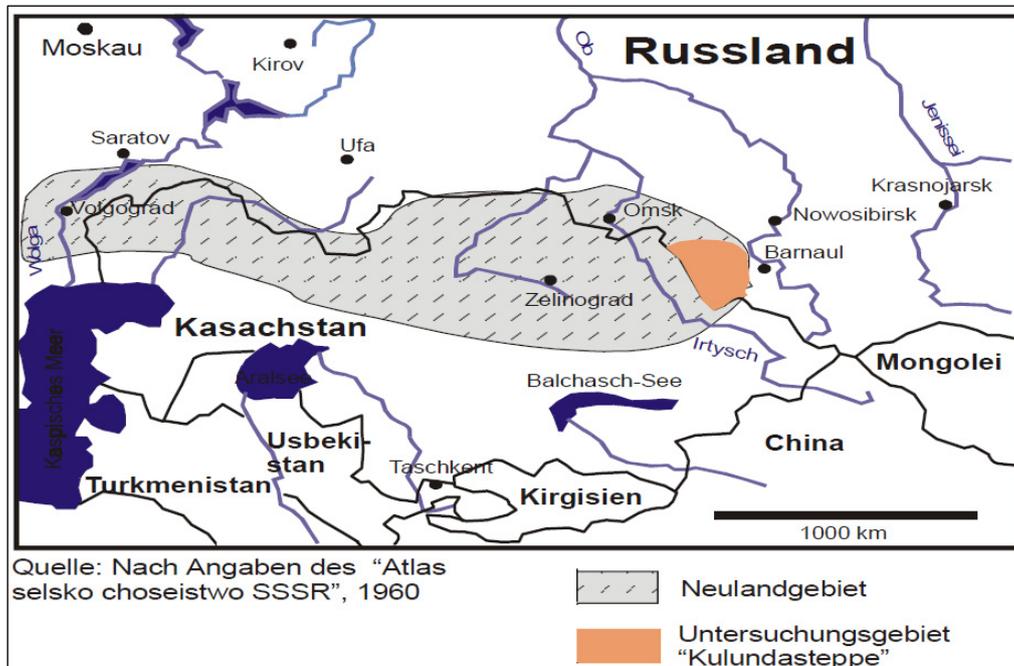
Der DNR Altai lässt sich in der landschaftlichen Großregion der Kulundasteppe lokalisieren, die im System des südrussischen Steppengürtels den östlichsten Ausläufer bildet und südwestlich an die Barabasteppe (Region Novosibirsk) anschließt. Sie ist mit etwa 80.000 km² Fläche die größte der südrussischen Steppen und verteilt sich administrativ gesehen auf den Norden Kasachstans sowie den Westen des Altai-Krai auf russischem Territorium. Das ursprüngliche Landschaftsbild im DNR Altai entsprach einer Übergangszone von der Waldsteppe in die Trockensteppe, die von saisonalen Viehnomaden landwirtschaftlich genutzt wurde. Spätestens seit der Neulandkampagne in den 1950er Jahren ist die Landschaft aber stark anthropogen überprägt, weist nur einen sehr geringen Baumbestand auf und wird von Ackerflächen dominiert.

2.5.1 Geologie

Die Kulundasteppe ist geologisch gesehen der südwestlichste Abschnitt der Uralisch-Westsibirischen Tafel. Südlich daran anschließend folgt die als geologisches Schild herausgehobene Kasachische Schwelle (MEINEL 2002:18). Die Entstehungszeit der physisch-geographischen Landschaftsmerkmale fällt in die Periode des Jungtertiärs (Neogen) (WERNER et al.1994:10). Mächtige alluviale, postglaziale Sedimentschichten (Lehme, Sande, Ton, Kies) sind für die zentrale Kulundasteppe charakteristisch. Der Landkreis

verfügt über keinerlei industriell verwertbare Bodenschätze. Der DNR Altai befindet sich in der Kulundiner Ebene auf 125–150 m über dem Meeresspiegel. Das Gelände ist nach Osten hin leicht ansteigend, ohne dass größere Hangneigungen ($< 3^\circ$) erreicht werden.

Karte 4: Die Kulundasteppe als Teil des Neulandgebiets

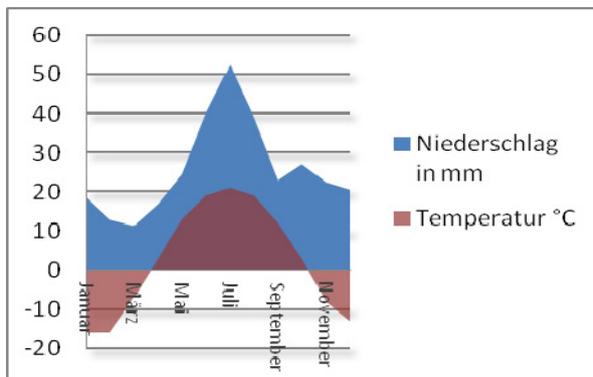


Ebenfalls geht das Gelände des DNR Altai von einer ebenen Talkesselplatte im Westen in eine wellige Talkesselplatte im Osten über, die ein schwachwelliges Relief aufweist. Stärkere Reliefbildungen finden sich nur im äußersten Norden, wo eine flach abfallende, mit Abflusstälern durchsetzte Landschaft mit kleinen Seen dominiert. Mit Ausnahme dieser kleinen abflusslosen Seen verfügt der DNR Altai über keine Oberflächengewässer (WERNER et al. 1994:10).

2.5.2 Klima

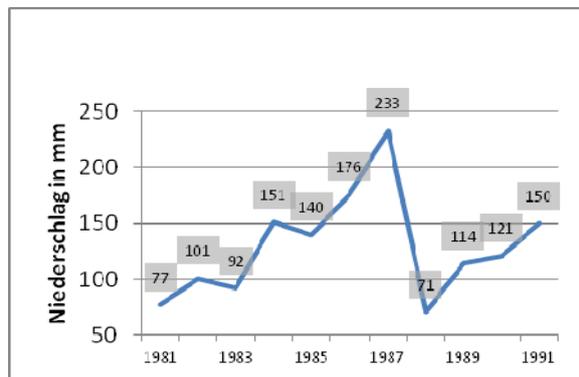
Das Klima der Region ist stark kontinental geprägt mit beständig kalten, relativ schneearmen Wintern und kurzen, trockenen und warmen Sommern (siehe Abb. 3). Somit ist die Dauer der Vegetationsperiode mit nur 127 frostfreien Tagen im Jahr außerordentlich kurz, wobei letzte Nachfröste noch bis Ende Mai auftreten können (WERNER et al. 1994:6). Die durchschnittliche Lufttemperatur für das Jahr beträgt daher auch nur $0,9^\circ\text{C}$, weist aber aufgrund der extremen Kontinentalität des Klimas eine hohe Jahresamplitude von 87 Kelvin auf (ebd.).

Abb. 3: Klimadiagramm der Stadt Slavgorod



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von MEINEL 2002:20.

Abb. 4: Variabilität der Sommerniederschläge für das Dorf Grischkowka (1981–1991)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von WERNER et al. 1994:9.

Der Großteil des Jahresniederschlags fällt in den Sommermonaten und wird mit etwa 300 mm angegeben, wobei auf den regenreichsten Monat Juli 50-60mm entfallen (WERNER et al.1994:6 / MEINEL 2002:20). Problematisch für die Landwirtschaft ist neben den geringen Niederschlagsmengen auch und vor allen Dingen die hohe Variabilität (siehe Abb. 4), die dafür sorgt, dass das Auftreten von Dürren mit einer Wahrscheinlichkeit von 20–40% angegeben wird (ROSTANKOWSKI 1979 in: MEINEL 2002:20). Hinzu kommt eine hohe Evaporationsrate, die durch starke Sonneneinstrahlung (über 2000 Sonnenscheinstunden/Jahr) und niedrige Luftfeuchtigkeit ausgelöst wird.

Aufgrund der geringen Flächenausdehnung der Untersuchungsregion sind intraregionale klimatische Unterschiede nur geringfügig ausgeprägt. Der westliche Teil des DNR Altai ist dabei etwas wärmer und trockener als der östliche, d. h. die Länge der frostfreien Periode dauert um bis zu 10 Tage länger an (130 d West – 120 d Ost). Dafür fällt während der Vegetationsperiode bis zu 15 mm weniger Regen (160 mm West – 175 mm Ost) (WERNER et al.:1994:6).

2.5.3 Boden

Der Untersuchungsraum ist überwiegend durch südliche Tschernoseme (Schwarzerde) sowie dunkle und helle Kastanoseme (kastanienfarbene Böden) geprägt. Schwarzerdeflächen, die sich ausgehend von ihrer Morphologie und ihrer chemischen Zusammensetzung gut als Ackerstandort eignen, nehmen mit 42% den größten Anteil im DNR Altai ein. Danach folgen dunkle Kastanoseme (34%) und helle Kastanoseme (12%), die schon zu den Halbwüstenböden gezählt werden (ebd.:11).

Die gegenüber der nordöstlich gelegene Waldsteppe geringer ausfallenden Niederschläge und die damit verbundene geringere Schneehöhe führt zu einer eingeschränkten Biomassenproduktion und damit zu einer verminderten Akkumulation von Humus (MEINEL 2002:21). Daher beträgt die Mächtigkeit des A-Horizontes lediglich zwischen 25 und

40 cm und der Humusgehalt des Bodens variiert je nach Standort nur zwischen 2–5 Prozent (WERNER et al.:1994:12).⁷

Starke ganzjährige Winde führen zu Erosionsschäden, die insbesondere durch falsche Bodenbearbeitungstechniken zu Tage treten. Die durch Winderosion verursachten Schäden sind eine Folge der Steppenumbrüche der 1950er-60er Jahre. Nach Schätzungen von WEIN (1999:66) befinden sich in der Region Altai 40 Prozent der Ackerflächen bereits in einem kritischen Zustand. Aufgrund der ganzjährig niedrigen Niederschläge, dem Fehlen von Fließgewässern und den geringen Hangneigungen sind die Folgen durch Wassererosion hingegen nur von nachrangiger Bedeutung.

2.5.4 Landwirtschaftliche Eignung

Das sich aus dem Zusammenspiel verschiedener physisch-geographischer Faktoren ergebende Bild lässt folgende Rückschlüsse auf die Eignung des DNR Altai als Standort für landwirtschaftliche Produktion zu:

1. Die klimatischen Rahmenbedingungen mit der kurzen jährlichen Vegetationsperiode grenzen den Jahresertrag von landwirtschaftlichen Kulturen erheblich ein. Durch die hohen Sommertemperaturen ist jedoch bei optimalen anderen Bedingungen (ausreichende Niederschläge, Ausbleiben von Sandstürmen) Landwirtschaft profitabel zu betreiben. Als problematisch stellt sich die hohe Variabilität der jährlichen Niederschläge heraus.
2. Von der pedologischen Zusammensetzung her eignen sich insbesondere die Schwarzerden, die zu den ertragsreichsten im gesamten Altai-Krai zählen, für eine produktive Landwirtschaft. Auch die dunklen kastanienfarbenen Böden sind bei ausreichender Bewässerung und Düngung durchaus geeignet. Die hohen Erosionsverluste in den letzten 50 Jahren sorgten jedoch für eine hohe Degradation der Böden. Merkmale sind ein Verlust des humusreichen A-Horizontes, Verwehungen und generell ein Absinken der Bodenproduktivität. Die Landwirtschaft vor Ort schöpft zudem das Nährstoffpotential des Bodens aus, ohne diesem Nährstoffe (z. B. durch Düngung) hinzuzufügen. Das Ungleichgewicht der Nährstoffbilanz lässt mittelfristig eine Minderung der Bodenfruchtbarkeit erwarten (WERNER et al.1994:15).
3. Rein geologisch gesehen gibt es kaum begrenzende Faktoren, die die Produktivität landwirtschaftlicher Tätigkeit negativ beeinflussen. Es existieren keine natürlichen Hindernisse, die die Flurstücke zerschneiden. Die geringen Hangneigungen haben keine Auswirkungen auf die Bearbeitung mit landwirtschaftlichem Gerät oder durch Erosionsschäden in Folge abfließenden Oberflächenwassers.
4. Als entscheidender ertragsbegrenzender Faktor erweist sich das hohe Wasserdefizit des Untersuchungsraumes. Die Sommerniederschläge reichen nicht aus, um die potenzielle Verdunstung mit Werten von über 1200 mm jährlicher Niederschläge auch

⁷ Durch den Humusgehalt im Boden wird vor allen Dingen auf den Schwarzerden Nitratstickstoff mobilisiert, der von den Pflanzen genutzt werden kann.

nur annähernd auszugleichen (MEINEL 2002:20). Lediglich in den Wintermonaten übertreffen die Niederschläge die Evapotranspiration, so dass der DNR Altai als semi-arid zu bezeichnen ist. Dass ein Ertrag ohne künstliche Bewässerung überhaupt möglich ist, liegt an dem akkumulierten Wasserspeicher in Form von Schnee, der in der Tauperiode den Oberboden ausreichend durchfeuchtet. Zum Zeitpunkt der Getreideernte ist die Rhizosphäre jedoch aufgrund zu geringer Niederschläge und der niedrigen Luftfeuchte völlig ausgetrocknet (WERNER et al. 1994:16).

Ein System künstlicher Bewässerung wäre für eine Ertragssicherung und -steigerung notwendig, ist aber aufgrund fehlender Oberflächengewässer kompliziert. In den Steppengebieten des Neulandes können zur Bewässerung daher nur fossile Grundwasservorräte genutzt werden (MEINEL 2002:14). Insgesamt sind also die Verfügbarkeit von Wasser, die Länge der jährlichen Vegetationsperiode und die hohen Winderosionsschäden entscheidende Einflussfaktoren für die lokale Landwirtschaft.

3 Wie die Deutschen in die zentralrussische Steppe kamen – ein geschichtlicher Überblick

Die Geschichte der Russlanddeutschen ist von einem ambivalenten Verhältnis zur staatlichen Gewalt auf dem Gebiet der heutigen Russländischen Föderation gekennzeichnet. Phasen, die begleitet waren von wirtschaftlicher und kultureller Blüte wechselten sich mit Perioden ab, in der die Russlanddeutschen staatliche Repressionen und wirtschaftliche Sanktionen erfuhren. Insbesondere die Ereignisse des 20. Jahrhunderts bilden einen wichtigen Erklärungsrahmen dafür, wo und in welcher Anzahl Angehörige der deutschen Minderheit gegenwärtig leben. Ein historischer Überblick über die grundlegenden Entwicklungen russlanddeutscher Geschichte soll daher an dieser Stelle präsentiert werden, ohne allerdings zu weit ins Detail zu gehen. Im Laufe dieses chronologischen Überblicks wechselt die Perspektive von einem nationalen Rahmen hin zu einer genaueren Betrachtung der zu erforschenden Region, dem Siedlungsschwerpunkt der Deutschen im Altai-Krai.

3.1 Kolonialisierung und Ursprung russlanddeutscher Geschichte

Der Ausgangspunkt verstärkter deutscher Übersiedlung in das Russische Reich bildete eine gezielte Anwerbungskampagne, die zur Mitte des 18. Jahrhunderts von der russischen Krone lanciert wurde. Das Imperium hatte zu dieser Zeit sein Territorium schnell vergrößert und versuchte durch eine Ansiedlungspolitik den dünn besiedelten, zentralrussischen Steppengürtel südlich der Waldzone urbar zu machen. Einerseits erhoffte man sich dadurch einen belebenden wirtschaftlichen Effekt durch die Ausweitung landwirtschaftlicher Produktionsflächen. Auf der anderen Seite wollte man auch eine Pufferzone bilden, die die zurückgedrängten Nomadenvölker von den russischen Zentren geographisch abgrenzte (EISFELD 1999:38).

Zur Durchführung der Ansiedlungspolitik waren russische Bauern nicht verfügbar, weil sie an ihre Grundherren und an ihre Heimatscholle gebunden waren. Daher richtete sich der Blick der russischen Krone auf der Suche nach potenziellen Siedlern über die Landesgrenzen hinaus. Die Werbungsversuche fielen vor allen Dingen in ländlichen Regionen Deutschlands auf fruchtbaren Boden, wo hoher sozialer Druck und Landarmut weit verbreitet waren. Auffällig an der Ostmigration ist, dass sie in Deutschland regional unterschiedlich stark ausgeprägt war. Das Gros der Umsiedlungswilligen siedelte von den Gebieten der heutigen Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über, während in Norddeutschland, Bayern und Preußen lediglich religiöse Gruppierungen wie die Mennoniten, Sektierer oder Herrnhuter angeworben werden konnten. In Südwestdeutschland waren es vor allem verarmte Bauern und Handwerker, die im Osten eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse suchten. Angelockt mit dem Versprechen auf freie Wohnortwahl, religiöser und persönlicher Freiheit, einer zeitlich befristeten Abgabentlastung sowie der Befreiung vom Militärdienst folgten schließlich geschätzte 100.000 Menschen dem Ruf der Zarin (MALINOWSKI 2000:29). Im Gegensatz zu den gut ausgebil-

deten deutschen Arbeitsmigranten des Mittelalters kamen im 18. Jahrhundert demnach überwiegend Angehörige der bildungsfernen Bauernschicht nach Russland, die in lokal getrennten Sektionen⁸ über mehrere Routen den Weg nach Osten einschlugen⁹.

Die Umsetzung der russischen Ansiedlungspolitik muss insgesamt als mangelhaft bewertet werden, weil sie über das Stadium der Anwerbung hinaus nicht ausgestaltet war. Die Ausreisewilligen wurden in Marsch gesetzt, obwohl weder das Land noch die benötigten Geldsummen zur Starthilfe und zum Aufbau grundlegendster Infrastruktur an- und zugewiesen worden waren (EISFELD 1992:39). So sahen die deutschen Siedler bereits mit ihrer Ankunft ihr Recht auf freie Wohnortwahl innerhalb des Russischen Imperiums verletzt, als ihnen eine Ansiedlung in den fruchtbaren, zentralen Schwarzerdegebieten untersagt und stattdessen Siedlungsgebiete an der unteren Wolga, dem Schwarzmeergebiet (südliche Ukraine) und Wolhynien (Nordwest-Ukraine) zugeteilt wurden.

Von vereinzelt Siedlungsschwerpunkten im Baltikum und in der Nähe von St. Petersburg einmal abgesehen, sollten sich diese Gebiete zu Kernbereichen deutscher Besiedlung herausbilden. Trotz erschwerter Startbedingungen¹⁰ (keine Infrastruktur, Unkenntnis von hydrologischen Bedingungen, kontinentales Klima) entwickelte sich in den Kolonien allmählich ein bescheidener Wohlstand heraus, der auf einer schnellen Anpassungsfähigkeit der Siedler und auf die Privilegien, die sie im Vergleich zu ihren russischen Nachbarn genossen, zurückzuführen war. Hauptanbauprodukte waren Getreide und Tabak, die durch allmählich entstandene Vertriebsnetze auch auf europäischen Märkten gehandelt wurden.

Die Besonderheit an den über 300 deutschen Siedlungskolonien (MALINOWSKI 2000:29) war ihre autarke Lebensweise, die sich in Abgrenzung zum Russischen Staat entwickelte. Die Sprache, Sitten und Bräuche, kurz die wichtigsten Kulturträger der Immigranten blieben konserviert und wiesen keinerlei Durchmischung mit der Kultur des Gastlandes auf. Diese Entwicklung war von russischer Seite durchaus impliziert – die Deutschen sollten sich nicht sozial und national an ihre Nachbarn assimilieren. Man befürchtete, dass revolutionäres, westliches Gedankengut, das die Immigranten mitbrachten, dazu hätte führen können, die unfreien russischen Bauern gegen die bestehenden Verhältnisse zu beeinflussen (MALINOWSKI 2000:23).¹¹

Dieser politisch gewollte „Kolonistenstatus“ der Deutschen in der russischen Gesellschaft bildete eines der Hauptmotive für die Herausbildung einer ersten russlanddeutschen Identität. Angehörige der russlanddeutschen Intellektuellenschicht konstruierten etwa ein Jahrhundert nach der Ankunft im Russischen Kernland eine Art „*frontier*-Mythos“, der von harter Arbeit und der Auseinandersetzung der Menschen mit der natürlichen Umwelt geprägt war. Die „schöpferische Leistung“ sowie die Kultur und Lebensweise der Kolonisten und nicht so sehr das tradierte und aufbewahrte Kulturgut bildeten die Grundlage einer

⁸ Zum Teil wanderten ganze Dorfgemeinschaften geschlossen aus.

⁹ Viele wählten den Seeweg über die Ostsee oder die südliche Route über die Donau bis zum Schwarzen Meer.

¹⁰ Es dauerte im Schnitt 20 Jahre bis die deutschen Kolonien anfangen konnten, ihre Darlehen zurückzuzahlen, weil sie vorher noch keinen Überschuss zu erwirtschaften vermochten.

¹¹ Die Leibeigenschaft der Bauern wurde in Russland erst im Jahr 1861 aufgehoben.

kulturellen Identität, die auf eine bewusste interkulturelle und interethnische Entwicklung zwischen dem westlichen Europa und Russland hinauslaufen sollte (DAMER 2006:61f). Motiviert wurde die Entwicklung einer eigenen Kollektividentität aber auch durch die lange bestehende Fremdheit in der russischen Umgebung, die half, die Eigenarten zu sichern (EISFELD 1992:39). Dadurch nahm die „merkwürdige Kultur der Russlanddeutschen ihren Anfang, die weder deutsch noch russisch war, sondern [...] Elemente der beiden Kulturen vereinigte“ (zit. nach MALINOWSKI 2000:26). Selbst nach der Aufhebung des Kolonistenkodexes im Jahr 1871, als die deutschen Siedlungsgebiete sukzessive in den russischen Verwaltungsapparat integriert wurden, bezeichneten sich die Russlanddeutschen weiterhin als Kolonisten und neu gegründete Tochttersiedlungen als Kolonien (DAMER 2006:63).

Die Suggestion einer kollektiven Identität unter Russlanddeutschen spiegelte jedoch in keiner Weise die realen Verhältnisse in den Siedlungsgebieten wieder. Vielmehr ist aufgrund der geringen Mobilität von vereinzelt Siedlungsinseln anstatt eines geschlossenen deutschen Siedlungsraumes auszugehen.¹² Der Kolonistenstand war zudem in sich vielfach differenziert, nicht nur in religiöser Hinsicht, sondern auch in sprachlicher. Die überwiegend niederdeutsch sprechenden Mennoniten konnten sich mit den Schwaben, Hessen und Badenern nur mit Schwierigkeiten verständigen. Gruppenidentitäten entwickelten sich somit innerhalb der Dorf- und Konfessionsgemeinschaften, die von der Umwelt isoliert existierten.

Mehrere Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führten zu weit reichenden Veränderungen innerhalb der russlanddeutschen Siedlungsgebiete. Durch das allmähliche Aufkommen der Eisenbahn begünstigt und durch außenpolitische Spannungen mit dem Deutschen Reich beschleunigt wuchs das Interesse der russischen Krone an den Russlanddeutschen, und die isoliert lebenden Kolonisten sahen sich einer Integrationspolitik ausgesetzt, die ihre Sonderrechte sukzessive einengte. Die Abschaffung der Befreiung vom vier Jahre dauernden Militärdienst nahmen insbesondere die pazifistischen Glaubensgemeinschaften der Mennoniten und Herrnhuter zum Anlass, weiter nach Osten auszuweichen, wo der behördliche Einfluss Moskaus noch gering war.

Neben dem externen Russifizierungsdruck stieg auch der soziale Druck innerhalb der deutschen Dörfer. Zum Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich eine kleine Schicht von Großbauern gebildet, die einer größeren Schicht verarmter Landbauern gegenüberstand, deren Landanteil so gering war, dass sie ihr Überleben durch Lohnarbeit sichern mussten. Laut EISFELD gehörten beispielsweise zwei von drei Mennoniten zu dieser Schicht verarmter Bauern (1992:39), was darauf schließen lässt, dass es sich um ein Massenphänomen handelte. Eine Expansion der Wirtschaftsfläche war für viele so gut wie unbezahlbar geworden, nachdem die Grundstückspreise im europäischen Teil Russlands rasant angestiegen waren.¹³ Eine weitere Verschlechterung der Situation war zudem vorprogram-

¹² Die räumliche und soziale Immobilität war im Prinzip per Gesetz festgesetzt. Deutsche durften weder außerhalb der Kolonie leben noch einen handwerklichen Beruf ergreifen, der außerhalb der Kolonie hätte ausgeübt werden dürfen.

¹³ Allein auf der Krim stieg zwischen 1889 bis 1912 der Preis pro Desjatine Land (entspricht etwa 1,1 ha) von 113,2 Rubel auf 245,4 Rubel, was mehr als einer Verdopplung der Preise binnen 20 Jahren gleichkommt. (MALINOWSKI 2000: 89).

miert: Durch die schnell wachsenden Bevölkerungszahlen und der unter Süddeutschen vorherrschenden Praxis der Realteilung der Ländereien innerhalb der Erbfolge, verringerte sich der Pro-Kopf-Anteil an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche rapide. So bildeten sich die Gegensätze zwischen einer landlosen Jugend und der Gemeinde heraus, deren etablierte Mitglieder die politische und wirtschaftliche Macht innehatten (MALINOWSKI 2000:39).

Die Bildung von Tochterkolonien im Kaukasus oder östlich des Urals, wo die Bodenpreise einen Bruchteil im Vergleich zu europäischen betragen, war eine logische Konsequenz. Dennoch wagten zunächst nur Wenige den risikoreichen Schritt nach Sibirien oder Zentralasien. Wieder sorgten politische Anreize auf der einen Seite und die Osterweiterung des Eisenbahnnetzes auf der anderen für die entscheidenden Impulse.¹⁴ Durch die „erste Neulandkampagne“ (MALINOWSKI 2000:104) im Steppengürtel Westsibiriens wurden etwa 60.000 Siedler in die dünn besiedelte Kulundasteppe gelockt (SMIRNOVA 2003:5), die bis dato der Lebensraum für zentralasiatische Viehnomaden darstellte. Insgesamt war die Kolonisierung dieser Region nur ein kleiner Teil der gewaltigen Besiedlungskampagne Sibiriens von 1870 bis 1912 (KLAUBE 1991:17), die dem Russischen Imperium den wirtschaftlichen Anschluss an die mächtigsten Nationen jener Zeit sichern sollte.

Im Gegensatz zur Immigrationspolitik des 18. Jahrhunderts wurde die Kolonisierung des Ostens ausschließlich durch Binnenmigranten vorangetrieben. Die Anwerbung mitteleuropäischer Kolonisten hatte man bereits 1819 eingestellt (MALINOWSKI 2000:31). Darüber hinaus nahm die westsibirische Kolonisierung einen vergleichsweise geregelten Charakter ein – der Organisationsgrad war wesentlich höher und ein gewisses Maß an Transparenz bei der Verteilung von Land gegeben (ebd.:103). Die Siedler wussten bereits vor der Abreise aus der Mutterkolonie, wo die Tochterkolonie gegründet werden sollte.¹⁵

Die Entscheidung der russischen Regierung bestimmte Gebiete geschlossen und systematisch aufzusiedeln, prägte den Charakter der Siedlungsentwicklung in der Kulundasteppe ganz entscheidend. Größe und Verteilung der Tochterkolonien waren daher in gewisser Weise prädestiniert. Insbesondere die Anlage der Mennonitendörfer, die dort in großer Zahl entstanden¹⁶, fand unter geregelten und geplanten Umständen statt. Sie wurden als Straßendörfer mit 20–40 Hausstellen konzipiert, von denen jeweils zwei gegenüber liegen sollten mit gleichem Abstand zum nächsten Haus und identischer Traufhöhe. Das Grundkonzept der mennonitischen Dörfer hat sich bis in die Gegenwart hinein erhalten.

¹⁴ Die Siedlungsanreize waren überwiegend finanzieller und fiskalischer Natur. Neben Darlehen und zeitlich befristeten, steuerlichen Befreiungen sorgten Nachlässe beim Transportpreis mit der Eisenbahn sowie eine kostenfreie Bereitstellung von Wirtschaftsflächen für günstige Voraussetzungen. Zudem wurden die Siedler für drei Jahre von allen gesellschaftlichen Pflichten (u. a. Militärdienst) entbunden.

¹⁵ Möglich wurde dies durch einen vom Dorf ernannten Kundschafter (russ.: *chodoki*), der nicht nur das Zielgebiet in Augenschein nahm, sondern mit den staatlichen Behörden einen Ansiedlungsvertrag abschloss, der detailliert regelte, wie viele Wohneinheiten in der Tochterkolonie zu entstehen hatten, um jeder Familie eine Fläche von etwa 45 Desjatinen (Desjatine = altes russisches Flächenmaß. 1 Desjatine entspricht etwa 1,1 ha) zur Verfügung zu stellen.

¹⁶ Knapp die Hälfte der deutschen Dörfer (57 von 118) waren laut ANGER (1930:45) gegen Ende der 1920er Jahre ganz oder teilweise mennonitisch.

Der kurze Besiedlungszeitraum der Kulundasteppe zeugt ebenso von einer systematischen Besiedlung. Auch wenn die Gründung der ersten Dörfer auf das Jahr 1892 zurückgeht, so ist die Anlage des Großteils der deutschen Siedlungen zwischen den Jahren 1900 und 1910 dokumentiert, was einen raschen Wachstumsschub der Region zur Folge hatte. Die meisten Dörfer waren aufgrund der oben erwähnten Anlage mit einer Bevölkerung von wenigen hundert Menschen von eher bescheidener Größe. Eine Ausnahme bildete lediglich das lutherische Dorf Podsusnowo, das nach einer Zählung gegen Ende der 1920er Jahre bereits 1.547 Menschen beherbergte und somit schon Funktionen eines Zentraldorfes erfüllte (ANGER 1930: 44–47).

Die Anlage von Tochterkolonien, die häufig denselben Namen wie die Mutterkolonien bekamen, bewirkte eine Perpetuierung der Isolation der dörflichen Gemeinschaft.¹⁷ Obwohl sich in der Kulundasteppe ein Siedlungsraum entwickelte, der einen hohen Anteil an Russlanddeutschen aufwies, bestanden die Trennlinien weiterhin entlang dialektaler und konfessioneller Grenzen.¹⁸ Unterschiede, die zwischen den Muttersiedlungen bestanden, setzten sich demnach in den Tochterkolonien fort. Lediglich die äußere Gestalt der Siedlungen ließen einen kulturellen Zusammenhang erahnen. Diese glichen sich, wie schon die deutschen Kolonien an der Wolga, wie „ein Ei dem andern: weiß getünchte Häuschen in der Steppe, eintönig wie die Steppe selbst“ (zit. nach MALINOWSKI 2000:65).

¹⁷ Dass die Isolation der Dorfgemeinschaften tatsächlich so stark ausgeprägt war, wie es Chronisten und Wissenschaftler anklingen lassen, ist allerdings in Zweifel zu ziehen. KLAUBE (1991:133) erwähnt, dass sich in den schwierigen Anfangsjahren der Besiedlung deutsche Siedler als Lohnarbeiter bei russischen Bauern verdingten. Dieses und andere Indizien lassen erahnen, dass die Russlanddeutschen wohl bereits zu einem gewissen Grad in die russische Gesellschaft integriert und in der Lage waren, sich immerhin auf Russisch zu verständigen. Insbesondere die jungen Männer, die ihren Militärdienst bei der Armee des Zaren ableisteten, dürften dazu gezählt haben. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass neben Russlanddeutschen auch Russen, Ukrainer, Weißrussen, Polen u. a. in Westsibirien ansiedelten. Deutsche bildeten im Nordwesten des Altai-Krai zwar die größte Bevölkerungsgruppe, aber es ist davon auszugehen, dass sie in regelmäßigen Austausch mit ihren slawophilen Nachbarn traten.

¹⁸ ANGER (1930:44) berichtet auf seiner Reise durch das deutsche Siedlungsgebiet im Altai von einer Begebenheit, in der sein Kutscher, der ein junger Katholik mit bayerischem Dialekt war, Verständigungsschwierigkeiten beim Gespräch mit einem jungen Mennoniten hatte, der seinerseits Plattdeutsch sprach. Es musste mit Russisch nachgeholfen werden, um einen reibungslosen Dialog zu ermöglichen.

Tab.1: Bevölkerungszahl und Infrastruktureinrichtungen noch bestehender deutscher Dörfer des DNR Altai aus dem Jahr 1926

Ortschaft	Bevölkerung	Einrichtungen
Halbstadt	535	Schule, Verkaufsladen, Bank
Kusak	298	Schule, Molkerei
Schumanowka	341	Schule, Bibliothek, Molkerei
Grishkowka	341	Schule, Molkerei
Lesnoe	241	Schule, Verkaufsladen
Orlowo	286	Schule, Verkaufsladen
Degtjarka	357	Schule
Podsosnowo	1787	Schule, Bibliothek, Verkaufsladen, Bank
Redkaja Dubrawa	289	-
Polevoe	163	-
Protasovo	202	-
Kamyshi	578	-
Nikolaewka	303	-
Dvorskij	252	Schule
Alexandrowka	289	-

Quelle: Klaube 1991:47–50.

3.2 Die erste Gründung des DNR Altai

Die Situation der Russlanddeutschen als Minderheit im Russischen Reich war über weite Strecken des 20. Jahrhunderts durch Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Regierung geprägt. Die sibirische Ostwanderung, die in gewisser Weise auch eine Flucht vor dem behördlichen Einfluss Moskaus war, konnte die Isolation der Deutschen nur für begrenzte Dauer verlängern. Längst hatte das außenpolitische Verhältnis Russlands zum Deutschen Reich unmittelbare, meist negative Folgen für die Russlanddeutschen. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges erhöhten reflexartig den innenpolitischen Druck und mündeten nicht nur in Diffamierungs- und Russifizierungskampagnen, sondern auch in dokumentierten Pogromen und Zwangsumsiedlungen aus den europäischen Grenzgebieten. Diese Reaktion der Staatsgewalt auf den deutschen Aggressor sollte sich in den 1940er Jahren noch einmal wiederholen – dieses Mal in ungleich stärkerem Umfang.

Die Anfangsjahre der Sowjetunion brachten einen fundamentalen Wandel auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Organisation. Mit dem Übergang der „spätfeudalistischen“ russischen Monarchie in die zentral- und planwirtschaftliche, kommunistische Union der Sow-

jetrepublikanen vollzogen sich auch tief greifende Veränderungen für die Russlanddeutschen, die in den Fokus der sowjetischen Nationalitätenpolitik rückten. Die Revolution von 1917 bot den Deutschen die Gelegenheit durch das von den Bolschewiki ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker Anspruch auf ein selbst verwaltetes Gebiet an der unteren Wolga zu erheben.

Während die politischen Kräfte für eine deutschnationale Autonomie in der Wolgaregion bereits gebündelt wurden, war der Politisierungsgrad im Altai demgegenüber unterentwickelt (MALINOWSKI 2000:65). Nur sehr langsam bildete sich eine Basis der kommunistischen Partei heraus, die eine Grundbedingung für nationale Autonomie war. Demgegenüber bildeten sich erste Kooperationsansätze in der Landwirtschaft heraus, die insbesondere von den Mennoniten getragen wurden, denen die Gemeinde- und Wirtschaftsstrukturen der Glaubensgemeinschaft zu Gute kamen (ebd.). Eher ungewollt leistete man hier der späteren Zwangskollektivierung der Landwirtschaft Vorschub, die sich in den deutschen Siedlungsgebieten schneller vollzog als woanders.

Als am 4.7.1927 das geschlossene mennonitische Siedlungsgebiet und die an- und umliegenden katholischen und lutherischen Dörfer (insgesamt 57 Dörfer, davon 54 deutsch) zum Deutschen Nationalen Rayon Altai (DNR Altai) administrativ vereinigt wurden (siehe Karte Anhang 2), war der wirtschaftliche und soziale Frieden bereits untergraben. Gegen den passiven Widerstand der lokalen Bevölkerung versuchte die KP so die Nationalitätenpolitik wiederzubeleben, um das Klassendenken und die kommunistische Ideologie in die entlegenen deutschen Dörfer hinein zu tragen.¹⁹ Dort waren die tief religiös verwurzelten und in aller Regel unpolitischen Deutschen noch weit entfernt von einer Verinnerlichung der kommunistischen Ideologie. Sie entfremdeten sich weiter voneinander, nachdem die Regierung die Zwangskollektivierung, die sogenannte „Entkulakisierung“²⁰ und die anti-religiöse Politik mit aller Gewalt vorantrieb.

Nach einer kurzen Phase wirtschaftlicher Blüte während der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) führte der Frühstalinismus zu einer Erosion der wirtschaftlichen und sozialen Basis im DNR Altai. Nachdem sich das „Dorfbürgertum“ (MALINOWSKI 2000:134) aufgelöst hatte, Säuberungswellen durchgeführt und die Kollektivierung im Winter 1930/31 als abgeschlossen gemeldet wurde, war die Produktivität auf Vorkriegsniveau zurückgegangen und konnte auch trotz zunehmender Mechanisierung der Landwirtschaft erst gegen Ende der 30er-Jahre wieder erreicht werden. Ein Mindestmaß an Lokalautonomie, das die deutschen Kolonien knapp 150 Jahre permanent genossen, wurde binnen kürzester Zeit nivelliert und die deutschen Dörfer (wie alle anderen auch) in die zentralistische Verwaltungshierarchie eingegliedert. Die Territorialautonomie der Russlanddeutschen im Altai war in Wirklichkeit eine Scheinautonomie, ein Instrument der Herrschaftsausübung (NEUTATZ 2006:27).

¹⁹ Damit verbunden war die Akquirierung von nationalen Promotoren der kommunistischen Ideologie, die die deutschen Bauern in ihrer Sprache unterweisen sollten. Es entstand daraufhin eine Vielzahl deutschsprachiger Schulen und Universitäten (letztere ausschließlich in der Wolgaregion). Diese Politik wurde als *korjenizacija* (Einwurzelung) von den Bolschewiki bezeichnet.

²⁰ Die Beseitigung einer von den Bolschewiken identifizierten Schicht von Groß- und Mittelbauern, die der Idee der Egalisierung der Bauernklasse entgegenstanden.

Gerade als sich die Lage nach der „großen Hungersnot“ von 1932/33 wieder zu normalisieren begann, hatte erneut das außenpolitische Verhältnis zu Deutschland einen Anstieg des innenpolitischen Drucks zur Folge. Die Nationalsozialisten, die in den im Osten lebenden Deutschen einen für ihre rassenideologisch typische Denkart „völkischen Wert“ entdeckten, lenkten somit einen kollektiven Kollaborationsverdacht auf die Russlanddeutschen. Deren Schicksal war besiegelt, als die Armeen Nazideutschlands die Sowjetunion im August 1941 überfielen.

Die anschließende Auflösung aller deutsch-autonomen Gebiete (die Wolgadeutschen Republik und die Deutschen Rayons²¹) sowie die massenhafte Deportation der Deutschen aus dem europäischen Teil Russlands war die Folge. In mehreren Deportationswellen wurden die Russlanddeutschen nach Sibirien und Zentralasien zwangsumgesiedelt, um in Kohlegruben, Wäldern, Fabriken und auf Äckern die wirtschaftliche Entwicklung der peripheren Gebiete der Sowjetunion voranzutreiben, was bereits in den dreißiger Jahren mehr oder weniger erfolglos versucht wurde (EISFELD 1999:125).²² Als Ergebnis dieser Bevölkerungsumverteilung verlagerte sich der Siedlungsschwerpunkt der Russlanddeutschen weit nach Osten in Richtung Westsibirien (siehe Tab. 2). Die ehemaligen deutschen Siedlungsschwerpunkte waren innerhalb weniger Wochen zerschlagen und aufgelöst worden.

Tab. 2: Russlanddeutsche Bevölkerung in den Verwaltungsgroßbezirken (VB) der Russländischen Föderation – nach Ergebnissen der Volkszählung 2002

Territorium	Russland (gesamt)	VB Nord-West	Zentraler VB	Südlicher VB	Wolga-Gebiet	VB Ural	Sibirischer VB	Fernöstlicher VB
Anzahl	585.000	30.000	35.000	40.000	72.000	81.000	307.000	14.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Was hatte dies für Konsequenzen für die Deutschen im DNR Altai? In demographischer Hinsicht hatte dies so gut wie gar keine Folgen. Die Ansässigen im Altai, aber auch in Nordkasachstan und Ostsibirien selbst blieben von den Deportationen zunächst verschont – „weiter als nach Sibirien konnte man sie ja nicht verbannen“, merkt MALINOWSKI zynisch an (2000:168). Auf der anderen Seite kam es aber auch nicht zu einer Ansiedlung von

²¹ Es gab insgesamt neun Deutsche Rayons vor 1990 – fünf in der Ukraine und je einen auf der Krim, in Georgien, in Aserbaidschan und im Altai (EISFELD 1999: 102).

²² In Zahlen ausgedrückt muss es sich etwa um eine Million Deutsche gehandelt haben, die deportiert worden sind (EISFELD 1999:123ff.).

Deportierten aus den Wolga- oder den Schwarzmeergebieten. Der sowjetische Inlands-Geheimdienst (NKVD)²³ trug Rechnung dafür, dass eine Konzentration potenzieller reaktionärer Kräfte in den „unausgedünnten“ deutschen Siedlungsgebieten (ebd.:169) in jedem Fall vermieden werden sollte. Man verfolgte daher eine Zwangsansiedlungspolitik, die die Deportierten möglichst dispers verteilte.²⁴

Von den Repressionen gegen die deutsche Minderheit blieben die Altaideutschen dennoch nicht verschont. Nachdem schon kurz vor Kriegsbeginn die Schließung deutschsprachiger Schulen und Zeitungen angeordnet wurde, verschärften sich die Einschränkungen mit Kriegsbeginn noch weiter und es setzte eine Phase „stummen Vegetierens“ (ebd.:159) ein, in der die Deutschen all ihre nationalen Eigenschaften zu verbergen hatten.²⁵ Mit Einrichtung der sogenannten Arbeitsarmee (russ.: *trudarmija*) wurden alle arbeitsfähigen Bewohner der deutschen Siedlungsgebiete zu Arbeitseinsätzen in die Grubenstädte Zentralkasachstans, des Urals und in die Wälder der sibirischen Taiga zur Arbeit unter widrigsten Bedingungen abkommandiert. Erst mit dem Jahr 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, endete diese dunkle Phase russlanddeutscher Geschichte mit der Rückgabe einiger Bürgerrechte²⁶. Auch die Reisefreiheit, die ihnen aberkannt worden war, wurde ihnen zurückgegeben. Eine Ausnahme blieb allerdings noch bis in die 1980er Jahre bestehen: Die Wiederansiedlung in den alten Siedlungsgebieten im europäischen Russland blieb untersagt.

Welche Implikationen haben die Entwicklungen der Zwischen- und Nachkriegsjahre bei der Bearbeitung dieses Themas? Die Kriegereignisse bildeten den Ursprung für eine gesellschaftliche Zweiteilung der russlanddeutschen Minderheit. Die Deportierten zeichneten sich in den Nachkriegsjahren durch einen hohen Assimilierungsgrad an die russische Gesellschaft aus. Merkmale dieser Bevölkerungsgruppe waren eine verstärkte Urbanisierung, eine berufliche Professionalisierung und generell eine hohe soziale Mobilität. Viele legten die kulturellen Werte ihrer Vorfahren ab, weil sie in ihnen ein Hindernis sahen, in der sowjetischen Gesellschaft aufzusteigen. Innerhalb dieser Gruppierung verschwand auch das Deutsche schnell als Kommunikationssprache.

Demgegenüber bildeten die Nachfahren der Kolonisten eine Gruppierung, die sich nach wie vor in die dörflich-periphere Umgebung einfügte, weniger soziale Mobilität aufwies, stärker das Deutsche als Muttersprache angab und seltener Mischehen einging, in denen der Partner nicht-deutscher Herkunft war, im Vergleich zu den Russlanddeutschen, die in den 1940ern aus dem europäischen Teil Russlands deportiert wurden (vgl. SMIRNOWA 2003:66ff.). Eine Land-Stadt-Wanderung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der gesamten Sowjetunion zu beobachten war, blieb in den deutschen Siedlungsgebiete-

²³ NKVD = Narodny Kommissariat Vnutrennich Del – der sowjetische Inlandsgeheimdienst (1934–1946), der sich später in KGB umbenannte.

²⁴ MALINOWSKI (2000:169) geht davon aus, dass es sogar einen regelrechten Wettbewerb um die Ansiedlung von Deportierten innerhalb der Gebietsadministrativen gegeben haben muss, um den Abzug der sibirischen Divisionen an die Westfront zu kompensieren.

²⁵ Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit wurde untersagt. Die Pässe wurden eingezogen und somit auch alle Bürgerrechte aberkannt. Es war außerdem verboten, die Dörfer zu verlassen.

²⁶ Eine vollständige Rehabilitierung erfolgte erst wesentlich später.

ten des Altai weitestgehend aus. Dies ist nicht nur auf die Anhänglichkeit an die traditionelle und nationale Umgebung zurückzuführen, sondern auch darauf, dass den Deutschen der Weg in die Stadt oft verwehrt blieb (MALINOWSKI 2000:194).

3.3 „Neues Land“ – neues Leben

Die sogenannte „Neulandkampagne“, die von der Sowjetunion Mitte der 1950er Jahre ins Leben gerufen wurde, hatte das Ziel, große Flächen des zentralrussischen Steppengürtels für eine mechanisierte, landwirtschaftliche Nutzung urbar zu machen. Die Kulundastepe, die den östlichsten Ausläufer dieser Großlandschaft bildet, wurde somit zum Ziel von Kapital- und Sachinvestitionen in großem Umfang. Die strukturellen Veränderungen, die mit der Kampagne einher gingen, wirken bis heute nach: Die Wirtschafts- und Siedlungsstruktur der Region ist ohne die Einwirkungen dieser Investitionsphase nicht zu erklären.

In siedlungsgeographischer Hinsicht kam es in Folge der Einrichtung von so genannten *Agrozentren* zu räumlichen Konzentrationsprozessen. Durch die Bündelung von Produktionsmitteln sollte die kleingliedrig zersiedelte Struktur von Dörfern mit wenigen Einwohnern aufgebrochen und zu Gunsten von wenigen entwicklungsfähigen Zentraldörfern ersetzt werden. Auch die Kolchosen wurden als dominante Wirtschaftseinheiten konzentriert, räumlich an die Agrozentren angegliedert und ihre neue technische Ausstattung an die erweiterte Betriebsgröße angepasst. Durch eine Flurneuordnung entstanden neue, lokale administrative Grenzen, die sich in ihrem Lauf entlang der Wirtschaftsflächen der Kolchosen orientierten. Diese Flurstücke waren hinsichtlich ihrer Grenzziehung auf eine extensive, mechanisierte Landwirtschaft nach europäischem Vorbild ausgerichtet, wodurch die notwendigen Anpassungen an die natürliche Umgebung nicht berücksichtigt wurden.

Die Dörfer, die nicht zur Weiterentwicklung zu Agrozentren bestimmt wurden, blieben ihrem Schicksal überlassen. Eine Beseitigung wurde zwar nicht angeordnet, aber politische Instrumente wurden dazu gezielt eingesetzt, diese als Teil der operativen Lösung absterben zu lassen.²⁷ Die neuen Zentraldörfer erfuhren eine systematische Erweiterung, damit die Übersiedler aus den umliegenden Kleindörfern aufgenommen werden konnten. Dabei wurden im großen Stil neue Wohnhäuser errichtet, die die aus Rohziegeln und grasbewachsenen Lehmächern bestehenden alten Behausungen durch Häuser aus gepressten Rohrplatten mit hohen Satteldächern ersetzten (siehe Anhang 4) (MALINOWSKI 2000:187). Hinzu kamen Funktionsgebäude der Administration (Dorfsowjet, Kolchose), der kulturellen Infrastruktur (Kulturhaus, Kino, Bibliothek) sowie der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten), die, sofern sie bereits vorhanden waren, auf die vergrößerte Zahl der Nutzer angepasst wurden. Die Agrozentren wurden auch sukzessive an das Wasserversorgungs-

²⁷ KLAUBE (1991: 74) zählt folgende Instrumente auf: Abzug der Betriebsstätten und Arbeitsplätze, Einstellung aller Investitionen, finanzielle Anreize für einen Umzug der Bewohner, Schließung noch vorhandener Einrichtungen, ideologische Beeinflussung durch Propaganda.

und das Wasserentsorgungsnetz angeschlossen und elektrifiziert.²⁸ Die alten Straßendörfer wurden um parallel zur zentralen Dorfstraße verlaufende Straßen erweitert, die eine oder mehrere Querstraßen erhielten. Die meist eingeschossigen Häuser mit kleinen Vorgärten und nach hinten gehender Hofwirtschaftsfläche weisen die gleiche Grundstücksfläche auf (Anhang 5). Viele der Agrozentren erhielten durch den geplanten Grundriss ein schachbrettartiges Muster (siehe Anhang 3) und trugen dadurch wesentlich zur Verbreitung des regionalen Rufes der „ordentlichen“ deutschen Dörfer bei.

Kurz gesagt kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und zu einer Aufwertung der Lebensqualität der bestehenden deutschen Siedlungen, die Investitionsempfänger der „Neulandkampagne“ waren (vgl. MALINOWSKI 2000:187). Periodische Beweidung und inselhafte ackerbauliche Nutzungen, die bis dato in der Region dominierten, wurden durch eine flächendeckende Landwirtschaft ersetzt, die auf den Anbau von Sommerweizen ausgerichtet war.

Aus ökologischer Sicht waren die Folgen der Steppenumbrüche jedoch desaströs. Als Folge der unangepassten Bewirtschaftung der Böden kam es zu einer Bodendegradation, die vor allen Dingen durch Winderosion verursacht wurde. Auch die Anlage von Windschutzstreifen, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts örtlich angelegt, in den 50er-Jahren dann massiv ausgeweitet wurden und auch heute das Landschaftsbild prägen, konnten die irreparablen Schäden nicht abmildern.²⁹ Die schnelle Degradation der Böden hat sich im Untersuchungsraum wie überall im Neulandgebiet in schnell fallenden Ernten niedergeschlagen, nachdem zunächst hohe Erträge erzielt werden konnten.

In sozialer Hinsicht war die faktische Aufgabe der kleinen Dörfer ein weiterer Schlag für die Bewohner, die nicht in den Zentraldörfern lebten und genötigt waren, in das nächste Agrozentrum umzusiedeln. Den Konzentrationsprozess der ländlichen Siedlungs- und Wirtschaftsformen, der in den 1950ern begann und 30 Jahre andauerte, überlebten nur wenige „alte“ Kolonistendörfer. Diese wiesen eine weit niedrigere Lebensqualität als die Agrozentren auf. Ansonsten verbesserte sich die Lage der Bewohner ganz allgemein, was mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhing. „Die Dörfer (...) wurden reicher und besser, wenn sie auch äußerlich unscheinbar blieben“ (zit. n. MALINOWSKI 2000:187).

Im Gegensatz zur verbesserten materiellen Basis der Menschen und zum wirtschaftlichen Aufschwung der Region kam es nicht zu einem Aufblühen des politischen und kulturellen Lebens der Russlanddeutschen. Der Status der Sondersiedlungen, der erst 1955 aufgehoben wurde, wirkte noch lange nach und verhinderte ein kulturelles Revival. Im Gegenteil gab es wie bei den verstreut in Sibirien lebenden Russlanddeutschen ebenfalls die Tendenz, die ethnische Herkunft zu verstecken und sich generell unauffällig zu verhalten, um keine Rachegefühle bei der russischen Bevölkerungsmehrheit zu evozieren. Das Deutsche als gesprochene Sprache wie auch das Leben russlanddeutscher Traditionen

²⁸ Der Anschluss ländlicher Siedlungen an ein Ver- und Entsorgungsnetz in der Sowjetunion war eher die Ausnahme als die Regel.

²⁹ Die Schutzstreifen, die sich als linienhafte Baumreihen darstellen, sind alle in NW-SO-Richtung angelegt worden, im rechten Winkel zur Hauptwindrichtung (NO). Die Abstände zwischen ihnen sind jedoch, wie MEINEL (2002:52–7) in seiner Dissertation untersucht hat, zu groß, um einen nennenswerten Effekt zu erzielen.

verblieben in der privaten Sphäre und machten sich in der sowjetischen Öffentlichkeit möglichst unsichtbar. Die Verarbeitung der Kriegserlebnisse war ebenfalls nicht Teil des öffentlichen Diskurses. Die Phase, in der die russlanddeutsche Kultur nur in ihrem Nukleus existieren durfte, war zwar überwunden, aber von einer Normalisierung im Umgang mit der Herkunft war man weit entfernt. Eine gesamte Generation junger Russlanddeutscher war mit dem Verbot der Muttersprache aufgewachsen, und durch die ausbleibende schnelle Rehabilitation durch die KPdSU wurde in der Phase wirtschaftlichen Aufschwungs der Grundstein für den Verlust der Muttersprache gesetzt (MALINOWSKI 2000:191).

3.4 Zeitenwende, Öffnung und einsetzende Migration

Das Verhältnis der Russlanddeutschen zur Sowjetregierung stand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter dem Zeichen allmählicher Normalisierung. Nicht nur der Freispruch von der kollektiven Kriegsschuld, sondern vor allem die allmähliche Entspannung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der BRD trug dafür Rechnung. Deutschsprachige Institutionen (Theater, Schulen, usw.), die jahrzehntelang nicht in der Sowjetunion tätig sein durften, nahmen ihre Arbeit wieder auf, wenn auch unter neuen Bedingungen.

Mit der Rückkehr zu einer scheinbaren Normalität darf man aber nicht darüber hinweg sehen, dass Russlanddeutsche im Alltag weiterhin Benachteiligungen³⁰ ausgesetzt waren, was den Wunsch nach einer Ausreise nach Deutschland nährte. Mit der Ostpolitik unter Bundeskanzler Brandt wurde es erstmals möglich, dass in den 1970ern mehrere Tausend Russlanddeutsche aus der Sowjetunion übersiedelten. Auch wenn diese zahlenmäßig geringe Wanderungsbewegung zunächst nur von kurzer Dauer war³¹, konnte dies als Zeichen einer allmählichen Westöffnung interpretiert werden.

In den deutschen Siedlungsgebieten des Altai war davon wenig zu spüren, so dass es bis in die späten 80er Jahre dauerte, bis die erste russlanddeutsche Familie nach Deutschland übersiedelte. Einen ersten Aussiedlungsschub im deutschen Siedlungsgebiet des Altai koinzidierte mit der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU und der damit verbundenen Öffnung der Sowjetunion während der Phase der Perestroika. Es waren zunächst überwiegend politische Gründe, weswegen Familien Ausreiseanträge nach Deutschland stellten. Zahlenmäßig war die Menge jedoch noch verschwindend gering – zumindest erscheinen sie gering im Verhältnis zu den Migrationsbewegungen, die zu Beginn der 1990er Jahre einsetzten.

Gegen Ende der 1980er Jahre stellte sich die Situation im Untersuchungsgebiet wie folgt dar: In wirtschaftlicher Hinsicht nahmen die deutschen Wirtschaftseinheiten regionale Spitzenplätze ein, obwohl die natürlichen Voraussetzungen (insb. durch die jährlichen

³⁰ Hohe Parteiämter durften beispielsweise von ethnischen Deutschen nicht bekleidet werden, was den sozialen Aufstieg in der Sowjetgesellschaft bremste.

³¹ Während der frühen Regierung Kohl kühlte die Beziehung beider Länder wieder ab, was sich umgehend auf die Zahl der genehmigten Ausreiseanträge niederschlug, die Mitte der 1980er fast bei Null lag.

Niederschlagsmengen) deutlich ungünstiger sind als im Osten des Altai-Krai und dem fruchtbaren Altai-Vorland im Süden. Da die agroindustriellen Komplexe eng an die Entwicklung und Erhaltung dörflicher Strukturen gebunden waren, spiegelte die Ausstattung der deutschen Dörfer den relativen Reichtum wider. KLAUBE (1991:77) behauptet, dass die öffentlichen Einrichtungen der deutschen Zentraldörfer jedem Vergleich mit denen in einem gleichgroßen Dorf in Deutschland hätten standhalten können. Beim Betrachten der „beachtlichen Liste an Infrastruktureinrichtungen“ (ebd.:87), der „soliden und geräumigen Ausfertigung der Eigenheime“ (ebd.:79) und der finanziellen Einkommen der Kolchosmitarbeiter befände er es als „unaufrichtig zu behaupten“, dass es den Deutschen in der Kulundasteppe materiell schlecht ging (ebd.:87).

Ohne die spürbare Begeisterung von KLAUBE zu sehr zu teilen, muss dennoch konstatiert werden, dass, begünstigt durch die Umverteilungs- und Subventionierungsmechanismen der sowjetischen Agrarpolitik, die hochproduktiven Wirtschaftseinheiten beachtliche finanzielle Rücklagen akkumulierten, von denen sie in den 1990ern noch profitieren sollten. Die im Vergleich zum regionalen Durchschnitt überdurchschnittliche wirtschaftliche Kraft der Kolchosen, die die mit Abstand wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der deutschdominierten Kreise repräsentierten, rührte vor allen Dingen auf eine verfügbare Menge gut ausgebildeter und fähiger Leistungskader her. Wie bereits erwähnt, blieb die auf dem Gebiet der Sowjetunion seit den 1960er Jahren zu beobachtende Landflucht hier weitestgehend aus und der Produktionsfaktor Arbeitskraft machte die deutschen Kolchosen innerhalb des Produktionssystems der Sowjetunion leistungsfähig.³² Darüber hinaus profitierten die „deutschen Kolchosen“ zusätzlich von der Deklaration als „Forschungs- und Zuchtbetriebe“ für Viehwirtschaft, die mit besonderen Mittelaufwendungen von Seiten der Zentralregierung verbunden waren.

In politischer Hinsicht brachten die 1980er Jahre Veränderungen, die auf eine Wiederbelebung der deutschen Autonomie steuerten. Russlanddeutsche Intellektuelle begannen sich in Zirkeln zu treffen und in ersten Publikationen das Schicksal der Kriegsjahre und Nachkriegsjahre aufzuarbeiten. Mit der Beobachtung des sukzessiven Verfalls der russlanddeutschen Kultur wurden erste Forderungen nach einer nationalen Autonomie laut. Die unter dem Begriff „Wiedergeburt“ zusammengefassten nationalen Bewegungen waren dabei nicht nur bei den Russlanddeutschen zu beobachten, sondern vor allen Dingen im Baltikum und in den zentralasiatischen Republiken. Diese Basisbewegungen sorgten jedoch nicht dafür, dass sich die Position der KPdSU zur Nationalitätenfrage sichtbar veränderte. Die Reformaversion der Nomenklatura war einer der Gründe für die politischen Emigranten der 70er und 80er Jahre dem Land den Rücken zuzukehren. Selbst von einer Lokalautonomie schien man daher noch weit entfernt – der 1938 aufgelöste DNR Altai blieb weiterhin administrativer Teil der umliegenden Landkreise Slavgorod und Chabary.

³² Die Bevölkerungszahl der Deutschen im Altai hat sich zwischen 1950 und 1980 nur unwesentlich verändert und schwankte zwischen 120.000 und 130.000. Bedeutende Änderungen gab es jedoch in der räumlichen Verteilung zugunsten der Rayons in der Kulundasteppe. Durch geringe Land-Stadt-Wanderungen sowie einem Bevölkerungsüberschuss von 8,5 % innerhalb von 30 Jahren wuchs die deutsche Bevölkerung hier anteilig (MALINOWSKI 2000:192).

Im soziokulturellen Bereich konnte dank der wirtschaftlichen Kraft der Kolchosen eine erstaunliche Bandbreite an Einrichtungen finanziert werden. Wie bereits erwähnt, waren alle Dörfer mit Kulturhäusern, Bibliotheken, Kindergärten und Primarschulen ausgestattet. Ein steter Mangel an qualifizierten Lehrkräften und eine schlechte Versorgung mit Arbeitsmaterialien sorgten jedoch nicht dafür, dass der muttersprachliche Deutschunterricht über wenige Klassenstufen hinaus gewährleistet werden konnte. Außerdem war das Bildungsniveau unter Altaideutschen aufgrund der landwirtschaftlich ausgerichteten Beschäftigungsverhältnisse geringer als bei anderen Nationalitäten, wie Untersuchungen von KLAUBE zeigen (siehe Tab. 3).

Tab.3: Bildungsniveau von Russlanddeutschen im Altai-Krai aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung vom 12.1.1989

Art der Ausbildung	Nationalität	Anteil in %
Personen über 15 Jahre mit Hochschulbildung	Deutsche	4,9
	Russen	8,3
	Ukrainer	9,6
Personen über 15 Jahre mit Fachschulbildung	Deutsche	14,6
	Russen	18,4
	Ukrainer	18,9

Quelle: KLAUBE (1991:175).

Auch in mittleren und leitenden Positionen waren Deutsche unterrepräsentiert (KLAUBE 1991:175), obwohl dies auch auf den Umstand zurückzuführen ist, dass Deutsche in politisch sensiblen Bereichen unerwünscht waren und vakante Stellen lieber mit Russen besetzt wurden. Die Gesundheitsversorgung war für jeden Bewohner kostenlos, auch wenn die ärztlichen Versorgungspunkte schlecht mit medizinischem Gerät ausgestattet waren. Die Einkommen der überwiegend in den Kolchosen angestellten Arbeiter waren für sowjetische Verhältnisse als „sehr gut“ zu bezeichnen (KLAUBE 1991:86). Zum relativ geringen Grundeinkommen wurde den Anteilseignern der Kollektive (also jedem Arbeiter) eine jährliche Gewinnbeteiligung ausgezahlt, so dass das Gesamteinkommen höher lag als in den Sowchosen der Nachbarrayons. Das Problem, das sich den Konsumenten stellte, war nicht von finanzieller Natur, sondern eine Frage des Angebots von Konsumgütern. Die ländlichen Gebiete der Kulundasteppe blieben in dieser Hinsicht chronisch unterversorgt. Somit ist zwar von einer soliden materiellen Lebensgrundlage, aber von einem dennoch recht niedrigem Lebensstandard auszugehen.

4 Postsozialistische Transformation

Die vergangenen zwanzig Jahre haben der Transformationsforschung die Erkenntnis gebracht, dass der Systemübergang in national und regional differenzierten Bahnen verläuft (MOELLER et al. 2010:63), dass er trotz zum Teil beachtlicher Umbau- und politischer Konsolidierungserfolge nicht als abgeschlossen angesehen werden kann (KOLLMORGEN 2003:20) und dass die politischen und wirtschaftlichen Eliten des *ancien régime* als wandlungsfähige Akteure identifiziert werden können, die für eine Persistenz scheinbar anachronistischer Systemstrukturen sorgen. Historische, ökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen der Transformationsgesellschaften bilden dabei starke Einflussfaktoren, die bei der Untersuchung des Transformationsprozesses berücksichtigt werden müssen.

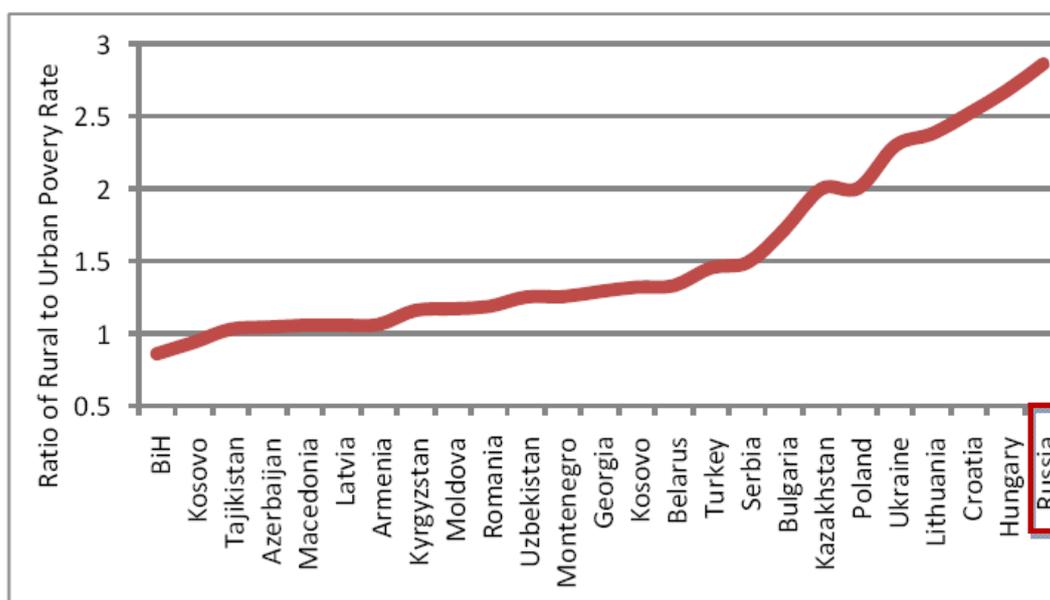
Als ehemaliger politischer und militärischer Weltmacht kam der Transformation der Sowjetunion in den Sozialwissenschaften ganz besondere Aufmerksamkeit zuteil. Die erste Phase radikalen institutionellen Umbaus zu Beginn der 1990er Jahre wurde von einer einzigartigen Periode wirtschaftlichen und machtpolitischen Niedergangs begleitet, die zu weit reichenden sozioökonomischen und ökologischen Veränderungen führte (VIEHRIG 2005:15). Die mit der kapitalistischen Wirtschaftsreform einhergehenden Einbrüche und Einschnitte wurden und werden dabei von vielen Menschen als negativ bewertet. Eine zentrifugale Kräfteverschiebung politischer Kompetenzen und Ressourcen, die Moskaus Einfluss schwächte und die Föderationssubjekte stärkte, unterhöhle die politische Macht der Zentralregierung und delegitimierte sie beim Wahlvolk. Nach der Wirtschafts- und Währungskrise im Jahr 1998 setzte eine allmähliche Konsolidierungsphase ein, die zwar zu einer stabileren Entwicklung der russländischen Wirtschaft führte, aber gleichzeitig Institutionen schwächte oder beseitigte, die in der Phase des strukturellen Umbaus geschaffen oder gestärkt wurden. Darunter fallen die unter Präsident Putin durchgeführte Rezentralisierung des politischen Machtgefüges und die Einordnung regionaler und lokaler Verwaltungsstrukturen zurück in die so genannte „Vertikale der Macht“. Dazu zählen ebenso die Erhöhung des Drucks auf die Strukturen der liberalen kapitalistischen Marktwirtschaft und die Wiederverstaatlichung einiger strategischer Schlüsselindustrien.

Westliche Wissenschaftler und Publizisten beobachteten, wie in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften westorientierte Basisinstitutionen implementiert und demokratische Verfassungen verabschiedet wurden, gleichzeitig aber ein Systemsynkretismus evident wurde, der scheinbar überkommene Strukturen übernahm und sie in einem neuen gesellschaftlichen Handlungsrahmen einfügte. Trotz „Unvollkommenheit“ der Systemtransformation und anhaltender Systemkritik von außen haben sich diese Gesellschaften jedoch scheinbar konsolidiert und stabilisiert. Dies kann insbesondere für die Russländische Föderation behauptet werden, zumindest wenn man sich auf die Aussagen relevanter volkswirtschaftlicher Kennziffern stützt. Dass nationale Durchschnittsstatistiken jedoch wenig Aussagekraft über regionale Dynamiken von Volkswirtschaften besitzen, insbesondere wenn es sich um diejenige Russlands handelt, ist eine Schwäche der an Makrokennziffern orientierten Länderanalyse.

Städtische Agglomerationen zeigten in den vergangenen zwei Jahrzehnten die größte Entwicklungsdynamik. In den nationalen Zentren Moskau und St. Petersburg, aber auch in den überregionalen Großstädten konzentriert sich die wirtschaftliche und innovative

Kraft des größten Flächenstaates der Erde am stärksten. Den ländlichen Raum hingegen hat der strukturelle Umbruch des Gesellschaftssystems am härtesten getroffen und sich in weit verbreiteter ländlicher Armut niedergeschlagen. In den Transformationsländern Osteuropas muss die ländliche Bevölkerung generell zu den Verlierern gesamtgesellschaftlicher Umstrukturierungen gezählt werden (CSÁKI in IAMO 2010:64) (siehe Abb.5). Das „ländliche“ Russland, das in hohem Maße von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängt, weil eine flächendeckende Industrialisierung nie stattfand, hat in der langanhaltenden wirtschaftlichen Misere, die auf das Ende der Sowjetunion folgte, eigene Antworten auf staatliche Vorgaben gefunden und Überlebensstrategien entwickelt, um der verbreiteten ländlichen Armut zu entkommen.

Abb. 5: Verhältnis von ländlicher zu städtischer Armut in Ost- und Mittelosteuropäische Ländern, 2006 bis 2007



Quelle: ERSADO UND UMALI-DEININGER (2009:6); in: IAMO (2010:17).³³

Es wurden einige von den städtischen Agglomerationen losgelöste Transformationspfade eingeschlagen, die die wirtschaftliche, politische und soziale Sphäre der dörflichen Gemeinschaften nachhaltig beeinflussen. Am Beispiel des DNR Altai soll in diesem Kapitel dargestellt werden, wie sich Transformationsprozesse im lokalen Kontext darstellen und welcher Einfluss durch den föderalen- und regionalen Ordnungsrahmen (Altai-Krai) ausgeübt wurde. Aufgrund der großen Bedeutung der Landwirtschaft für den DNR Altai, kommt der Transformation des Agrarsektors besondere Aufmerksamkeit zuteil.

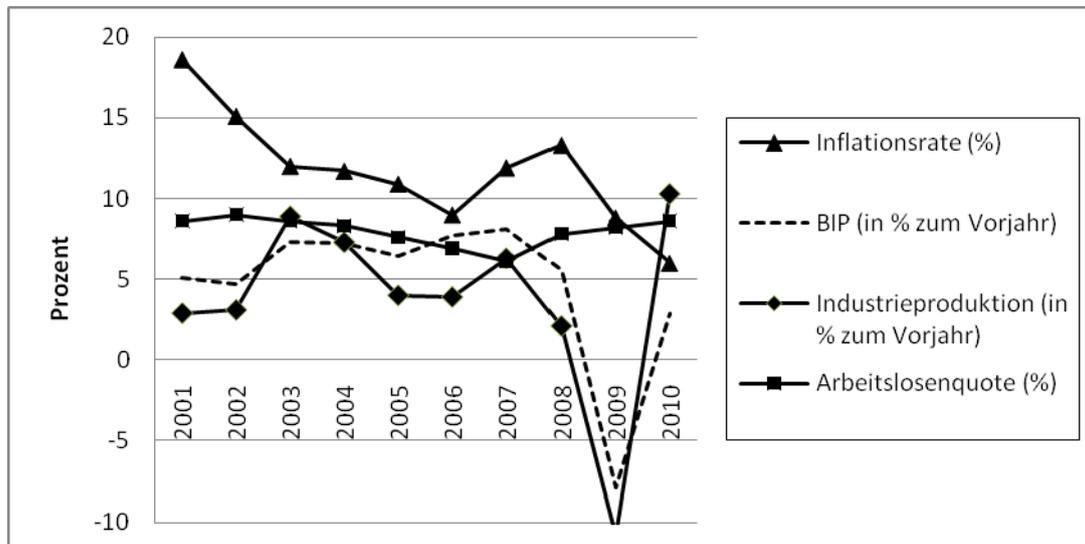
³³ In ländlichen Gebieten leben nur 26 Prozent der Russen, aber fast 60 Prozent der armen Bevölkerung (ERSADO und UMALI-DEININGER, 2009).

4.1 Wirtschaftstransformation

Die Regierung unter Boris Jelzin stand nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor der Herausforderung, eine der größten Volkswirtschaften der Welt von einer zentral verwalteten Planwirtschaft in eine freie Marktwirtschaft zu transformieren. Die einzelnen von oben implementierten Wirtschaftsreformelemente waren Instrumente von der Form einer „Schocktherapie“, die Basiselemente eines kapitalistischen Wirtschaftssystems beinhalteten: Ende der Preisbindung von Gütern und Waren, Privatisierung des Handels und der Dienstleistungen, freie Unternehmensgründung und Bodenreform. Die gesetzlichen Grundlagen wurden in einer Phase wirtschaftlicher Privatisierung und Liberalisierung in den Jahren 1991 bis 1994 geschaffen. Der Großteil der russländischen Industrie und des Agrarsektors waren aufgrund struktureller und systemischer Missstände, die bereits in der Sowjetunion angelegt waren, nicht wettbewerbsfähig und mit den Herausforderungen einer globalen Wettbewerbsökonomie überfordert. Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Fiskalpolitik und ein überbordendes Staatsdefizit führten neben anderen Faktoren bereits 1992 zu einer Hyperinflation. Nach einer Phase scheinbarer Stabilität gegen Mitte der 1990er Jahre, als die Regierung der Preisstabilität auf der Ausgabenseite Priorität einräumte, kam es 1998 noch einmal zu einer schweren fiskalischen Krise.

Diese Finanzkrise sollte sich als eine Zäsur der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands herausstellen. Bis dahin hatten nahezu alle Wirtschaftszweige, aber auch die Lebensqualität der Bevölkerung einen einzigartigen Verfallsprozess erlebt, der mit der Gesellschaftstransformation einsetzte (VIEHRIG 2005:17). Eine Kombination verschiedenster interner und externer Faktoren (Verbesserung der *terms-of-trade*, Stimulierung der Binnenwirtschaft, stabile Finanzpolitik, Abbau des Staatsdefizits, u. a.), die sich günstig auf die wirtschaftliche Stabilisierung auswirkten, setzten bereits seit 1999 ein und hielten bis über weite Strecken der letzten Dekade an. Wie Abbildung 6 zeigt, wuchsen das BIP und die Industrieproduktion kontinuierlich und die Inflationsrate entwickelte sich insgesamt rückläufig, während sich die Arbeitslosenquote auf einem Niveau von etwa acht Prozent einpendelte. Wie ebenfalls zu sehen ist, hat die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise einen starken Negativeffekt auf das Wirtschaftswachstum ausgeübt, wie an den Einbrüchen des BIP und der Industrieproduktion (um -10 Prozent) abzulesen ist. Hieraus lässt sich eine fortbestehende Instabilität der russländischen Wirtschaft ableiten, die weiterhin sensibel auf externe Schocks reagiert. Gleichzeitig spricht die schnelle Trendumkehr aber auch für eine zunehmende Konsolidierung der Wirtschaft und der Politik, die dank akkumulierter Rücklagen angemessener auf Krisensituationen reagieren konnte als noch in den 90er Jahren. Die Effekte der letzten Finanzkrise sind von der Wissenschaft noch nicht abschließend bewertet worden, aber es hat sich gezeigt, dass die russländischen Regionen unterschiedlich auf die Krise reagiert haben (ZUBAREVICH 2009:4).

Abb. 6: Ausgewählte makroökonomische Kennziffern der russländischen Wirtschaft seit 2001



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus russland-analysen No. 200/2010, S.10 und 204/2010, S.20.

Als vorläufiges Ergebnis ist zu konstatieren, dass wirtschaftlich starke Regionen mit diversifizierter Industriestruktur zum Teil gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgegangen sind, weil der Markt von Konkurrenten bereinigt wurde (ebd.). Regionen, deren Industrie in hohem Maße von der Binnennachfrage abhängt (Textilindustrie, Maschinenbau), waren stärker betroffen. Kurz gefasst bewirkten die Finanzkrisen der letzten 20 Jahre stets einen Stratifizierungsschub bei der Entwicklung der Regionen. Das russländische Ministerium für regionale Entwicklung unterscheidet die 88 Föderationssubjekte mittlerweile nach ihrer wirtschaftlichen Stärke in zehn Wachstumsgebiete (mit den Metropolregionen Moskau und St. Petersburg, in 24 Basisregionen (Rohstoffregion, Industrieregionen) sowie in 54 so genannten „depressiven Regionen“, in denen sich die krisenhafte Situation der Wirtschaft weiter fortsetzt.³⁴

Der Reformeifer der Ära Putin ist unter dem derzeitigen Präsidenten Medwedjew zwar etwas zurückgegangen, aber nach einer turbulenten ersten Dekade hat sich in Russland ein relativ stabiles staatskapitalistisches System etabliert, in dem die Regierung die Kontrolle über sogenannte Schlüsselindustrien (Erdöl, Erdgas, Raumfahrt, u. a.) nach einer Phase der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe wiedererlangt hat. Das Geschäftsklima hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls verbessert, was auch auf Bemühungen der Putin-Regierung zurückzuführen ist. Dennoch gibt es weiterhin Defizite in Kernbereichen der Wirtschaft. Im von der Weltbank erstellten „Ease of Doing Business“-Index, bei

³⁴ „Depressive Gebiete“ zeichnen sich durch einen signifikanten Rückgang der Wirtschaftskraft innerhalb der letzten zehn Jahren sowie einer unterdurchschnittlichen Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren aus. Ein niedriger Lebensstandard und eine Abwanderung von Arbeitskräften sind in diesen Regionen zu beobachten. (Quelle: Ministerstvo Regional'nogo Razvitiya Rossijskoj Federacii; 22.01.2007).

dem verschiedenste Indikatoren wirtschaftlicher Tätigkeit erfasst und bewertet werden, nimmt Russland lediglich den 120. Rang (von 183 erfassten Ländern) ein.³⁵ Eines der gravierendsten ungelösten Probleme ist zudem die „systemische“ Korruption, die nicht nur „für bestimmte Teile des Staatsmechanismus typisch ist, sondern (...) alle Ebenen der Staatsmacht“ durchdringt, wie der Generalstaatsanwalt JURI TSCHAIKA in einem Vortrag im Jahr 2006 befand.³⁶

4.1.1 Transformation der Landwirtschaft

Obwohl die russische Landwirtschaft bereits vor der Transformation in einer latenten Systemkrise steckte und seit den 1960er Jahren hoch subventioniert war, verursachte erst die Systemwende den offenen Niedergang des Agrarsektors, der sich zunächst in einem abrupten Absinken des Produktionsvolumens niederschlug. Im Jahr 1998 hatte man mit knapp 60 Prozent der im Jahr 1990 produzierten Menge an landwirtschaftlichen Erzeugnissen den Tiefpunkt erreicht (VIEHRIG 2005:18), und der Anteil des Agrarsektors am BIP war von 15,4 Prozent auf 5,6 Prozent gefallen (LINDNER 2006:12). Das in der Sowjetunion entwickelte Redistributionssystem von Ressourcen und Kapital war in sich zusammengebrochen, nachdem der Staat die Unterstützung für den Agrarsektor im Prinzip einstellte (DAVYDOVA / FRANKS 2006:39). Dies tat er zum einen aufgrund der finanziellen Notlage, aber zum anderen auch, weil die Reformer bei der Transformation der Landwirtschaft davon ausgingen, dass landwirtschaftliche Familienbetriebe nach US-amerikanischem Vorbild an die Stelle der alten Strukturen treten würden (BRUISCH 2007:7).

Die Agrarstruktur der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) war seit den 1930er Jahren zu unterschiedlichen Anteilen durch genossenschaftlich organisierte Kolchosen, staatliche Sowchosen und persönliche (private) Nebenerwerbswirtschaften (PNEW) geprägt. Der Boden war verstaatlicht und wurde den Betriebsformen zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Der Vertrieb der Produktion wurde durch staatliche Aufkaufgesellschaften gewährleistet, die die Waren zu einem fixierten Preis abkauften. Die Bewirtschaftung der Böden erfolgte durch einen jährlich festgelegten Plan, der zwischen der Betriebseinheit und den übergeordneten Behörden bestimmt wurde.

Gegen Ende der Sowjetunion wurden 98 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens von Sow- und Kolchosen bewirtschaftet, der relativ kleine Restanteil von Hauswirtschaften oder Gartengemeinschaften. Ungeachtet der ungleich verteilten Bodenverhältnisse nahmen die PNEWen einen wichtigen Anteil an der Herstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für den Binnenmarkt ein, indem sie überwiegend arbeitsintensive Produkte erzeugten. Vor der Reorganisation der Betriebsformen stellten sie 26 Prozent aller landwirtschaftlichen Produkte in der Sowjetunion her (LINDNER 2003:19). Die soziale Bedeutung

³⁵ Indikatoren: Business starten, Erteilung von Baugenehmigungen, Arbeitskräfte anheuern und freistellen, Registrierung von Besitz, Kreditaufnahme, Investorenschutz, Steuern, Export/Import-Regulierungen, Vertragsabschluss, Business schließen; (Quelle: Worldbank 2010).

³⁶ TSCHAIKA, J. (2006); In: russlandanalysen 120/06.

der PNEWen für den ländlichen Raum wird auch dadurch deutlich, dass nach Angaben von IOFFE und NEFEDOWA (1997) 90 Prozent der Bevölkerung über eine verfügten.

Der Reformansatz der Regierung Jelzin zielte auf die Aufhebung des staatlichen Bodenmonopols sowie die rechtliche Gleichstellung verschiedener landwirtschaftlicher Betriebsformen ab (BRUISCH 2007:12f.). Die kollektivierten Landwirtschaftsbetriebe sollten durch agrarkapitalistische Strukturen ersetzt werden, die in der Lage sein sollten, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu bestehen und die Nahrungsmittelsicherheit des Landes zu gewährleisten (WEGREN et al. 2004:256; VIEHRIG 2005:19). Bereits gegen Ende 1990 wurden Gesetze³⁷ verabschiedet, die den Kollektivbesitz der Betriebsformen neu regelten sowie die Existenz von privaten Farmwirtschaften (russ: *fermerskoe chozjajstvo*) als rechtlich gleichgestellte Betriebsform garantierten.

Die Entwicklung privater Landwirtschaftsbetriebe (*Fermer-Betriebe*) entwickelte sich zunächst wie erwünscht. Gestützt durch die gesetzlichen Grundlagen und durch finanzielle Unterstützung zur Gründung von Farmwirtschaften³⁸ gab es eine stürmische Entwicklung, in der sich die Anzahl der Fermer-Betriebe rasch von 4.400 (1991) auf 280.100 (1996) erhöhte (BRUISCH 2007:12). Seit Mitte der 90er Jahre ist die Zahl jedoch leicht rückläufig (2006: 255.400 Fermerbetriebe; STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK ROSSII 2007:254). Durch das Zurückfahren staatlicher Finanzhilfen, die ein wichtiges Entwicklungssignal aussendeten sowie durch eine Reihe weiterer systemischer Hindernisse³⁹ entwickelte sich das private Landunternehmertum nicht wie erwartet (hierzu ausführlich BRUISCH 2007, DAVYDOVA / FRANKS 2006). Die Fermerbetriebe konnten in der zurückliegenden Transformationsperiode zwar den Bodenanteil sowie den Anteil am landwirtschaftlichen Bruttoprodukt erweitern, aber insgesamt bleibt ihr volkswirtschaftlicher Beitrag eher gering (siehe Tab. 4).

Tab. 4: Entwicklung der Fermer-Betriebe in der russländischen Landwirtschaft seit 1990

	1990	2000	2002	2007	2008
Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion (in %)	-	3,0	3,7	8,1*	9,2*
Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (in %)	0,1	6,6	8,7	18,9*	19,3*

Quelle: Zusammengestellt mit Daten von VIEHRIG (2005:21) / * Osnovnye Pokazateli Sel'skogo Chozjajstva v Rossii v 2008 godu. 2009:9.

³⁷ Gesetz „Über die Bodenreform“ vom 23.11.1990 sowie Gesetz über Fermerbetriebe vom 22.11.1990.

³⁸ Im Januar 1991 wurde der Fonds „Rossijskij Fermer“ gegründet, der an privaten Farmwirtschaften zinsgünstige Darlehen verteilte.

³⁹ Probleme bei der Beschaffung von Krediten, zu kurze Tilgungsfrist (5 Jahre) von Krediten, überbordende Bürokratie, Probleme bei der Erweiterung von Land, u. a.

Mit dem Scheitern der *Fermerisierung* der russländischen Landwirtschaft richtete sich die Aufmerksamkeit zurück auf die aus der Sowjetzeit übernommenen Betriebsformen. Die Statistik erfasst neben den erwähnten *Fermerwirtschaften* zwei weitere Grundtypen agrarischer Betriebsformen:

1. Agrarunternehmen (Großbetriebe) (russ.: *sel'skochozjajsvtvennyje predprijatija*), die aus der Reorganisation/Umstrukturierung ehemaliger Kolchosen/Sowchosen hervorgegangen sind.
2. Hauswirtschaften der Bevölkerung (ehem. PNEWen) (russ.: *ličnye podsobnye chozajstva*), die die Nutzung von Hof- und Pachtland, Feldparzellen, Datschen- und Gartenkooperativen auf Pacht- oder Eigentumsland beinhaltet.

Viele Großbetriebe, deren Auflösung und Reorganisation 1993 per Dekret angeordnet wurde, existierten in ihrer sowjetischen Organisationsform weiter, nur mit dem Unterschied, dass sie eine unterschiedliche Rechtsform annahmen und mit kollektiv-geteiltem Eigentum operierten. Verschwunden waren fixierte Regelungen der wirtschaftlichen Aktivität (Orientierung an Planvorgaben, Beschränkung von Privateigentum), aber geblieben sind zugeschriebene Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb der Betriebsstruktur (LINDNER 2003:22). So stellt sich also weniger die Frage, warum die Fermerisierung der russländischen Landwirtschaft gescheitert ist, sondern vielmehr, warum die Kollektivwirtschaften noch existieren (DAVYDOVA / FRANKS 2006:41)? Mit dem Wandel der Rechtsform ging kein radikaler Wechsel der Großbetriebe einher, die nach ökonomischen Kriterien wirtschafteten. Ganz im Gegenteil arbeiteten im Jahr 1998 nach Zahlen von SCHULZE (2002) 87 Prozent aller Großbetriebe mit Verlust! Erst nach der Wirtschaftskrise von 1998 besserte sich die Situation mit etwa 50 Prozent Gewinn erwirtschaftenden Betrieben (ebd.).

Nach den genauen Ursachen dieser widersprüchlichen Entwicklung wird bei der Untersuchung der Wirtschaftsstruktur des DNR Altai noch einmal genauer eingegangen werden. An dieser Stelle soll als Erklärung zunächst genügen, dass der politische Preis für die Schließung aller defizitären Kollektivwirtschaften zu groß gewesen wäre – die soziale, wirtschaftliche und politische Bedeutung der Großbetriebe ist im ländlichen Raum sehr groß. Daher gibt es eine fortwährende Ausrichtung der Administration auf die Großbetriebe und ein unausgesprochenes Bekenntnis zum Fortbestand dieser Strukturen (BRUISCH 2007:9).

Die Hauswirtschaften sind die eigentlichen „Gewinner“ des Transformationsprozesses.⁴⁰ Während der frühen Transformationsphase, als die Nahrungsmittelsicherheit in den Städten nicht immer gewährleistet war, bildeten die Millionen von PNEWen das Rückgrat des russländischen Agrarsektors. Bereits zu Sowjetzeiten füllten diese Betriebsformen das staatliche Angebot an arbeitsintensiven Garten- und Feldkulturen auf (bspw. mit Kartoffeln, Gemüse). Nach der politischen Wende verstärkte sich ihr Anteil am Produktionsvo-

⁴⁰ Hauswirtschaften produzieren laut Gesetz ausschließlich für den Eigenbedarf und verkaufen die Überschüsse auf dem Markt, während Fermerbetriebe auf die Marktproduktion ausgerichtet sind. Eine klare Trennlinie ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Steuerrechtlich gesehen werden Hauswirtschaften jedoch bevorzugt behandelt. Daher ist von einer hohen Zahl an privaten Hauswirtschaften auszugehen, die eigentlich überwiegend für den Markt produzieren.

lumen noch einmal kräftig (siehe Tab. 5). Das Missverhältnis zwischen den produktiven Privatwirtschaften und den „unproduktiven“ Großbetrieben erklärt sich laut DAVYDOVA / FRANKS durch den verbilligten oder kostenfreien Kapitaleinsatz der Kolchosen für die privaten Hauswirtschaften (2006:43).

Tab. 5: Entwicklung der Hauswirtschaften in der russländischen Landwirtschaft seit 1990

	1990	1995	2000	2007	2008	2009
Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion (in %)	26,3	47,9	53,6	44,3*	43,4*	46,4*
Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (in %)	1,8	5,0	5,6	4,2*	4,2*	4,3*

Quelle: Zusammengestellt mit Daten von VIEHRIG (2005:20,22) / * Osnovnye Pokazateli Sel'skogo Chozjajstva v Rosii v 2008 godu. 2009:5)

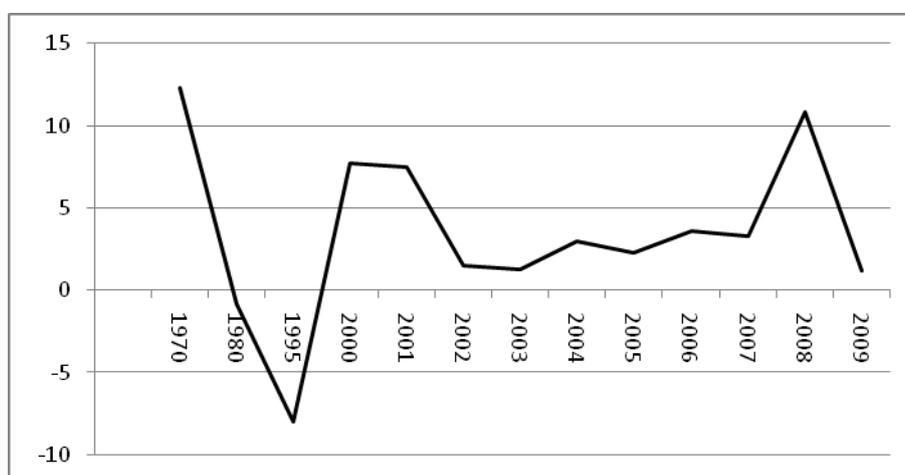
Kernbestandteil des Kolchoswesens war eine symbiotische Beziehung zwischen der Kollektivwirtschaft und der PNEWen: Erstere unterstützte den Bauern bei der Bewirtschaftung des Hoflandes und im Gegenzug erschien der Bauer an seinem Arbeitsplatz und verkaufte Teile der eigenen Produktion an den Arbeitgeber zum Zwecke der Planerfüllung (LINDNER 2003:20). Somit waren beide Elemente personell und wirtschaftlich eng miteinander verknüpft. Mit der Disposition der Kollektivwirtschaften ist diese symbiotische Beziehung zwar aufgebrochen worden, aber die Nachfolgebetriebe halten unter großem Kostenaufwand diese Beziehung am Leben (ebd.).

Die russländische Agrartransformation war über weite Strecken von einem institutionellen Nebeneinander der drei dominierenden Betriebsformen bestimmt, doch die jüngsten Entwicklungen deuten auf eine Pluralisierung der Betriebsformen hin. Die Föderalregierung, die gegenwärtig wieder vermehrt in die Entwicklung des Agrarmarktes investiert, tut dies im Hinblick auf die nationale Nahrungsmittelsicherheit angesichts beunruhigender Folgen des Klimawandels und der Spekulation für landwirtschaftliche Produkte an den globalen Börsen. Man setzte bereits unter der Regierung Putin verstärkt auf Investoren, die in der Lage waren, das verschlissene Sachkapital zu ersetzen, mehr Betriebsmittel aufzuwenden und auf diese Weise Erträge und Effizienz zu erhöhen (SCHULZE 2002:315). So genannte *Agro-Holdings*, also horizontal und vertikal integrierte agroindustrielle Konzerne, die seit 1998 verstärkt an Einfluss gewonnen haben, könnten die Anforderungen erfüllen. Die Regierung betrachtet jedoch eine Konzentration von Boden in den Händen Weniger skeptisch, da dies eine der Grundintentionen der Bodenreform entgegenlaufen würde. Daher stärkte der Staat zuletzt ein nationales Programm zur Bildung und Unterstützung von landwirtschaftlichen Kooperativen (russ.: *sel'chozkooperativy*), die genossenschaftlich

organisiert sind. Mit 5.000 registrierten Kooperativen ist ihr Anteil mit knapp zwei Prozent aller Betriebsformen aber dennoch unbedeutend.⁴¹

Insgesamt folgt dies dem Trend einer sukzessiven „Monetarisierung“ des russländischen Agrarmarktes (DAVYDOVA / FRANKS 2006:41), der eine langsame Entwicklung zu ökonomisch effizienten und marktorientierten Strukturen erkennen lässt, was sich auch in den steigenden Produktionszahlen des Agrarsektors in den letzten Jahren niederschlägt (siehe Abb. 7). Dennoch sollte der positive Trend nicht darüber hinwegtäuschen, dass die russländische Landwirtschaft weiter ihr Potential nicht ausschöpft (VIEHRIG 2005:19). Es bestehen weiterhin gravierende Mängel in den vor- und nachgelagerten Bereichen (Futtermittel, Technikangebot, Lagerwirtschaft, Veredelungsindustrie), in den Marktdistributionssystemen und im Kreditwesen. Erwähnt sein soll an dieser Stelle auch, dass die ökologischen Folgeschäden, die die Sowjetunion auch und gerade in der Landwirtschaft hinterlassen hat, noch in keiner Weise angegangen worden sind. Von einer nachhaltigen Landwirtschaft, die dem ökologischen Faktor Rechnung trägt, ist man in Russland noch weit entfernt. Selbst eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine Transformation des Agrarsektors ist immer noch nicht gegeben: ein transparenter Bodenmarkt. Ohne die Sicherheit der Eigentumstitel an Grund und Boden werden sowohl potenzielle Investoren als auch Banken weiterhin davor zurückschrecken, in die russländische Landwirtschaft zu investieren.

Abb. 7: Entwicklung der Produktivität der russländischen Landwirtschaft 1970–2009 (in Prozent zum Vorjahr)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007 / Osnovnye pokazateli Sel'skogo Chozjajstva v Rossii v 2008 godu.

⁴¹ „Sel'skochozjajstvennye Tovarproizvoditeli.“ [landwirtschaftliche Warenproduzenten], RUSSISCHES LAN- WIRTSCHAFTSMINISTERIUM (2009:6).

Vergleichbar mit historischen Vorbildern von Landreformen in Russland, gab der Staat auch in der Systemtransformation die Richtung in der Agrarpolitik vor, ohne allerdings die Ausgestaltung der Gesetzeswerke zu weit zu spezifizieren, mit der Folge, dass die gestärkten Föderationssubjekte eigene Strategien und Gesetzgebungen entwickelten. Die föderale Ebene konzentrierte sich eher auf die Städte als Wachstumskerne und räumte das Feld der Agrarpolitik. LINDNER (2006:13) interpretiert dies sogar als einen „bewussten Rückzug des Staates aus dem ländlichen Raum“. Als Folge entwickelte sich in der RF nicht nur eine Stratifizierung der Wirtschaftskraft der Regionen, sondern auch eine Ausdifferenzierung landwirtschaftlicher Regionen, die nicht nur mit klimatisch-geographischen Rahmenbedingungen und den Fähigkeiten der Betriebsleitung in Beziehung steht (LINDNER 2003:21), sondern im wesentlichen Maße von der Implementierung der Reformpolitik durch die Föderationssubjekte bestimmt wird (DAVYDOVA / FRANKS 2006:41). Auch die politisch-administrative Rezentralisierung der letzten Dekade bewirkte keine föderale Vereinheitlichung der Agrargesetzgebung. Daher sind bei der Beurteilung lokaler Transformationsphänomene die regionalen Rahmenbedingungen in jedem Fall zu berücksichtigen.

4.1.2 Regionale wirtschaftliche Rahmenbedingungen – die Situation im Altai-Krai

Sowohl im Bereich der Landwirtschaft als auch in der Industrie hat der Systemübergang die Altai-Region vor große Herausforderungen gestellt. Die westsibirische Region, die weder über strategisch wichtige Rohstoffe noch über fossile Energieträger verfügt, war besonders stark vom Systemumbau betroffen und gehörte zu einer von dreizehn russländischen Regionen, die zwischen 1990 und 2004 einen Rückgang der Industrieproduktion von mehr als 40 Prozent bei gleichzeitigem Industrieanteil von mehr als 20 Prozent des regionalen BIP aufwies (LUGOVOV et al. 2007).

Die Region gewann insbesondere während des Zweiten Weltkrieges als industrieller Wirtschaftsstandort an Bedeutung, als eine Reihe kriegswichtiger Industrien aus dem europäischen Teil Russlands nach Westsibirien evakuiert worden waren. So hatten nicht nur die Schwermaschinenindustrie und die Metallverarbeitung, sondern darüber hinaus auch die Rüstungsindustrie bedeutende Standorte, die nach planwirtschaftlichen und nicht nach ökonomischen Kriterien ausgewählt wurden. Die Industrie des Altai-Krai war in das Distributionssystem sozialistischer Arbeitsteilung komplett eingebunden und lieferte seine Industriewaren ausschließlich für den Binnenmarkt mit einer Konzentration von Abnehmern in den entlegenen Regionen der UdSSR. Mit dem Systemwechsel waren gerade diese Industriezweige von einem starken Rückgang der Nachfrage und folglich der Produktion betroffen. Allein im Jahr 1993 brach die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr um über 25 Prozent ein, während es in Russland „nur“ 16,2 Prozent waren (KIRKOW 1994:1166). Noch verheerender war die Entwicklung in den Bereichen Kapitalinvestitionen (-39 Prozent), Gütertransport (-35,7 Prozent) und bei den Dienstleistungen (-57,8 Prozent) (ebd.).

Der Altai-Krai ist eine seit den 1960er Jahren vom Zentralstaat subventionierte Region.⁴² Es verwundert daher wenig, dass unmittelbar nach dem Ende des sozialistischen Systems der Versuch unternommen wurde, eine freie Sonderwirtschaftszone einzurichten, die dringend benötigtes Investitionskapital in die Region bringen sollte. Der Versuch scheiterte jedoch, und man musste bei der Entwicklung auf endogene Potentiale setzen.

Wie Tabelle 6 zu entnehmen ist, befindet sich die Wirtschaftsregion Altai hinsichtlich der meisten wirtschaftsbezogenen Kennziffern im Mittelfeld im Vergleich zu den anderen Föderationssubjekten der RF. Unterdurchschnittlich sind die Anteile am BIP, am Steueraufkommen, den Kapitalinvestitionen sowie dem Im- und Export, die alle unter dem Bevölkerungsanteil liegen.

Tab. 6: Zur Bedeutung des Altai-Krai als Wirtschaftsregion in der Russländischen Föderation

Indikator	Prozentualer Anteil an der RF (=100 %)	Rang innerhalb der 89 Föderationssubjekten der RF
Fläche	0,98 %	22
Bevölkerung	1,76 %	22
BIP (2007)	0,79 %	32
Umsatz des verarbeitenden Gewerbes	0,92 %	29
Landwirtschaftliche Produktion	2,81 %	8
Steuer- und Gebührenaufkommen für das Budget der RF	0,43 %	39
Kapitalinvestitionen	0,63 %	40
Umfang Export	0,3 %	34
Umfang Import	0,26 %	38

Quelle: Zusammengestellt mit Daten aus Regiony Rossii (2009:32-33).

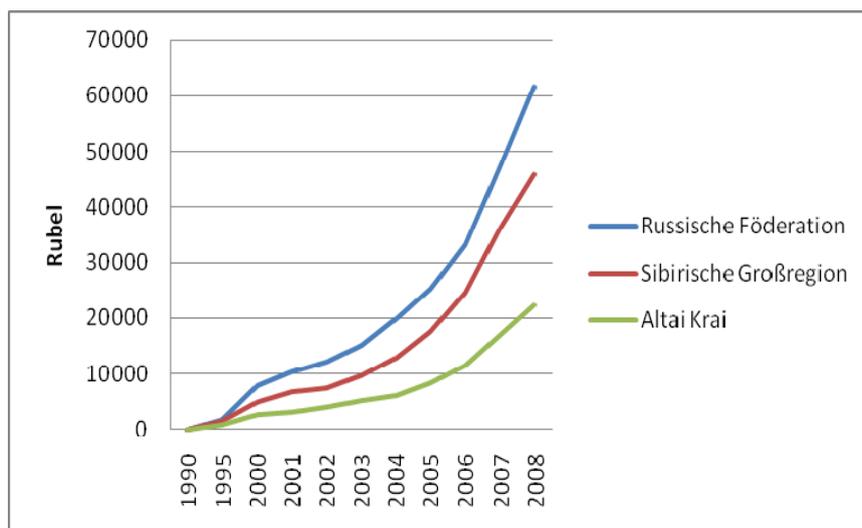
Der (relativ) hohe Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion zeichnet den Altai-Krai als Agrarregion aus, die 2003 einen Beschäftigungsanteil an der Landwirtschaft von immerhin 26 Prozent aufwies (HELLER et al. 2003:93). Bereits vor der Neulandkampagne, bei der etwa ein Drittel der Regionsfläche unter den Pflug genommen wurde, gab es eine Konzentration der Lebensmittel verarbeitenden Industrie. Wie auch in anderen Regionen des Landes verzeichnete der regionale Agrarsektor Produktionsrückgänge, die vor allem die Viehwirtschaft und die Herstellung tierischer Lebensmittel betrafen (vgl. VIEHRIG 2005:95).

⁴² Der von Moskau getragene Anteil des regionalen Budgets betrug 1988 68,4 Prozent (KIRKOW 1994: 1175).

Seit Transformationsbeginn ist im Landwirtschaftssektor ein Betriebssterben zu beobachten, der unvermindert anhält. Umgekehrt proportional vergrößern sich die Betriebsflächen pro Wirtschaftseinheit – es ist demnach ein betrieblich-struktureller Konzentrationsprozess bei den Agrarproduzenten im Gange (STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007).

Die radikalen Reformen zum Umbau der Gesellschaft, die von Moskau initiiert wurden, trafen in der Region auf wenig Zustimmung, weil sie als Ursache für den Zusammenbruch des Wirtschaftsystems gesehen wurden. Landwirtschaftlich geprägte Regionen, die unter Demoskopen als politisch konservativ gelten, tendierten in der Transformationsphase dazu, den zentralstaatlichen Reformansatz entgegenzustehen, was sich in einer Fortsetzung bestehender Strukturen zeigte, wie KIRKOW in einer empirischen Studie am Beispiel des Altai-Krai darlegte (1994). Als Folge daraus blieb der Industriesektor hochgradig zentralisiert und ließ kaum Raum für eine autonome Entwicklung. Ähnliche Strukturen bildeten sich auch im Agrosektor heraus, in der das ehemalige regionale Landwirtschaftskomitee den Übergang in die kapitalistische Marktordnung schaffte, weiterhin den Zugang zum Markt kontrollierte und die Nachfolgeorganisationen der Kolchosen und Sowchosen eng an die Verwaltung des Altai-Krai knüpfte.

Abb. 8: Entwicklung der Pro-Kopf-Investitionen (in Tsd. Rubel) (1990–2008)



Quelle: Eigene Darstellung; nach Daten aus Regiony Rossii (2009:930f.).

Die Altai-Region verzeichnete in den letzten Jahren zwar eine positive Entwicklungstendenz in der wirtschaftlichen Erholung, aber im Vergleich zu anderen Föderationssubjekten (auch innerhalb des Föderaldistrikts Sibirien (russ: *Sibirskij Federal'nyj Okrug*) fällt die Region in der Entwicklung weiter zurück (als Beispiel Pro-Kopf-Investitionen; Abb. 8). Die Gründe sind in der peripheren Lage, der schlechten Ausstattung mit Bodenschätzen und Energieträgern, der Überalterung der Technik (sowohl in Industrie als auch Landwirtschaft) und in den entwicklungshemmenden Strukturen in Verwaltung und Politik zu sehen.

4.1.3 Lokale Muster der Wirtschaftstransformation im DNR Altai

Die wirtschaftliche Entwicklung des Rayons während der Transformationsperiode folgte eigenen Trends, die in dieser Form in der Region Altai einzigartig waren. Die vom Zentralstaat implementierten Reformen im Agrarbereich wurden im Untersuchungsraum nur schemenhaft und nur bis zu einem bestimmten Grad übernommen, mit der Folge, dass der Rayon gegenwärtig die in der Russländischen Föderation weithin zu beobachtenden strukturellen und institutionellen Veränderungen des Agrarsektors mit einer Verzögerung von 15 bis 20 Jahren nachholt. Momentan befindet sich der DNR Altai ökonomisch gesehen in einer Phase des Umbruchs, die die umliegenden Gebietskörperschaften bereits in den 90er Jahren erlebten.

Bedingt durch die historischen und demographischen Besonderheiten der deutschen Bevölkerungsmehrheit des Siedlungsgebietes waren die Rahmenbedingungen geschaffen, den DNR Altai in seiner jetzigen Form wieder zu errichten. Die ökonomische Entwicklung des Rayons war deshalb so einzigartig, weil der deutsche Staat als Investor in einem Raum in Erscheinung trat, der von strukturellen Verwerfungen geprägt und von russischer Seite sich selbst überlassen worden war. Man kann daher von einer Art Experiment sprechen, eine autarke, wirtschaftsstarke, ländliche Entwicklung durch externe Kapitalinvestitionen in Gang zu setzen, deren ökonomische Kraft in das Umland ausstrahlen und weitere *trickle-down-Effekte* erzeugen sollte.

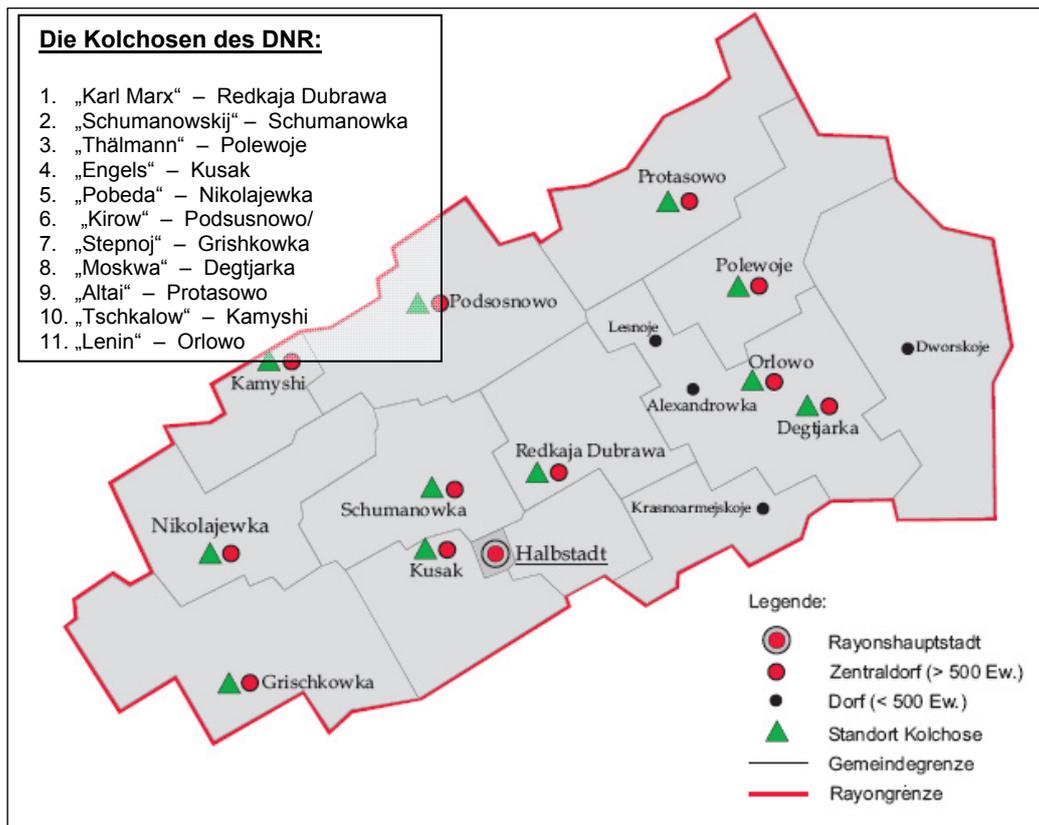
Dieses Entwicklungsexperiment besaß jedoch keinen strategischen Ansatz von so genannten *grassroot-Projekten* wie im entwicklungspolitischen Kontext der 1980er Jahre. Es gab im DNR Altai bereits eine hochspezialisierte ökonomische Struktur von elf Kollektivbetrieben, die in den Grenzen des DNR Altai 1991 vereinigt wurden. Die Kolchosen des Landkreises bewirtschafteten zusammengenommen eine Fläche von über 96.000 ha mit einer Spezialisierung auf extensiven Getreide- und Sonnenblumenanbau. Die wirtschaftliche Stellung der Kolchosen im Kreis war absolut dominant, was auf die fehlende industrielle Struktur im deutschen Siedlungsraum zurückzuführen war.⁴³ Neben wenigen Angestellten des öffentlichen Dienstes in der Miliz, den Schulen oder der Verwaltung war die Kolchose der einzige Arbeitgeber und der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fixpunkt des ländlichen Raumes, nicht nur im Nordwesten des Altai-Krai. Wie LINDNER in seinem Buch „*Der Kolchoz-Archipel im Privatisierungsprozess*“⁴⁴ ausführlich beschreibt, erfüllte die Kolchose in der Sowjetunion eine Fülle von Funktionen, die über die wirtschaftliche Sphäre (Herstellung von landwirtschaftlichen Produkten) hinausreichte, wie der Ausbau und die Pflege der Infrastruktur, die Unterhaltung sozialer und kultureller Einrichtungen im Ort, als Lieferant für Baustoffe oder weitere unterstützende Hilfeleistungen für die Mitglieder der Kolchose. Die kostspieligen Aufgaben, die als Zielvorgaben in Musterstatuten ge-

⁴³ Eine Ausnahme bildete lediglich der Chemiestandort „Altaichimprom“ in Jarowoje, der am gleichnamigen See gelegen ist (etwa 20 km südwestlich des DNR-Altai). Die Emissionen der Fabrik sorgten und sorgen für einen jährlich spürbaren Rückgang von Fluginsekten, was in den letzten Jahren für einen regelrechten Boom der Tourismusbranche in der Region gesorgt hat. Die Folgen der Emissionen für den Menschen sind nach Kenntnisstand des Autors noch nicht untersucht worden.

⁴⁴ Lindner, P. (2008): „Der Kolchoz-Archipel im Privatisierungsprozess. Wege und Umwege der russischen Landwirtschaft in die globale Marktgesellschaft“. Bielefeld: transcript Verlag.

regelt waren (siehe LINDNER 2003:19), wurden konsequent vom Staat auf die Kollektivwirtschaften abgewälzt, die je nach Ressourcenausstattung ihrer Aufgabe nachkamen. Die Kolchosen und Sowchosen waren als Exekutive der ländlichen Entwicklungspolitik bestimmt worden und wiesen daher einen hohen Verflechtungsgrad mit den übergeordneten Verwaltungsebenen auf.

Abb. 9: Standorte der landwirtschaftlichen Großbetriebe (Kolchosen) im DNR Altai



Quelle: Eigene Darstellung.

Die elf Kolchosen des DNR Altai gehörten zu den wirtschaftlich gesündesten in der Region Altai, was zum Teil mit der Deklaration als *Zuchtbetriebe* (russ.: *plemennye predprijatija*) zusammenhing. Die mit der Spezialisierung auf Viehwirtschaft betreuten Wirtschaftseinheiten genossen in der Sowjetunion eine privilegierte Stellung bei der Distribution von Kapital und Ressourcen. Eine Besonderheit bei der Liberalisierung des russländischen Agrarsektors beeinflusste die ökonomische Entwicklung des DNR Altai nachhaltig: Zuchtbetriebe blieben von der Reform des Agrarsektors zunächst verschont. Die Kollektivbetriebe der Sowjetunion hatten per Dekret das gesamte Betriebskapital unter den Anteilseignern in gleichen Teilen aufzuteilen, was in einer Zertifizierung der Boden- und Vermögensanteile erfolgte. Bei diesen Zertifikaten handelte es sich jedoch in der Regel nur um fiktive Vermögenswerte, die zwar einen Eigentumstitel (*legal rights*) besaßen, aber in der Praxis Verfügungsrechte (*property rights*) nur eingeschränkt gewährten (VIEHRIG 2005: 24). Viele ehemalige Kolchosmitglieder, die zu Anteilseignern ohne Verfügungsrecht ge-

worden waren, übereigneten daher ihren Anteil dem Betrieb zurück, der sich anschließend in eine Betriebsform kollektiv-geteilten Eigentums umwandelte. Dies war eine vom Gesetzgeber durchaus gewollte Entwicklung, da dies den Fortbestand der Großbetriebe als Anker im ländlichen Raum gewährleistete. Gleichzeitig machte man die Umsetzung der Bodenreform in hohem Maße von lokalen Eliten abhängig, denen nicht selten daran gelegen war, das Recht auf Bodeneigentum einzuschränken (BRUISCH 2007:11).

Bei Zuchtbetrieben wurden hingegen andere Regeln vom Gesetzgeber festgelegt, die jedoch auf das gleiche Ziel hinausliefen. Um den Genpool des Viehbestandes und die Versorgung der Bevölkerung mit tierischen Eiweißen nicht zu gefährden, wurde in den Betrieben des DNR Altai lediglich ein symbolischer Anteil am Sachkapital der Kolchosen ausgewiesen. Dieser sogenannte *paj*, der ebenfalls nur einen fiktiven Vermögenswert darstellte, war jedoch kaum mehr wert als ein durchschnittliches Monatseinkommen. Der Betrieb wechselte nicht einmal den Titel⁴⁵ und die Organisationsstruktur. Er musste aber fortan in der freien Marktwirtschaft bestehen. Es ist daher von einer *pro forma*-Transformation der Kolchosen des DNR Altai zu sprechen, die lediglich die vom Gesetzgeber vorgegebene Übertragung des juristischen Status vorgenommen und die symbolische Aufteilung des Betriebskapitals vollzogen haben.

Der innewohnende Konflikt, der mit der „Abspeisung“ der Kolchosmitglieder durch den geringen Betriebsanteil erzeugt wurde, entzündete sich im DNR Altai jedoch nicht, weil mit der Emigrationsmöglichkeit nach Deutschland ein soziales Ventil existierte. Bei der Auswanderung nahmen die ehemaligen Kolchosmitglieder ihren *paj* mit, um ihn später zu veräußern oder als Wertanlage geltend machen zu können. Die wenigen verbliebenen Anteilseigner bildeten den Kern der neuen lokalen Elite. Viele basisdemokratische Elemente, die für die Organisationsstruktur der Kolchose in der Sowjetunion stilgebend waren (Jahresmitgliederversammlung, Wahl des Kolchosvorsitzenden) waren beseitigt, und eine kleine Schicht von Anteilseignern stand einer größer werdenden Schicht von Lohnarbeitern gegenüber. Der Austausch der Belegschaften hatte für die Betriebe jedoch verheerende Folgen. Die meisten Übersiedler waren für die vakanten Stellen überhaupt nicht qualifiziert oder waren mit den natürlichen Rahmenbedingungen nicht vertraut, so dass die Produktivität stetig abnahm. Hinzu kam eine wachsende psychologische Distanz zwischen Betriebsleitung und Angestellten, die das Unternehmensklima verschlechterte und sich ebenfalls negativ auf die Arbeitsleistung niederschlug.

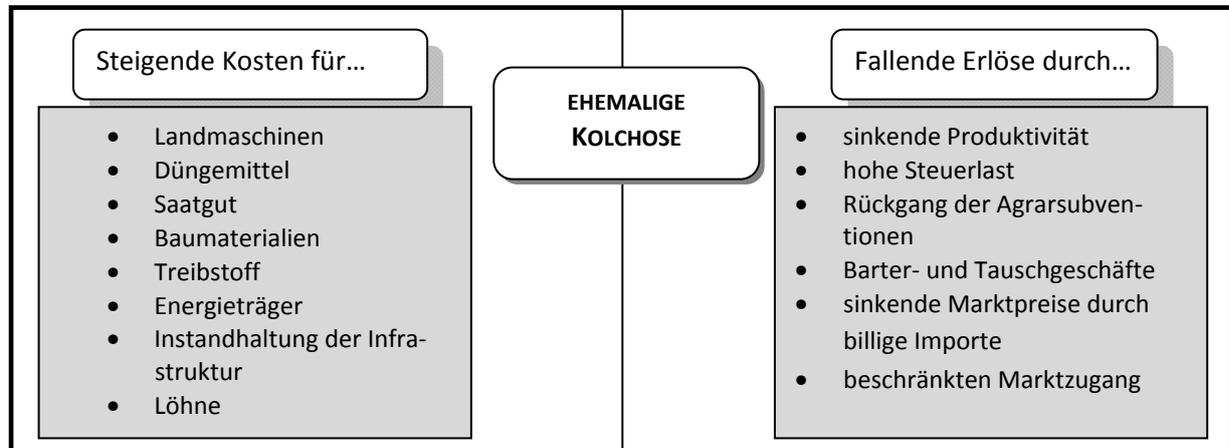
Das symbiotische Verhältnis zwischen Kolchosmitglied und Betrieb war beendet und nahm zunehmend dysbiotische Züge an, bei der der Lohnarbeiter ein Maximum an Betriebsressourcen für die private Hauswirtschaft abzweigte bei minimalem eigenem Arbeitsaufwand für die Kolchose. Eine Befragung des Leiters der Landwirtschaftsverwaltung des Kreises im Jahr 2001 ergab, dass es „brennende Probleme mit der Arbeitsdisziplin“ gegeben habe. Die Zugezogenen „(...) wollen nicht arbeiten“ und „(...) meinen, dass sie einfacher stehlen als arbeiten können.“ (zit. nach ZEITUNG FÜR DICH, 38/2001:1). Bei Un-

⁴⁵ Im lokalen Entwicklungsplan des Kreises (o. J.; vermutlich 2006 publiziert) werden die Großbetriebe immer noch als „Kolchose“ tituliert. Nach Informationen von VIEHRIG wurden von den im Jahr 2001 registrierten 24.849 landwirtschaftlichen Unternehmen immerhin noch 5,6 Prozent als Sowchosen oder Kolchosen ausgewiesen (2005:25).

tersuchungen in der Region Novosibirsk, die nördlich an den Altai-Krai grenzt, haben DAVYDOVA / FRANKS (2006:49) einen vergleichbaren Mitnahmeeffekt beobachtet. Die Arbeiter haben zwar die Vorteile des sozialen Engagements der Großbetriebe in Anspruch genommen, aber nichts zur Verbesserung der ehemaligen Kolchose beigetragen. Die Dysfunktionalität der intrasektoralen Arbeitsteilung zwischen Großbetrieb und Arbeiter ist somit auch in anderen Gebieten beobachtet worden, in denen die Migrationsdynamik nicht so ausgeprägt war wie im DNR Altai (siehe dazu Kap. 4.4).

Ohne Zweifel hat die deshalb sinkende Arbeitsproduktivität einen wichtigen Anteil an der postsozialistischen Krise der Wirtschaftsbetriebe des DNR Altai, aber schwerer wogen die veränderten makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Agrarwirtschaften. Wie der gesamte Landwirtschaftssektor in Russland litten auch die Kolchosen des DNR Altai unter einer ungünstigen Kosten-Erlös-Relation, die sich zu Ungunsten der einheimischen Agrarproduktion entwickelte. Die Preise für Landmaschinen, Dünger und Kraftstoffe stiegen fünfmal schneller als die für Agrarprodukte, während die staatlichen Subventionen auf ein Minimum gesenkt wurden. Die Öffnung der Inlandsmärkte für ausländische Lebensmittel und ein überbewerteter Rubel sorgten außerdem dafür, dass importierte Produkte die einheimischen vom Markt verdrängten. Dies war insbesondere der Fall für Fleischprodukte, Obst und Gemüse (SCHULZE 2002:1).

Abb. 10: Kosten-Erlös-Übersicht der Großbetriebe des DNR Altai während der Transformationsphase



Quelle: Eigene Darstellung.

Ein weiteres Problem bestand im geringen Vermarktungsanteil der Waren. Bei einer weit hin verbreiteten Unterausstattung der Märkte mit Kapital wurde ein Großteil der Agrarprodukte durch Barter- und Tauschgeschäfte abgewickelt, um die Betriebe und ihre Angestellten mit den wichtigsten Industrieprodukten zu versorgen. Besonders hohe Verluste

entstanden zudem durch die Beschaffung von Energieträgern⁴⁶, die benötigt wurden, um die Heizversorgung des Kreises im Winter zu gewährleisten sowie durch die Illiquidität der Abnehmer der landwirtschaftlichen Rohstoffe.

Von der Aufrechterhaltung und Instandsetzung der sozialen und technischen Infrastruktur, die zu den originären Aufgaben der Großbetriebe im ländlichen Raum zählte, waren die reformierten Betriebe befreit, weil dies in den Aufgabenbereich der lokalen und überlokalen Administration übergeben wurde. Die aus Ressourcenknappheit verursachte Unfähigkeit der Gebietsverwaltungen zwang die Betriebe jedoch weiterhin dazu, die sozialen Funktionen für die Gemeinde auszuführen. Da Betrieb und Gemeinde eng miteinander verwoben waren, konnten sich die Wirtschaftseinheiten diesem Zwang nicht entziehen.

Die hoch entwickelte Infrastrukturausstattung des DNR Altai hatte eine ambivalente Wirkung: Auf der einen Seite war der hohe Grad an Lebensqualität (durch modernisierte Wohn- und technische Infrastruktur, Verfügbarkeit von Lohnarbeit in den Landwirtschaftsbetrieben, Nutzungsrecht der Gartenparzelle, breites Angebot sozialer Dienstleistungen, u. a.) ein pull-Faktor für die Zugereisten, die die Lücke der deutschen Auswanderer mehr als ausfüllten und dafür sorgten, dass den Großbetrieben nicht die Arbeitskräfte ausgingen. Auf der anderen Seite lasteten die Ausgaben für Wärmeversorgung, Wasser- und Abwasser, Straßenbau, Kultureinrichtungen etc. wie eine schwere Hypothek auf den Bilanzen, welche verhinderte, dass die Kollektivwirtschaften „(...) eine adäquate Reaktion auf das Marktgeschehen“ zeigen konnten, wie ein Halbjahresbericht der GTZ aus dem Jahr 2004 feststellte (15).⁴⁷ In anderen Worten: Die Großbetriebe hatten nicht die Mittel zur Verfügung, dringend benötigte Investitionen in den Maschinenpark, für Düngemittel etc. zu tätigen. Nach Informationen von MEINEL verwendeten die Kolchosen des DNR Altai bis zu einem Fünftel des Budgets allein für Ausgaben der sozialen Infrastruktur (2002:93).

Ein Weg, um den steigenden Kosten zu begegnen, ist die Steigerung der Einnahmen – ein Strategieansatz, den man mit Hilfe deutscher Mittel vor allen Dingen in den 1990ern konsequent verfolgte (siehe Kap.5). Die vorhandenen endogenen Potentiale, die die wirtschaftskräftigen Kolchosen des DNR Altai besaßen, konnten zunächst nicht genutzt werden, weil die Rendite, die durch die Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe entstand, nicht im Rayon blieb, sondern in die Nachbarbezirke abfloss, die über die entsprechenden Verarbeitungsbetriebe verfügten. Daher wurde in den ersten fünf Jahren des Bestehens des DNR Altai massiv in den (Aus-)Bau von verarbeitenden Betrieben investiert (mit überwiegend deutschen Geldern). Darüber hinaus kam es zu einer Bündelung der vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen, nachdem sich die vorhandenen elf Kolchosen zusammen mit den Verarbeitungsbetrieben zur *Brücke GmbH*⁴⁸ konstituierten. Die primäre Aufgabe dieser Organisation war es, die Planung, Koordinierung und Abwicklung

⁴⁶ Die Beschaffung von fossilen Energieträgern, die dem Altai-Krai nicht zur Verfügung stehen, belastete das Budget der gesamten Region in den 1990er Jahren schwer.

⁴⁷ Der Bürgermeister von Halbstadt erwähnte in einem Interview (Oktober 2006), dass allein die Kosten für die Beheizung öffentlicher Gebäude etwa 40 Prozent des Gemeindebudgets in Anspruch nehmen.

⁴⁸ Die Brücke GmbH ist nach russischem Recht gegründet worden und trägt den Rechtstitel *obščestvo s ograničenoj otvetsvennost'ju (OOO)*.

der von Deutschland geförderten Maßnahmen durchzuführen (KLAUBE 1996:117). Die durch die geförderten Strukturen entstandenen Profite sollten in die Refinanzierung von weiteren Entwicklungen reinvestiert werden – die Großbetriebe blieben betriebswirtschaftlich gesehen aber weiter autonom.

Nach anfänglicher Euphorie und der schweren Finanzkrise im Jahr 1998 muss konstatiert werden, dass mangelnde Anpassungsfähigkeit und Missmanagement der ehemaligen Kolchosen dazu geführt haben, dass das Entwicklungsmodell eines prosperierenden Landkreises inmitten strukturellen Verfalls als gescheitert angesehen werden muss. Die hauptsächlichen Gründe seien an dieser Stelle überblicksartig zusammengefasst:

1. Obwohl qualitativ ansprechende Ware hergestellt wird, haben es die Betriebe nicht geschafft, neue Märkte zu erschließen und den Absatz zu erhöhen. Die Vermarktung der Produkte erfolgte bis weit in die 90er Jahre hinein von den Kolchosen selbst. Als extrem schwierig hat sich auch der Marktzugang herausgestellt. Nach internen Informationen der GTZ vor Ort sind die nächsten städtischen Märkte Novosibirsk und Barnaul abgeriegelt, da Netzwerke aus Zulieferern und Verwaltung den Markteintritt regulieren. Das Problem unzureichend integrierter Agrarmärkte in Russland besteht weiterhin, so dass der Zugang zu Input- und Absatzmärkten bedeutender ist als innerbetriebliche Effizienz (BRUISCH 2007:16). Der ursprüngliche städtische Absatzmarkt der Region ist die Stadt Pawlodar. Produzent und Abnehmer sind jedoch seit 1991 durch die russisch-kasachische Staatsgrenze voneinander getrennt, so dass der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen in hohem Maße behindert wird. Als Abnehmer der Produkte treten demnach nur noch die Bewohner des ländlichen Raumes der Umgebung auf, die aber nicht genügend Kaufkraft entwickeln können. In der schwierigen finanziellen Lage der ländlichen Haushalte werden die wichtigsten Nahrungsmittel zu 80 Prozent selbst hergestellt (WERNER et al. 1994:59).
2. Die Organisationsstruktur der Kolchosen reagierte zu statisch auf die Herausforderungen der Marktwirtschaft. Zur Zeit der politischen Wende hatten die Betriebe eine bemerkenswerte Breite durch Nebengewirtschaftszweige entwickelt, die sich vom Anbau traditioneller landwirtschaftlicher Kulturen z. T. weit entfernten.⁴⁹ Das Phänomen der Nebengewirtschaftszweige war bereits in der Sowjetzeit geschaffen worden. Die Kolchosen trennten sich in der Regel von den unproduktiven Betriebsteilen zu spät oder die Gewinne wurden mit den Verlusten der Kolchose verrechnet, so dass auch dort notwendige Investitionen ausblieben.
3. Die Kolchosen haben es versäumt, die vakanten Facharbeiterstellen in den Betrieben durch qualifiziertes Personal zu ersetzen, dieses auszubilden bzw. zu halten. Einer der Hauptgründe für die mangelnde Attraktivität war und ist der geringe Lohn, den die

⁴⁹ Die „Kirow-Kolchose“ in Podsusnowo hatte beispielsweise bis 2001 eine Polarfuchszucht und eine Konditorei als Betriebszweige etabliert. Darüber hinaus unterhielt man noch eine Gerberei, eine Elektroden- sowie Nagelproduktionssparte.

Betriebe an die Angestellten auszahlen. Neben einem chronischen Mangel an Facharbeitern, gab es auch Defizite auf der Managementebene.⁵⁰

Ein weiteres Beispiel von Missmanagement, das an dieser Stelle nicht mit Zahlen belegt werden kann, ist die wohl weit verbreitete Praxis der Veruntreuung von Ressourcen zur persönlichen Bereicherung⁵¹. Nach Informationen der GTZ, die als Teilhaber der *Brücke GmbH* Einblick in die Geschäftsführung der Unternehmen hat, sowie nach informellen Gesprächen ist das Ausnutzen politischer und wirtschaftlicher Machtpositionen gängige Praxis. Unter diesem Licht betrachtet wird auch schlüssig, warum der Diebstahl von Baumaterialien, Rohstoffen etc. durch die Angestellten in den seltensten Fällen zur Anzeige kommt. Beide Parteien legitimieren ihr Handeln durch die Praxis des Anderen.

4. Der größte Vermögenswert, den die Kolchosen besaßen, konnte nur in Teilen gehalten werden: der Viehbestand der Zuchtbetriebe. Während der 90er Jahre ist in allen Wirtschaftsbetrieben ein signifikanter Rückgang des Bestandes von Rindern, Milchkühen, Schweinen, Schafen und Ziegen zu beobachten gewesen⁵², der sich mittlerweile auf einen Rückgang um 90 Prozent zum Wert von 1990 beziffern lässt (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:43). Während der Verlust zum Teil eine Anpassung an die Marktgegebenheiten darstellte, war er andererseits auch ein Indikator für den Zustand der Großbetriebe. Während einer Bereisung im Herbst 2006 hatten die Kolchosen in drei östlichen Gemeinden bereits keinen eigenen Viehbestand mehr. Zur Deckung von ausstehenden Krediten wurde das Vieh notgeschlachtet. Die in der Nachbargemeinde befindliche Molkerei, die Abnehmer der Milch war, war unmittelbar betroffen und kurz davor zu schließen.

Vor ähnlichen Problemen steht auch der Pflanzenanbau, der veraltete Technik und Fuhrpark (sofern überhaupt noch fahrtüchtig), fallende Bodenproduktivität und generell niedrige und inkonstante Produktionsraten aufweist, die eine Planung, die über die Wachstumssaison hinausreicht, so gut wie unmöglich macht. Um die Ernteauffälle durch ausbleibende Niederschläge abzumildern, hatte man in den 80er Jahren einen kleinen, aber stetig wachsenden Anteil von Irrigationsflächen eingerichtet, die je nach Kolchose zwischen 3–5 Prozent der Gesamtanbaufläche betrug und deren Pflanzen nach Zahlen von KLAUBE (1991:90) immerhin einen Viehbestand von bis zu 900 Rin-

⁵⁰ Oft waren Vorkenntnisse betriebswirtschaftlichen Handelns, wie z. B. Lohnbuchhaltung, nicht vorhanden (SONNENWALD 2000: 6). DIETZMANN (2000:18) erwähnt in einem Kurzbericht über die lokale Gewerbeförderung von einem Strickereiunternehmen in Halbstadt, in dem sich der Leiter seit über einem halben Jahr nicht mehr hat blicken lassen und die Angestellten „vor sich hin arbeiteten“.

⁵¹ Der jährlich von „Transparency International“ erstellte „Corruption Perception Index“ (CPI) führt die Russländische Föderation auf Rang 146 von 180 bewerteten Ländern auf (Jahr 2009). Der CPI-Wert, der auf einer Skala von eins (highly corrupt) bis zehn (highly clean) durch die Befragung von Geschäftsleuten, Experten und Analysten erstellt wird, liegt bei 2,2 und sinkt seit einigen Jahren kontinuierlich (2005: 2,4; 2007: 2,3). (Link: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table/ 29.9.2010).

⁵² Dies folgte weitestgehend dem landesweiten Trend.

dern ernährte. Die Beregnungsanlagen sind jedoch alle aufgrund mangelnder Wartung oder wegen Diebstahls der Metallteile außer Betrieb.⁵³

Tab. 7: Entwicklung der jährlichen Produktion ausgewählter Erzeugnisse im DNR Altai

	2003	2007	Entwicklung in %
Erzeugte Heizenergie (in Tsd. kcal)	218	144	-33
Fleisch und Fleischprodukte (in t)	940	651	-31
Wurstwaren (in t)	673	626	-7
Käseprodukte (in t)	1747	969	-45
Mehl (in t)	11263	5989	-47
Brot und andere Bäckereierzeugnisse (in t)	853	984	15
Pflanzenöl (in t)	203	79	-61

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des STATISTISCHEN AMTES DES ALTAI-KRAI 2008.

Die Großbetriebe des DNR Altai haben in den vergangenen 20 Jahren das Betriebskapital langsam aufgebraucht, das sie bis zum Ende der Sowjetunion akkumuliert hatten. Der Aufzehrungsprozess war langsamer als in den umliegenden Kreisen, weil im Rayon Rahmenbedingungen herrschten, die den sukzessiven Verfall der Kolchosen bremsten. Zum einen erhielten die Betriebe seit 1994 wieder Subventionszahlungen auf tierische Produkte vom Staat und zum anderen half die deutsche Seite immer wieder dabei, Überbrückungskredite zu gewähren, Fachkräfte weiterzubilden usw. Darüber hinaus standen den Kolchosen dank des regulierten Zuzugs in den DNR Altai und daran geknüpfter Bedingungen (Mindestbleibedauer, Arbeitspflicht im Betrieb) über weite Strecken der 90er Jahre billige Arbeitskräfte zur Verfügung.

Nach Informationen der GTZ sind momentan drei der elf Großbetriebe der *Brücke GmbH* in den Besitz einer Agro-Holding übergegangen (Stand Herbst 2010), die regionsweit über mehr als 300 Einzelbetriebe und zudem über gute Kontakte zur politischen regionalen Elite verfügt. Die Defizite der veräußerten Betriebe waren von der Dachorganisation nicht mehr zu decken bzw. es fehlte der politische Wille dazu. Der Leiter der GTZ vor Ort sieht die Rolle dieses neuen lokalen Akteurs skeptisch. Nach seinen Aussagen sei der Investor

⁵³ Eine ernsthafte Alternative zum Regenfeldbau hat im DNR Altai nie existiert. Die verfügbaren Wasserressourcen sind knapp. Der Grundwasserspiegel liegt 300m unter der Erdoberfläche. Während der 70er Jahre wurde mit dem Kulunda-Magistralkanal ein Bewässerungskanal projektiert, der Wasser vom östlich gelegenen Ob bis nach Pawlodar transportieren und die trockene Kulundasteppe versorgen sollte. Baubeginn war 1973. Im Jahr 1983 wurde der Bau dann eingestellt, nachdem man den Ort Rodino erreicht hatte, der etwa auf der Hälfte der ursprünglich geplanten Länge liegt.

nicht daran interessiert, die defizitären Unternehmen einem Restrukturierungsprozess zu unterziehen, Investitionen zu tätigen und ganz allgemein dem Nordwesten des Altai-Krai neue Entwicklungsimpulse zu vermitteln. Das vornehmliche Interesse bestehe darin, das wenige vorhandene Potential, das noch im Boden und in den Betrieben steckt, auszuschöpfen.⁵⁴

Wenige empirische Informationen existieren bislang über Agro-Holdings und deren Raumwirksamkeit auf dem Gebiet der GUS (WANDEL 2009:7).⁵⁵ Fest steht hingegen, dass diese Betriebsformen im Getreideanbau hochgradig effizient operieren. Ermöglicht wird dies durch moderne Managementprozesse, verbesserte Technologie sowie durch staatliche Hilfe (ebd.). Besondere Verbreitung von Holdings fand insbesondere in den Gebieten statt, wo bankrotte Kollektivfarmen zum Verkauf angeboten wurden.⁵⁶ Agro-Holdings können den ländlichen Raum der Altai-Region in den kommenden Jahren stark verändern, speziell dort, wo die Besitzverhältnisse des Bodens so klar geregelt sind wie im DNR Altai. Durch die besonderen Transformationsbedingungen der Zuchtbetriebe ist der Bodenbesitz nirgendwo im Altai-Krai derartig konzentriert. Die Kolchose hat ihre dominante Stellung beim Besitz vom Boden bis in die Gegenwart bewahrt, was an der Zahl der privaten *Fermerbetriebe* abzulesen ist. Im Durchschnitt des Altai-Krai verfügt jeder Landkreis über annähernd 72 privat wirtschaftende Landwirte – bis zum Jahr 2005 gab es im DNR Altai nicht einen (STATISTISCHES AMT ALTAI- KRAI 2008). Interessenten für Land gab es lange viele, doch durfte es nicht veräußert werden. Mittlerweile gehen die Lokaladministrationen der finanzschwachen Kolchosen dazu über, Land zu verpachten, das von den Kolchosen nicht mehr verwendet wird, doch können sich die meisten Hoflandwirtschaften die Pacht nicht leisten. Dennoch erhöhte sich der Anteil dieser Flächen allein zwischen den Jahren 2005 und 2006 fast um das Vierfache (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:18f.). Insgesamt kann man aus diesen Beobachtungen jedoch erkennen, dass die Übertragung des Bodeneigentums immer noch nicht vollendet ist.

Ein weiterer Trend der wirtschaftlichen Entwicklung im Rayon ist eine zunehmende Disparität der Wirtschaftskraft der Großbetriebe und damit zwangsläufig auch der Gemeinden. Der Osten des Kreises hatte sich bereits gegen Ende der 90er Jahre als weniger stabil erwiesen. Der endgültige Niedergang der Großbetriebe in Polewoje, Degtjarka, Orlowo und Nikolajewka hatte einen unmittelbaren negativen Effekt auf den Immobilienmarkt, der aufgrund der großen Nachfrage in den 90ern sehr dynamisch war. Immobilienpreisunterschiede vergrößern sich in den letzten Jahren stärker: In Degtjarka ist vergleichbarer Wohnraum gegen Ende des Jahres 2006 nur noch ein Fünftel so viel wert gewesen wie in Kusak. Im Siedlungsdreieck Halbstadt-Kusak-Schumanowka ist die größte wirtschaftliche Dynamik zu beobachten. Dort gibt es auch den größten Anteil an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstellen, da sich Verwaltungs- und Bildungsinstitutionen sowie das Kreiskrankenhaus (Kusak) dort befinden. Das Zentraldorf Podsusnowo im Norden gehört ebenfalls zu

⁵⁴ Nach Informationen eines Gespräches vom 4.9.2010.

⁵⁵ WANDEL untersucht in seinem 2009 erschienenen Discussion-Paper den wachsenden Einfluss von Agro-Holdings in Nord-Kasachstan, wo ökologische und strukturelle Rahmenbedingungen mit denen im DNR-Altai vergleichbar sind.

⁵⁶ Dies trifft sowohl auf Kasachstan als auch auf russische Regionen zu.

den wirtschaftlich halbwegs stabilen Siedlungspunkten des Kreises.⁵⁷ In Dörfern mit einer schlechten wirtschaftlichen Situation hingegen ist eine Abwanderung der Bevölkerung zu beobachten (GTZ HALBJAHRESBERICHT II 2004:15).

Zu den Gewinnern des ökonomischen Transformationsprozesses zählen im DNR Altai ebenfalls die privaten Hofwirtschaften, die ihren Anteil an der Produktion landwirtschaftlicher Produkte seit dem Ende der Sowjetunion signifikant erhöhen konnten. Dies gilt insbesondere für die Viehwirtschaft, die in der Sowjetunion noch eine Domäne der Kolchosen war.⁵⁸ Insgesamt entfallen nur noch 60 Prozent des Produktionsvolumens landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf die ehemaligen Kollektivbetriebe. Die Zahlen belegen jedoch nicht, wie viele der Erzeugnisse zum Eigenbedarf verwendet werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass nur ein bestimmter Anteil hergestellter Waren für den Markt produziert wird. Dazu zählt in den vergangenen Jahren der Schweinebestand, der als einer der wenigen landwirtschaftlichen Kennziffern bedeutende Zuwächse zu verzeichnen hat (+7.500 zwischen 2004 und 2006; KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:12).

Tab. 8: Index der landwirtschaftlichen Produktion nach Betriebsart im DNR Altai zwischen 2002–2007 (Vorjahreswert = 100)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Großbetriebe	93,4	85,1	96,1	77,9	93,6	108,5
Hofwirtschaften	101,7	107	88,7	95,1	88,2	100

Quelle: Zusammengestellt mit Daten des STATISTISCHEN AMTES DES ALTAI-KRAI 2008.

Des Weiteren hat sich gezeigt, dass der wirtschaftliche Niedergang der Kolchosen nicht automatisch als Gewinn den Kleinerzeugern zugeflossen ist, wie Tabelle 8 zeigt. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zur negativen Produktionsentwicklung der Großbetriebe wiesen auch die Hofwirtschaften ab 2004 Produktionsrückgänge auf. Großbetriebe und Hofwirtschaften scheinen somit weiterhin strukturell miteinander verflochten zu sein.

Gestiegen ist auch die Bedeutung des Dienstleistungssektors und dort insbesondere der Anteil des nicht produzierenden Einzelhandels, der 77 Prozent der Einnahmen des dritten Sektors umsetzt (Stand 2008; KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o. J.: 14). Zwischen den Jahren 2004 und 2006 verdoppelte sich die Anzahl der Kleinunternehmer (von 16 auf 35) und der Umsatz stieg um mehr als das Fünffache (von ca. 2,5 Mio. Rubel auf 13,5 Mio. Rubel). Ein regionales Programm, das zwischen 2006 und 2008 die Kreditvergabe für das

⁵⁷ Podsusnowo wurde in den Jahren 2001 sowie 2003 zur modernsten/bestausgestatteten Siedlung des Altai-Krai (samoe blagoustrojennoje selo Altaiskogo Kraja“) ausgezeichnet.

⁵⁸ Im Jahr 2006 waren nur noch drei von vier Rindern, zwei von drei Milchkühen und jedes zweite Schwein im Besitz der Großbetriebe (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:12).

Kleinunternehmertum erleichterte⁵⁹, wird dem Dienstleistungssektor weitere Impulse geliefert haben. Wie tragfähig diese Dienstleistungsstrukturen sind, bleibt abzuwarten. Dies wird sich auch mit der Entwicklung der Kaufkraft der lokalen Bevölkerung entscheiden.

4.1.4 Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Situation des Kreises insgesamt muss im Hinblick auf die Erwartungen und Ausgangsbedingungen zu Beginn der 90er Jahre als negativ bezeichnet werden. Durch eine Konservierung des Großteils der prätransformativen wirtschaftlichen Strukturen wurden die Probleme des Übergangs zwar abgemildert, aber gleichzeitig blieb eine wesentliche Strukturreform, wie es die Gesetzesvorlagen implizierten, aus. Die ehemaligen Kolchosen haben lange von ihrer Wirtschaftskraft profitiert und konnten ihre dominante Stellung im Rayon lange festigen. Mittlerweile scheinen die Großbetriebe ihre Substanzen jedoch aufzubrechen. Die schwächsten Kolchosen des Kreises wurden von einem neuen lokalen Wirtschaftsakteur aufgekauft, mit bislang noch nicht absehbaren Folgen für die Gemeinde, in der der Betrieb lokalisiert ist. Eine Anpassung an betriebswirtschaftliche Erfordernisse scheint unvermeidlich. Dies würde jedoch einen Rückzug des Großbetriebes aus dem Bereich der sozialen Dienstleistungen der Gemeinde und der unterstützenden Hilfsleistungen für die privaten Hofwirtschaften umfassen.

Die Persistenz prätransformativer ländlicher Wirtschaftsstrukturen ist auch eine Folge der Unterstützung durch politische Eliten, die willens waren, die hochdefizitären Großbetriebe in der Übergangsphase zu stützen, trotz einer intendierten Restrukturierung der Volkswirtschaft. Die sozialen Kosten, die mit einer massenhaften Freisetzung landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitskräfte einher gegangen wäre, wären sehr hoch gewesen. Die ehemalige Kolchose als „Anker im ländlichen Raum“ blieb aufgrund ihrer Funktionsfülle zunächst unersetzbar. Ein abrupter, flächendeckender Rückzug der ehemaligen Kolchose hätte die labile Regional-, aber auch die Nationalregierung massiv unter Druck gesetzt. Unter diesen Umständen bildeten die in der Spätphase der Sowjetunion immer wichtiger gewordenen informellen Netzwerke die Grundlage für die Verwaltung des Mangels in einem Politikfeld, in dem sich der Staat als lenkender Akteur komplett zurückgezogen hatte. Die Kooperation zwischen der alten Nomenklatura in Politik sowie Verwaltung und der kleinen und exklusiven Unternehmerschicht (die sich teilweise durchmischten und den Typus des „politischen Unternehmers“ hervorbrachten), hat in Russland zu einem System eines „dominant informal organisierten Patronagekapitalismus“ geführt, der gegenwärtig Bestand hat und innovative und restrukturierende Kräfte bremst (LEIPOLD 2006:229). Eine der Grundintentionen der wirtschaftlichen Transformation in Russland – die Entpolarisierung der Produktionsentscheidungen und Beteiligung der breiten Masse am Produktionsvermögen durch Privatisierung (PETRICK 2010:5) – ist somit gescheitert.

⁵⁹ „поддержки малого предпринимательства в Немецком национальном районе на 2006–2008 годы“ [podderžki malogo predprinimatel'stva v Nemeckom nacional'nom rajone na 2006–2008 gody], Beschluss des Regionalparlaments des Altai Krai (22.12.2005) № 87.

4.2 Soziale Transformation

Das folgende Kapitel gibt einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der sozio-ökonomischen Sphäre, die seit 1991 gravierende Änderungen durchlaufen hat. Die regionale Vielfalt der Russländischen Föderation sowie die Vielschichtigkeit der Indikatoren, die den sozialen Bereich erfassen und bewerten, erfordern sowohl eine Konzentration von Informationen als auch einen vergleichenden Blick zwischen nationalen Entwicklungsphänomenen und den lokalen Besonderheiten des Untersuchungsraumes. Da in vielen Bereichen der sozialen Sphäre der regionale Gestaltungsspielraum geringer war als im Bereich der Wirtschaft, tritt eine regionale Analyse der sozialen Transformation etwas in den Hintergrund und wird ersetzt durch einen verstärkten Fokus auf die Raumkategorie des „ländlichen Raumes“.

4.2.1 Nationale und regionale sozioökonomische Transformation

Der Niedergang der Wirtschaft hatte extreme Auswirkungen auf die soziale Lage vieler russländischer Haushalte und schlug sich in einem deutlichen Sinken des Lebensstandards nieder (VIEHRIG 2005:58; HELLER et al. 2003:53). Soziale Dienstleistungen, die während der Zeit der Sowjetunion den Bürgern kostenfrei zur Verfügung gestellt wurden, waren aufgrund massiver Budgetkürzungen nur noch gegen Bezahlung (ärztliche Versorgung, Hochschulbildung), gar nicht (diverse kulturelle Einrichtungen) oder lediglich eingeschränkt verfügbar (öffentlicher Transport). In den wenigen Bereichen, in denen ein massiver Stellenabbau vermieden werden konnte (z. B. in öffentlichen Schulen, Bibliotheken), sorgte die Mangelausstattung mit Materialien für einen spürbaren Qualitätsverlust.

Die Lebensqualität wird von russländischen Statistikern oft (und fast ausschließlich) mit dem Indikator des Individualeinkommens wiedergegeben. Auch wenn diese Kennziffer etwas eindimensional ist, um die sozioökonomische Gesamtsituation darzustellen, wird sie von den meisten Quellen verwendet, um den Verfall des sozioökonomischen Subsystems zu beschreiben. Nach HELLER et al. ist das Realeinkommen im Vergleich zum Nominaleinkommen zwischen 1991 und 2003 um den Faktor fünf bis sieben gesunken (2003:62). Das Wachstum der Nominaleinkommen wurde durch die galoppierende Inflation des Rubels gegen Ende der 90er Jahre völlig absorbiert. Mit der wirtschaftlichen Erholung der Volkswirtschaft ist jedoch auch hier eine Verbesserung der Einkommenssituation zu beobachten. Die Realeinkommen haben sich seit 1995 binnen elf Jahren verdoppelt (STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007:181), und der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb des offiziellen Existenzminimums lebt, ist seit Beginn der letzten Dekade von 29 Prozent (2000) auf 13,1 Prozent (2008) gefallen (REGIONY ROSSII 2009:188f.).

Diese Statistiken verdecken jedoch eine Reihe von tiefgreifenden Entwicklungen, die die russländische Gesellschaft seit Beginn der Transformation verändert haben. Die vergangenen zwanzig Jahre waren von Stratifizierungsprozessen geprägt, die räumlich und auch innerhalb der sozialen Schichtung der Gesellschaft wirkten. Aus einer überwiegend egali-

tären Gesellschaft ist laut GENOV eine „tief gespaltene“ geworden (2003:5), in der ökonomische Ungleichheiten stark angewachsen sind.⁶⁰ Eine räumliche Differenzierung ist in einem zunehmenden Stadt-Land-Gegensatz zu erkennen. Den prosperierenden Metropolregionen (Moskau, St. Petersburg) sowie den Hauptstädten von rohstoffreichen Regionen (z.B. Tjumen, Kazan) stehen Regionen mit vorwiegend agrarischen oder altindustriellen Wirtschaftsprofil in marginalen Räumen entgegen, die zudem eine überwiegend nicht-russische ethnische Zusammensetzung aufweisen (VIEHRIG 2005:60). Dort haben die Menschen die geringsten Einkommen und der Staat hat sich am stärksten aus seiner sozialen Verantwortung zurückgezogen.

Eine entscheidende Variable für die Entwicklung ländlicher Räume ist in Russland wie auch in anderen kapitalistischen Volkswirtschaften die Verfügbarkeit von Erwerbseinkommen. Mit der Reform des Wirtschaftssystems und der massiven Freisetzung von Arbeitskräften ging ein grundlegender Wandel der Einkommensstruktur einher. Als Reaktion auf die neuen Bedingungen sinkt die Bedeutung von regulärer Lohnarbeit. Eine Pluralisierung von verschiedenen Einkommensquellen ist besonders für ländliche Haushalte prägend (WEGREN et al. 2003, VIEHRIG 2005:60). Da freies Unternehmertum durch fehlende Anreize, eine ausbleibende Bodenreform und begrenztem Marktzugang blockiert bleibt, ist der Einkommensanteil aus sogenannter Schattenwirtschaft stark gestiegen (HELLER et al. 2003:50).

Im Altai-Krai ist dieses Phänomen ganz besonders ausgeprägt. Der Anteil von Lohneinkommen im Gesamteinkommen von Haushalten lag im Jahr 2008 nur noch bei 34,5 Prozent bei fallender Tendenz (REGIONY ROSSII 2009:177). Damit liegt der Lohnanteil so niedrig wie in wenigen föderalen Subjekten der Russländischen Föderation. Ein Grund liegt in den extrem niedrigen Löhnen, die insbesondere in ländlichen Regionen gezahlt werden.⁶¹ Des Weiteren steigt der Anteil sozialer Transferzahlungen in den vergangenen Jahren stetig. Darüber hinaus blieb insbesondere in den 90er Jahren Arbeit häufig unentlohnt oder die Mitarbeiter verkürzten die Arbeitszeit mit der Motivation, den Betrieb unter allen Umständen am Leben zu erhalten.

Die Niedriglohnpolitik der Arbeitgeber war teilweise eine Reaktion auf die betriebswirtschaftliche Krise, von der vor allem die landwirtschaftlichen Großbetriebe betroffen waren. Auf der anderen Seite war das Grundgehalt landwirtschaftlicher Arbeitskräfte auch in der Sowjetunion stets gering gewesen – Arbeitsanreize wurden eher durch materielle Zusatzentlohnungen und öffentliche Auszeichnung u. a. gesetzt. Nachdem die Boni gestrichen wurden, ließ auch das Arbeitsinteresse stark nach (SCHULZE 2002:312). Die Betriebsvorstände sahen sich dennoch oft außer Stande, die Grundgehälter anzuheben.

⁶⁰ GENOV benutzt den Gini-Koeffizienten, um die ökonomische Ungleichheit zu belegen. Beim Wert ‚Null‘ liegt eine totale Egalität vor – der Wert ‚Eins‘ zeigt eine totale Ungleichverteilung der Einkommen. Vor den Reformen lag der Gini-Wert in Russland bei 0,26. Mittlerweile liegt er bei 0,42 (2008), wobei der Wert sich in den vergangenen Jahren leicht zu Gunsten einer Egalisierung der Einkommen verbessert hat (0,47 in 2003).

⁶¹ Das Durchschnittseinkommen in ländlichen Distrikten liegt um 33 Prozent unter dem städtischer Kreise (eigene Berechnung nach Zahlen des Statistischen Amtes des Altai-Krai 2008). Von den niedrigen Gehältern sind aber auch städtische Arbeiter und deren Lebensstandard betroffen, da die Lohnarbeit häufig die einzige Einkommensquelle darstellt.

Nichtsdestotrotz bietet die Anstellung bei einem Großbetrieb bis heute Vorteile, die a) potenzielle Farmer davon abhalten, unternehmerisch aktiv zu werden und b) die Bevölkerung demobilisieren, um alternative Einkommensquellen zu beziehen (BRUISCH 2007:28). Zum einen bietet es steuerliche Vorteile als Betreiber einer Hofwirtschaft und nicht als Farmer zu wirtschaften. Zum anderen genießen Betriebsangestellte immer noch die unterstützenden Dienstleistungen, die der Großbetrieb zur Verfügung stellt, sofern dieser noch in der Lage dazu ist (siehe Tab. 9).

Tab. 9: Soziale Dienstleistungen der Kolchosen des DNR Altai im Wandel

Direkte Leistungen der Großbetriebe für dörfliche Haushalte...	
... in der Sowjetunion	... in der Russländischen Föderation
✓ Kindergeld	✓ Bestellung der Gartenparzelle
✓ Bereitstellung von Viehfutter und Baumaterialien zum Herstellungspreis	✓ Kostenlose oder ermäßigte Kinderbetreuung / -ausbildung
✓ Kostenlose kulturelle Veranstaltungen	✓ Sonstiges (kleine Gefälligkeiten)
✓ Bestellung der Gartenparzelle	
✓ Aufkauf nebenwirtschaftlicher Produkte	
✓ Ermäßigte Einkaufspreise für Waren des täglichen Bedarfs	
✓ Ermäßigte Kosten für Fernwärme	
✓ Kostenlose Versorgung mit Medikamenten	
✓ Kostenlose oder ermäßigte Kinderbetreuung / -ausbildung	
✓ Ausbildungsstipendien für Studierende	
✓ Baufinanzierungsdarlehen	
✓ Sonstiges (kleine Gefälligkeiten)	

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Die geringe soziale und räumliche Mobilität ländlicher Bevölkerung wird stark von der Verfügbarkeit von Wohnraum in der Zielregion beeinflusst. Der russländische Immobilienmarkt, der von Wohneigentum dominiert ist, bietet Zugezogenen aus dem ländlichen Raum kaum Möglichkeiten zur Finanzierung. Die Zinslast für Kredite sprengt meist den Rahmen des Finanzierbaren, und die Erlöse aus dem Verkauf des Hofes sind meist zu

gering, besonders, wenn es sich um Immobilien in strukturschwachen, peripheren Regionen handelt.

Ein weiterer einschränkender Faktor ist der der unzeitgemäßen (Berufs-)Bildung im ländlichen Raum, die auf die Anforderungen einer modernen Dienstleistungsgesellschaft anachronistisch wirkt. MelkerInnen und TraktoristInnen finden auf den städtischen Arbeitsmärkten oft nur schlecht entlohnte Hilfsarbeitertätigkeiten, die höchstens eine saisonale Arbeitsmigration ermöglichen. Weiterbildungsmaßnahmen im ländlichen Raum sind Mangelware – es fehlt an Personal und Material.

Zu dem Komplex der mangelnden Wirtschaftlichkeit und Ausbildung gesellt sich oft eine psychosoziale Komponente: ehemalige Kolchosmitarbeiter sehen im Großbetrieb **ih**r Kollektiv, das eine Schutzfunktion auf das Individuum ausübt. Ein Scheitern des Betriebs käme auch einem Ende des eigenen beruflichen Lebenswerkes gleich. Gleichzeitig wissen die Angestellten um die Konsequenzen eines Verlustes des Betriebes für die Gemeinde, in der die meisten leben und arbeiten. Es verwundert daher wenig, dass viele Bewohner ländlicher Regionen gegen eine Liberalisierung des Bodenmarktes votieren.

Durch die sinkende Bedeutung der Lohnarbeit ist diese symbiotische Beziehung auf mittelfristige Sicht aber zum Scheitern verurteilt. Wer von den individuellen Hauswirtschaften über Arbeitskapazitäten verfügt, intensiviert die Produktion in der heimischen Wirtschaft, die das Einkommen sichert, anstatt zu viel Arbeitsaufwand für den Betrieb aufzuwenden. Darüber hinaus wirkt der Großbetrieb bei der jüngeren Arbeitsbevölkerung als wenig attraktiv. Junge Menschen, die momentan auf den Arbeitsmarkt nachrücken, haben die Sowjetzeit nicht mehr erlebt. Eine enge Bindung an den lokalen Großbetrieb, die sich über eine lebenslange Loyalität zum Arbeitgeber ausdrückt, ist nicht mehr gegeben. Innerhalb der russländischen Gesellschaft, in der sich ein Wandel der Werte hin zum vermehrten Materialismus und Individualismus vollzieht, ist die Lohnarbeit in einem landwirtschaftlichen Großbetrieb ein Auslaufmodell.

Marginalisierte ländliche Regionen werden sukzessive von den dynamischen Wachstumsregionen entkoppelt – die ansässige Bevölkerung fühlt sich mit den Problemen allein gelassen. Während der Bereisung im DNR Altai waren viele Gespräche von einer pessimistischen und nostalgischen Gemütslage gekennzeichnet, in der der Staat als lenkender Akteur gesehen wird und auf dessen Initiative man wartet.

4.2.2 Sozialer Wandel im DNR Altai

Die bereits oben angesprochenen sozio-ökonomischen Phänomene, die für marginalisierte, ländliche Räume in Russland prägend sind, treffen auch auf die Untersuchungsregion zu. Die Entwicklungen müssen jedoch wiederum im Lichte starker wirtschaftlicher Großbetriebe, der externen Hilfe von deutscher Seite und der starken Migrationsbewegungen betrachtet werden.

Das relativ hohe Niveau der sozialen Infrastruktur konnte im Landkreis lange erhalten werden, aber eine Reihe von Einrichtungen stehen gegenwärtig zur Disposition, da Finanzierung und Ausstattung mangelhaft sind. Auf 16 Dörfer verteilt unterhält der DNR Altai gegenwärtig insgesamt 64 kommunale Institutionen und Organisationen für Bildung, me-

dizinische Versorgung sowie Freizeit und Kultur. In fast allen Zentraldörfern befinden sich eine Schule (so genannte Mittelschule), Kinderbetreuungseinrichtungen (in Besitz der Kolchose), Dorfkulturhäuser und Sanitätsstellen. Zudem unterhalten einige größere Gemeinden Sporthallen, Musikschulen und Kinos. Die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur befinden sich ausschließlich in den Zentraldörfern des Rayons. Bereits in den 70er und 80er Jahren konzentrierte sich die soziale und technische Infrastrukturentwicklung und -instandsetzung ausschließlich auf diese Orte, ohne dass man aber die Idee einer Zentralörtlichkeit verfolgte.

Trotz eines leichten Anstiegs der kommunalen Ausgaben für Kultur und Freizeit, befinden sich die meisten Einrichtungen in einem schlechten Zustand. Den Bibliotheken fehlt es an Mitteln, aktuelle Bücher zu beziehen, eine technische Modernisierung durchzuführen oder das Gebäude im Winter zu beheizen. Vor demselben Problem stehen auch die Schulen, Turnhallen und Kinos, deren Beheizung über den Winter sehr kostspielig ist. Daraufhin wurde der Betrieb fast aller Kinos des Landkreises eingestellt – im Winter bleiben auch vermehrt die Turnhallen geschlossen.⁶² Mit dem Rückzug der Kolchosen aus den Gemeinden endet auch dort das Kinderbetreuungsangebot. In zwei Dörfern musste die Schule geschlossen werden.

Die ärztliche Versorgung befindet sich auf einem unterdurchschnittlichen, aber stabilen Niveau. Im Vergleich zum regionalen Durchschnitt weist der DNR Altai eine geringere Ärztedichte (20 pro 10.000 Ew./ 44,2 pro 10.000 Ew. im Altai-Krai) und eine Unterausstattung mit Krankenhausbetten auf (69 pro 10.000 Ew. resp. 114,6) (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o. J.:20). Dank deutscher Hilfe konnte in den 90er Jahren der Bau eines zentralen Bezirkskrankenhauses realisiert werden, das sich in der Siedlung Kusak befindet. Dadurch konnte man die medizinische Infrastruktur etwas zentralisieren und die Versorgungsqualität erhöhen.

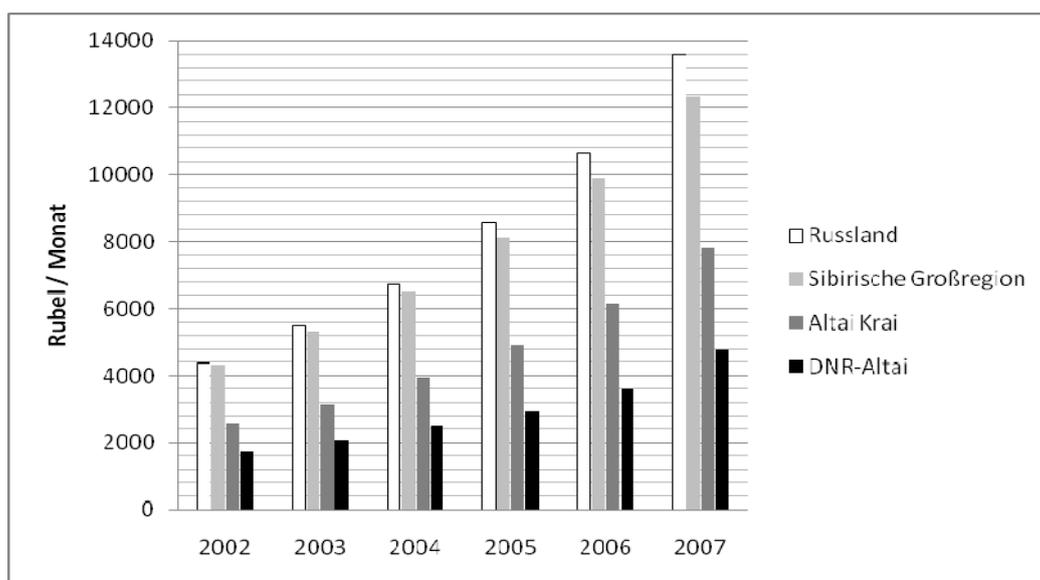
Teile der technischen Infrastruktur (wie Straßen, Telekommunikation, Wasseranschluss, Abwasser) sind in den vergangenen zwanzig Jahren komplett erneuert oder saniert worden. Dies ist auf deutsche Finanzierung und Umsetzung zurückzuführen. Daher ist die Ausstattung überdurchschnittlich, hat aber aufgrund der extremen Klimabedingungen einen hohen Verschleiß (wie z. B. die asphaltierten Straßen) und einen hohen Wartungsbedarf.

Der öffentliche Personennahverkehr wird landesweit von privaten Transportunternehmen dominiert – der DNR Altai bildet hierbei keine Ausnahme. Aufgrund betriebswirtschaftlicher, ökonomischer Zwänge operieren die Unternehmer zwar nachfrageorientiert und daher äußerst flexibel, aber dadurch sind nur wenige tägliche Verbindungen zum Mittelzentrum Slavgorod und zwischen den größten Zentraldörfern etabliert. Durch tägliche Überlandverbindungen ist der DNR Altai mit der Regionshauptstadt Barnaul verbunden. Weitere Transportmöglichkeiten neben dem Straßenverkehr gibt es nicht.

⁶² Im Jahr 2004 waren 15 Kinos in Betrieb – drei Jahre später nur noch zwei. Neben zu hohen Heizkosten spielte auch der Rückgang der Nachfrage eine Rolle: Aufgrund veränderter Gewohnheiten und der verbesserten technischen Ausstattung der Haushalte hat sich der Konsum von Filmen vermehrt in die Privatsphäre verlagert.

Während der Bestand der sozialen Infrastruktur halbwegs erhalten und die technische Infrastruktur sogar verbessert werden konnte, beeinflusst die Einkommenssituation und die Verfügbarkeit von Arbeit den Lebensstandard im Rayon nachhaltig. Wie in Abbildung 11 zu sehen ist, sind die Einkommen im DNR Altai nicht nur niedriger im Vergleich zu übergeordneten geographischen Flächenkategorien, sondern sie steigen auch langsamer an. Auch im Vergleich zu anderen Rayons des Altai-Krai liegen die Einkommen ausgesprochen niedrig. Von 70 städtischen und ländlichen Kreisen hat der DNR Altai die drittniedrigsten Einkommen (4.775 Rubel/Monat in 2007; STATISTISCHES AMT DES ALTAI-KRAI 2008). Interessanterweise weisen einige ländliche Rayons der Kulundasteppe (Kulundinskij, Blagoveščenskij) die höchsten Einkommen regionsweit auf. Dort befinden sich Transportknotenpunkte zwischen Barnaul und Kasachstan sowie ein prosperierender Chemiestandort. Einkommen aus landwirtschaftlicher Produktion hingegen gehören seit Beginn der Transformation zu den niedrigsten im Vergleich aller Berufsgruppen in der RF.⁶³

Abb. 11: Entwicklung der nominellen monatlichen Pro-Kopf-Einkommen (2002–2007)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des STATISTISCHEN AMTES DES ALTAI-KRAI 2008: Abschnitt 5.1.

Zeitgleich zum niedrigen Einkommensniveau im Rayon verändert sich die lokale Erwerbssituation in schnellem Tempo. Die Landwirtschaftsbetriebe hatten in der Vergangenheit den Großteil der lokalen Arbeitskräfte an sich gebunden, mit bis zu 1.000 Angestellten je Kolchose.⁶⁴ Mit der Wirtschaftskrise verkleinerten sich die Belegschaften zwar beständig,

⁶³ Im Altai-Krai lag das monatliche Durchschnittsgehalt (Stand 2006) in der Landwirtschaft bei 2177 Rubel und somit ein Drittel unter dem Durchschnittseinkommen aller Berufsgruppen (3508 Rubel) (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:7).

⁶⁴ Diese Zahl wird von KLAUBE (1991:131) für die „Kirow“-Kolchose in Podsusnowo für das Jahr 1990 genannt.

aber aufgrund niedriger Löhne konnten die Großbetriebe immer noch mehrere hundert Angestellte beschäftigen. Es entstand eine ungewöhnliche Konstellation, in der die Kolchosen nach Arbeitskräften suchten, während die umliegenden Landkreise große Mengen an Arbeitskräften freisetzen. Dennoch blieben viele Stellen unbesetzt, da die Löhne kaum die Sozialhilfesätze überstiegen. In diesem Zusammenhang ist also teilweise von einer freiwilligen Erwerbslosigkeit auszugehen (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:9). Bei den Zugezogenen, die im DNR Altai gegen Mitte der 90er Jahre bereits die Bevölkerungsmehrheit repräsentierten, war die enge psychosoziale Bindung an den Betrieb zudem nicht gegeben. Sie entschieden daher stärker nach ökonomischen Kriterien, ob ein Angestelltenverhältnis in der ehemaligen Kolchose genügend Vorteile bot.

Die Veränderung der Erwerbsstruktur des DNR Altai wird in Tabelle 10 illustriert: Der Anteil der im Primärsektor tätigen Personen ging zwischen 2004 und 2006 spürbar zurück, während der des Tertiärsektors im gleichen Maße zunahm. Insgesamt steigt die Anzahl der Berufstätigen sogar, was auf eine leichte Belebung in den Bereichen Transport und Einzelhandel zurückzuführen ist, die den Wegfall der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft teilweise kompensieren können. Dennoch zeigt die gestiegene Arbeitslosenquote, dass mehr Menschen in jüngster Vergangenheit keiner offiziellen Erwerbstätigkeit nachgehen.⁶⁵

Tab. 10: Erwerbsstrukturdaten zum DNR Altai (2004–2006)

	2004	2005	2006
Anzahl Berufstätige	9.033	9.024	9.485
davon im Primärsektor tätig (in %)	62,7	59,4	55,5
davon im Sekundärsektor tätig (in %)	5,1	4,8	5,1
davon im Tertiärsektor tätig (in %)	32,2	35,8	39,4
Arbeitslosenquote (in %)	2,8	6,5	7,5

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o. J.: 10).

Für diesen Trend spricht auch die steigende Anzahl von Familien, die soziale Transferleistungen beziehen. Waren es im Jahr 2002 lediglich 46 Familien, so stieg die Zahl binnen fünf Jahren auf 1.294 Familien an (STATISTISCHES AMT DES ALTAI-KRAI 2008). Diese Entwicklung folgt einem regionsweiten Trend, bei dem im gleichen Zeitraum fast eine Vervielfachung der Anzahl von Transferleistungsempfängern registriert wurde – im DNR Altai beträgt der Faktor jedoch 28 (ebd.)! Dies hängt lokal damit zusammen, dass aufgrund der demographischen Situation junge Menschen auf den Arbeitsmarkt treffen, die zunehmend Probleme haben, eine Erwerbstätigkeit zu finden.

⁶⁵ Die Arbeitslosenquote ist irreführend, da nur diejenigen als arbeitslos gelten, die sich als erwerbslos registrieren lassen. Dazu besteht aber nicht immer Anlass. Es ist daher von einer versteckten Arbeitslosigkeit auszugehen, die höher liegt als die offizielle Arbeitslosenquote.

Die Bindung der jungen arbeitsfähigen Bevölkerung, die der DNR Altai gegenwärtig noch besitzt, wird eine der Schlüsselaufgaben lokaler Entscheidungsträger sein. Mit Hilfe deutscher Mittel hat man Weiterbildungsmaßnahmen im deutschen Siedlungsgebiet der Kulundasteppe intensiviert. Die Ergebnisse waren zwiespältig: Bildungsmaßnahmen, die Menschen dazu befähigten, eine neue Arbeitsstelle zu finden, hatten oft die Abwanderung der Arbeitskraft in Richtung dynamischer Wirtschaftsregionen zur Folge.

Perspektivisch wird es dem Rayon aus eigener Kraft kaum gelingen, jungen Menschen ernsthafte Alternativen zu bieten, aber was bleibt übrig? Von einer Entleerung des gesamten Siedlungsraumes ist zunächst nicht auszugehen. Viele Beschäftigte, die im landwirtschaftlichen Bereich tätig waren, konzentrieren sich nach dem Rückzug des Großbetriebs als dominanter Wirtschaftseinheit der Gemeinde auf die Subsistenzwirtschaft bzw. auf eine semikommerzielle Tätigkeit zur Herstellung arbeitsintensiver, landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Fleisch, Milch, Eier, Gemüse). Finanziellen Rückhalt werden staatliche soziale Transferleistungen aber auch Rücküberweisungen von Verwandten aus Deutschland liefern.⁶⁶ Darüber hinaus hat sich in jüngerer Vergangenheit ein Trend zur Altersimmigration abgezeichnet. Das qualitativ immer noch hochwertige Wohnumfeld (im Vergleich zu anderen ländlichen Rayons) bewirkt, dass Pensionäre in den Dörfern des DNR Altai eine Altersresidenz erwerben, um ihren Lebensabend im ländlichen Raum der Kulundasteppe zu verbringen.

Die zukünftige Instandhaltung der sozialen und technischen Infrastruktur des Kreises indes ist ungelöst. Der Großbetrieb, dem diese Aufgabe gewohnheitsgemäß zufiel, wird dieser Aufgabe nicht mehr nachkommen können und wollen. Kommerziell überlebensfähige landwirtschaftliche Unternehmen werden sich aus der Sphäre der freiwilligen sozialen Dienstleistungen fast vollständig zurückziehen.⁶⁷ Diese Verantwortlichkeiten sind in der Umbruchphase des Systems den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zugefallen, die jedoch ebenso finanziell abhängig von finanziellen Transferleistungen sind wie deren Bewohner und darüber hinaus so gut wie keinen eigenen finanziellen Gestaltungsspielraum besitzen.

4.3 Zwei Schritte vorwärts – einer zurück. Transformation der russländischen Politik und Verwaltung

Es gibt kaum einen Teilbereich der theoretischen Transformationsforschung, der so deutlich mit normativen Anforderungen eines Systemwechsels verknüpft war, wie der des politischen Subsystems. Das rührte daher, dass die Etablierung einer pluralistischen-demokratischen Ordnung oft als Ausgangspunkt für eine Änderung der Wirtschaftsordnung angesehen wurde (STEIN 2004:41). Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung der asiati-

⁶⁶ Nach inoffiziellen Schätzungen durch die GTZ könnten sich die Überweisungen auf bis zu jährlich 1.000 Euro pro Haushalt belaufen. Dies entspräche mehreren durchschnittlichen Monatsgehältern.

⁶⁷ Ein Gespräch mit Leitern einer GmbH und einer landwirtschaftlichen Kooperative im Gebiet Saratow ergab, dass in etwa fünf Prozent des Budgets für kulturelle Veranstaltungen der anliegenden Gemeinde aufgewendet werden.

schen „Tigerstaaten“ auf autokratischen Gesellschaftssystemen aufbaute und dadurch die politische Modernisierungstheorie konterkarierte, war eine „von oben“ initiierte Umwandlung des politischen Systems mit einer Zuwendung zu demokratischen Institutionen nach westlichem Vorbild der Weg, den die Transformationsländer Osteuropas zu beschreiten hatten. Im Sinne von *multi-level-governance* sollten sich horizontale und vertikale politische Entscheidungsstrukturen bilden, um das politische System zu modernisieren. Ebenfalls verknüpft waren normative Vorstellungen nach zivilgesellschaftlichen Standards wie einer freien Presse, einem unabhängigen Vereinswesen sowie einer aktiven Zivilgesellschaft. Transformationspolitik fordert vom Staat, dass er seine eigenen machtpolitischen Interessen hinter die Anforderungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung zurückstellt (ebd.).

Die politische Transformation Russlands kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt in zwei Megatrends zusammengefasst werden, die sich jeweils in mehrere Teilphasen gliedern. Ausgehend von der unitaristisch-zentralistischen Struktur der UdSSR war die erste Transformationsdekade von einer Dezentralisierung der Verwaltung und politischer Macht, einer Scheindemokratisierung der politischen Kultur, einer Pluralisierung der sogenannten Zivilgesellschaft und einer regulierenden Rolle bei der Gestaltung einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung geprägt. Formalrechtlich wurden die Grundlagen des postsowjetischen Gesellschaftssystems mit der Verabschiedung der Verfassung vom 12.12.1993 festgelegt. Wesentliche Neuerungen betrafen das föderale Verwaltungssystem (Kapitel 3 der Verfassung), die Organisation der Präsidentschaft (Kap. 4 und 6) sowie die lokale Selbstverwaltung (Kap. 8), die bei der Betrachtung der politischen Transformation des DNR Altai eine wesentliche Rolle spielt.

Während sich der Aufbau der Institutionen formell relativ schnell vollzog und westliche Beobachter einen fortschreitenden Modernisierungsprozess sahen, zeigte sich, dass eine Akzeptanz der reformierten Strukturen bei den Bürgern nur schwer zu erreichen war. In der Bevölkerung setzte man den rapiden Verfall der Wirtschaft und des Lebensstandards sowie die Stratifizierung der gesellschaftlichen Schichten mit der Reform des politischen Systems miteinander in Beziehung. Als Reaktion auf „das dezentralisierte Chaos der 90er Jahre“ forcierte die politische Elite Russlands zu Beginn des neuen Jahrhunderts eine Kehrtwende (zit. nach GEL'MAN 2009:2). Das „System Putin“ basierte auf einer Rezentralisierung von politischer Macht und Ressourcen sowie der Wiedererrichtung einer strengen Verwaltungshierarchie, an deren Spitze der Präsident steht, der seine Machtfülle sukzessive ausbaute. In der Wirtschaftspolitik hat der Staat in Schlüsselindustrien wieder die Entscheidungsgewalt zurückerlangt und die politische Kultur hat mehrere Schritte zurück zu einem unitaristischen Staat vollzogen, in dem unabhängige Presse und politische Opposition unter Kontrolle gehalten werden. Nichtsdestotrotz fällt die Phase wirtschaftlicher Gesundung und gesteigerter politischer Legitimität in die Regierungszeit Putins, was eine Rechtfertigung des politischen Kurses (zumindest im Inland) erlaubt und die Verfechter der Modernisierungstheorie vor Fragen stellt. Aus deren Sicht ist die derzeitige Entwicklung der russländischen Transformation ein Ergebnis mangelhafter Umsetzung des Institutionengeflechtes, was teilweise richtig ist. Die Legislative hat bei der Umsetzung des rechtlichen Rahmens teilweise große Gestaltungsfreiräume gelassen und dadurch mehr für politische Unordnung gesorgt, statt einen klaren Handlungsrahmen zu setzen. Dies spiegelte sich u. a. in dem ambivalenten Verhältnis zwischen Föderation und Regionen

(vgl. LUCHTERHANDT 1996) sowie dem Umgang mit der kommunalen Selbstverwaltung (vgl. GEL'MAN 2003) wieder, die erst 1993 verfassungsrechtlichen Status erlangte. Bei der Beurteilung der Transformation sollten strukturell-historische Rahmenbedingungen und daraus hervorgegangene Pfadabhängigkeiten nicht unberücksichtigt bleiben.

Betrachtet man die politische Transformation Russlands aus strukturalistischer Sicht, welche sozio- und machstrukturelle Zwänge berücksichtigt und keine Pfadabhängigkeit zu einem demokratischen System in der Transformation vorgibt (MERKEL 2010:76), kann der autokratische „russische Sonderweg“ erklärt werden. Bei der Reform des Verwaltungsapparats hatte man es versäumt, die komplexen Strukturen und multiplen Organisationshierarchien der sowjetischen Verwaltung aufzulösen, in denen in der Spätphase Netzwerke informeller persönlicher Beziehungen immer mehr an Bedeutung gewannen. Die daraus entstehenden Patron-Klientel-Beziehungen waren während der Wirren des Systemwechsels vielerorts die einzigen Institutionen von Bestand und wurden umso wichtiger in der frühtransformativen Phase, als die staatlichen Institutionen immer mehr an Macht verloren. Diese Beziehungsgeflechte wurden oft zu einem Hindernis bei der Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen (vgl. MROWCZINSKY 2005). Gerade auf lokaler und regionaler Ebene behielten die alten Kader die Fäden in der Hand und profitierten von den zentrifugalen politischen Kräften in den 90er Jahren. Es bildeten sich in den Regionen Machteliten aus Politik und Wirtschaft heraus, die gegen die föderale Staatsmacht opponierten und marktwirtschaftliche Strukturen dominierten⁶⁸. Die Glaubwürdigkeit und Unterstützung dieser formell demokratisch gewählten Deputierten störte das Verhältnis vieler russländischer Bürger zur Demokratie nachhaltig (vgl. HELLER et al. 2003:112).

Vor diesem Hintergrund sind die Entmachtung der regionalen Ebene, die Ernennung der Regionsgouverneure durch den Präsidenten und die Wiedereinordnung der unteren Verwaltungsebenen in die „Vertikale der Macht“ während der Regierungszeit Putins und Medwedews einzuordnen. Für die Regionen bedeutete dies einen faktischen Machtverlust, der aber laut dem Politologen VLADIMIR GEL'MAN eher mit einem Kompromiss zwischen föderalen und lokalen/regionalen Eliten gleichzusetzen ist, bei dem die „Monopolisierung der regionalen Macht“ als Gegenleistung für „richtige“ Wahlergebnisse zu Gunsten der präsidentialen Partei ausgehandelt wurde. So entwickelte sich ein „subnationaler Autoritarismus“, der einen Umkehrschwung zum zentralisierten Einparteien-Modell zurück zu sowjetischen Verhältnissen darstellt (GEL'MAN 2009:2–5).

Zwischen der Zuwendung zur Autokratie und der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Dekade besteht trotz zeitlicher Korrelation nur ein Scheinzusammenhang. Das Problem eines autokratischen Systems im Vergleich zu einem demokratischen besteht darin, dass Systemfehler nicht oder zu spät korrigiert werden können. Dem autokratischen Regime mangelt es an der Fähigkeit, gegen seine strategische Einschätzung seiner eigenen Rolle vorzugehen, was in Bezug auf postsozialistische Staaten heißt, dass man zur Durchsetzung der Reformen gegen die eigenen Eliten vorgehen muss (STEIN 2004:42). Ist der Staatsapparat darüber hinaus stark zentralisiert, bremst sich das

⁶⁸ Laut GEL'MAN konzentrierten diese Eliten durch Eigentumsrechte mehr als 60 Prozent des russischen Gesamtbudgets auf der subnationalen Ebene (2009:2).

System bei der Notwendigkeit schneller Entscheidungsfindungen selbst aus und verspielt den temporären Vorsprung, den autoritäre Systeme gegenüber demokratischen besitzen sollen.⁶⁹ Ähnlich wie die Volksrepublik China steht auch Russland vor dem Dilemma, dass der autokratische Führungsstil nur dann nicht in Frage gestellt wird, solange sich das wirtschaftliche Wachstum an einen steigenden Lebensstandard der Bevölkerung koppelt.

4.3.1 Lokale Selbstverwaltung im Kontext nationaler Minderheitenpolitik am Beispiel des DNR Altai

Das System lokaler Selbstverwaltung, also die Fähigkeit lokaler Gebietskörperschaften sich unabhängig von der Kontrolle seitens übergeordneter Verwaltungsorgane zu etablieren, erwies sich in politischer und ökonomischer Hinsicht als sehr begrenzt (GEL'MAN 2003:1343). Im politischen Selbstverständnis der Staatsmacht hat sich die lokale Ebene (ganz gleich, ob es sich um die traditionell bäuerliche Dorfgemeinschaft der *obščina* handelte oder um eine städtische wie dörfliche Gemeinde modernen Typs) nie von dem Status des letzten Gliedes innerhalb der administrativen Befehlskette emanzipiert. Die kommunale Selbstverwaltung ist eine zutiefst administrative und keine politische Institution geblieben (ebd.:1347).

Die im Kapitel 8 der Russländischen Verfassung festgelegten Vorgaben zur örtlichen Selbstverwaltung (*mestnoe samoupravlenie*) sehen autonome Zuständigkeiten, Budgets und Rechtssicherheit vor Eingriffen übergeordneter Verwaltungsebenen durch das Verfassungsgericht vor. Vergleichbar mit der lückenhaften Implementierung der Wirtschaftsreformen ließ der Gesetzentwurf bei der Ausgestaltung hier ebenfalls großen Spielraum. Als Ergebnis der zentrifugalen Kräfteverschiebung in der Föderation in den 90er Jahren konnten einige städtische Lokaladministrationen⁷⁰ ihre Position politisch und ökonomisch ausbauen. Insgesamt gesehen wies die überwältigende Mehrheit der lokalen Gebietskörperschaften jedoch einen negativen Haushalt auf, was sowohl auf eine Unterfinanzierung als auch auf eine Überfrachtung mit Aufgaben (überwiegend im sozialen Bereich) zurückzuführen war.

Im Rahmen einer zu Beginn der 2000er Jahre durchgeführten Föderalreform, bei der die lokalen Machtorgane wieder in die Machtexekutive eingegliedert wurden, beschnitt der Kreml die Kompetenzen und die finanzielle Basis weiter, ohne jedoch die Gemeinden von Aufgaben zu entlasten. Dadurch sanken die ohnehin schon geringen Steuereinnahmen⁷¹ noch weiter und die finanzielle Abhängigkeit der Kommunen von föderalen Mittelzuweisungen erhöhte sich. Die chronische Unterfinanzierung der Gemeinden wird somit zum Machtinstrument Moskaus. Die direkte Wahl von Repräsentanten auf lokaler Ebene ge-

⁶⁹ Die Unbeweglichkeit der politischen Führung der Russischen Föderation wurde jüngst bei den verheerenden Waldbränden des Sommers 2010 deutlich.

⁷⁰ Wie in der Praxis der meisten europäischen Länder verankerte der Gesetzesentwurf ein Zweistufenmodell der lokalen Selbstverwaltung und verbindet damit das Siedlungsprinzip (städtische Rayons) und das Kreisprinzip (ländliche Rayons) (GEL'MAN 2003:1347).

⁷¹ Eigene steuerliche Einkünfte liegen bei gerade einmal 4–7 Prozent des Kommunalhaushaltes (nach Berechnungen von NIKOLAEV in GEL'MAN 2003:1348).

hört daherzu den wenigen Bestandteilen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur lokalen Selbstverwaltung, die implementiert werden konnte. Die Entwicklung der vergangenen 17 Jahre lässt sich nach GEL'MAN (2003:1347) wie folgt zusammenfassen: „Der Begriff ‚kommunale Selbstverwaltung‘ selbst ist zwar nicht aus dem offiziellen Lexikon verschwunden, doch wurde er seines Inhalts beraubt.“

Als ländlicher Kreis ist der DNR Altai in die administrative Struktur der Russländischen Föderation als Gebietseinheit der „lokalen Selbstverwaltung“ einzuordnen, die, wie in den letzten Absätzen erörtert wurde, zunehmend euphemistische Züge trägt. Die kommunalen Finanzen spiegeln die prekäre Situation wider: Der Anteil innerstaatlicher Transferleistungen durch den föderalen und regionalen Finanzausgleich am Gesamtbudget lag im Jahr 2006 bei 88 Prozent. Die Einkünfte aus kommunalen Steuern und Abgaben betrug zwei Jahre zuvor noch 21 Prozent (KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR o.J.:16)⁷². Durch das komplizierte fiskalische Redistributionssystem, bei dem Transferzahlungen durch alle Verwaltungsebenen jährlich transferiert und neu festgesetzt werden, wird eine Haushaltsplanung auf lokaler Ebene zudem erheblich erschwert. Wie im Kapitel über die sozioökonomische Situation des Rayons schon erwähnt, kann die Lokalverwaltung die ihnen zugefallenen Aufgaben nicht erfüllen. Hierbei nehmen insbesondere die Kosten für die soziale Infrastruktur den größten Budgetanteil ein.

Durch die Unterversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen, die teilweise von der wirtschaftlichen Sphäre wahrgenommen werden, wird die Autorität der Administration im lokalen Machtgefüge gegenüber dem Vorsitzenden des dörflichen Agrarbetriebes untergraben (vgl. HELLER et al. 2003:113). Die örtliche Repräsentanz des Staates erscheint dem Bürger als Steuer eintreibende Institution, die keine politischen Gestaltungsmöglichkeiten hat und den Mangel verwaltet. Die Akzeptanz ist dementsprechend gering. Insbesondere bei den Zugewanderten ist ein ausgeprägtes Desinteresse an lokalen politischen Themen zu beobachten. Dies ist aber gerade vor dem Hintergrund nationaler Minderheitenpolitik von zentraler Bedeutung. Lokale Politik im DNR Altai ist eng an das Thema der Bewahrung russlanddeutscher Kultur geknüpft, doch ohne Rückhalt in der Bevölkerung hat der DNR als Gebietseinheit mit kultureller Autonomie keine Zukunft (KLAUBE 1991:176).

4.3.2 Nationale Autonomie – der deutsche Faktor im russischen System

Eine nationale Autonomie, die in Gestalt nationaler Kreise, Gemeinden und Dorfsowjets bereits in den 1920er Jahren auftauchte (siehe Erstgründung des DNR Altai 1927), wurde vom sowjetischen Unionsgesetzgeber im Jahr 1990 wiederholt aufgegriffen, um eine Lösung für die Forderung nach einer verstärkten kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen zu finden. Danach „konnte der Wunsch von nationalen Gruppen, die in bestimmten Gegenden kompakt siedeln, dort die Mehrheit der Bevölkerung bilden und ansonsten über

⁷² Durch eine regionale Steuerreform, bei der eine Erhöhung der Richtsätze an der wichtigen Einkommens- und Gewerbeertragssteuer bestimmt wurde, hat sich der Anteil der kommunalen Steuereinnahmen noch einmal verringert.

keine ‚national-staatlichen Gebilde‘ verfügen, nationale Kreise, Siedlungen und Dorfsowjets⁷³ errichten (zit. nach BRUNNER 1996:297). Trotz nachdrücklichen politischen Werbens durch verschiedene Interessengruppen, eine Wiedererrichtung der Republik der Russlanddeutschen an der Wolga zu realisieren, blieb es bei den Entscheidungsträgern auf höchster politischer Ebene bei bloßen Lippenbekenntnissen dies zu tun. Die Gründung von zwei nationalen Kreisen für Russlanddeutsche auf der untersten Verwaltungsebene kann daher als Kompromiss gesehen werden. Für die Einrichtung einer autonomen Republik, eines Bezirks oder eines Gebiets im Status eines Föderationssubjekts fehlte der politische Wille, aber mit Beginn der russlanddeutschen Auswanderungswelle, die zu Beginn der 90er Jahre schnell an Dynamik zunahm, wollte man ein politisches Zeichen setzen, dass es ein autonom-kulturelles Territorium für die Russlanddeutschen geben wird (HILKES 1996:158, KLAUBE 1995:115). Nach einer Abstimmung der örtlichen Bevölkerung wurden anschließend die deutschen Rayons im Altai (1991) und im Gebiet Omsk (1992) gegründet.

Die Entscheidung für die Einrichtung der „nationalen administrativ-territorialen Einheiten“ fiel jedoch unter dem Einfluss massiven Widerstandes. Die bestehenden Gebietseinheiten, aus denen die zukünftigen deutschen Gemeinden herausgelöst werden sollten, opponierten gegen die Wiedereinrichtung des DNR – sie verloren ökonomisch starke Gemeinden mit ihren Kolchosen (KLAUBE 1991:155). Darüber hinaus gab es auch Ablehnung innerhalb der russlanddeutschen Bevölkerung. Die Idee einer Wiederherstellung des DNR innerhalb der alten Grenzen „war für viele Menschen fremd und unverständlich“, wie die deutschsprachige Lokalzeitung „*Zeitung für Dich*“ im Jahr 1990 kommentierte (in KLAUBE 1991:152). Der bereits im August 1989 gefasste Beschluss der Restauration des DNR erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch eine Delegation politischer Vertreter, Parteisekretäre sowie Gewerkschafts- und Kolchosleiter. Sinnbildlich stellt sich hier die gesamte Problematik der russlanddeutschen Autonomiebewegung dar: Der politische Diskurs erfolgte meist losgelöst von den Lebensrealitäten der „einfachen“ Bevölkerung in Intellektuellenzirkeln. Der russlanddeutschen Bewegung „Wiedergeburt“ gelang es daher nie, die politischen Gesamtinteressen der deutschen Minderheit zu repräsentieren und auf einen Nenner zu bringen. Erst nach massiver Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch externen Druck wurde die Wiedererrichtung des DNR Altai schließlich in einem zweiten Referendum angenommen.

Die schlussendliche Einrichtung des nationalen Rayons innerhalb des politischen Machtgeflechts des Altai-Krai im Juli 1991 hatte ambivalente Folgen. Auf der einen Seite wurde die Bildung nationaler autonomer Gebiete als Grundvoraussetzung für ein gezieltes Engagement der deutschen Seite auf russländischem Territorium angesehen. Damit verband sich die Forderung nach der Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone innerhalb der Rayongrenzen.⁷⁴ Die Regierung des Altai-Krai war sich des Umstands bewusst, dass mit dem

⁷³ Gesetz vom 26.4.1990 über die freie nationale Entwicklung von Bürgern der UdSSR, die außerhalb der Grenzen ihrer national-staatlichen Gebilde leben oder solche auf dem Gebiet der UdSSR nicht haben (VSNDiVS SSSR 1990, Nr. 19, Art. 331).

⁷⁴ Die Sonderwirtschaftszone wurde 1998 sogar eingerichtet, aber hatte nur wenige Jahre Bestand, da der erhoffte Investitionsschub ausblieb.

Ende der sowjetischen Planwirtschaft erhebliche Investitionsprobleme auftreten werden. Die Deutschen wollte man daher als potenziellen Investor in den strukturschwachen Rayons des Nordwestens unter keinen Umständen verprellen.

Auf der anderen Seite wurde das deutsche Engagement argwöhnisch beobachtet und in den benachbarten Landkreisen gar als bedrohlich empfunden, da man ein zu starkes wirtschaftliches Gefälle befürchtete. Letztere Bedenken wurden zwar relativ schnell zerstreut, nachdem die deutsche Seite das Engagement auf das gesamte russlanddeutsche Siedlungsgebiet der Kulundasteppe ausweitete, aber in der Regionalvertretung des Altai-Krai setzte sich die Ansicht durch, dass dem DNR durch die Anwesenheit der deutschen Investoren genug geholfen sei. Daher stellte man jegliche finanzielle Unterstützung für längere Zeit völlig ein. Ein weiteres Problem ergab sich dadurch, dass die Einbindung der deutschen Partner auch als Einmischung in interne Angelegenheiten galt und die angestammten Patron-Klientel-Netzwerke, v. a. auf lokaler Ebene, gefährdete.

Unter deutscher Koordination wurde zunächst eine Kreisadministration in Halbstadt aufgebaut, die die Verwaltung umstrukturierte und entsprechendes Fachpersonal einstellte. Der Kreisverwaltung steht der Landrat vor, der in den Anfangsjahren von den direkt gewählten Gemeindebürgermeistern ernannt wurde. Seit Ende der 90er Jahre wird auch der Landrat direkt gewählt. Die Rolle der lokalen Administration im politischen Prozess war jedoch von Anfang an gering. Der Grund dafür lag in der bereits benannten strukturellen Schwäche der lokalen Selbstverwaltung in der Russländischen Föderation im Allgemeinen. Daneben drängte man die Lokalverwaltung weiter in die Bedeutungslosigkeit, als man mit der *Brücke GmbH* als lokalen Träger der GTZ Parallelstrukturen stärkte, die in politischer Hinsicht eine wichtigere Rolle spielten. Die einzelnen Aufgabenfelder umfassten die Entwicklungsplanung sowie den breit angelegten Prozess der Gewerbeförderung, dem Ansiedlungs- und Wohnbauprogramm und die humanitäre Hilfe (KLAUBE 1995:117) (dazu mehr in Kap. 5). Der Landrat war zwar in die Planungsprozesse der *Brücke GmbH* involviert, aber darüber hinaus waren demokratisch legitimierte Vertreter oder sonstige Träger öffentlicher Belange ausgeschlossen und spiegelten somit das traditionelle Planungsverständnis sozialistischer Gesellschaften wieder: Anhörungen von Bürgern gab es nicht, sondern sie wurden von den Ergebnissen der „Planer“ in Form bloßer „Zielvorgaben“ in Kenntnis gesetzt. Folglich beobachtete man bereits früh, dass „das Interesse an politischer Betätigung [in der Bevölkerung] sehr gering“ ist (zit. nach WERNER et al. 1994:46). Zudem wurde das Vertrauen in die politischen Institutionen in den vergangenen Jahren immer wieder erschüttert, nachdem Landräte aufgrund von Korruptionsvorwürfen von ihren Ämtern zurückgetreten waren.

Am 7.12.2005 wurde eine neue Organisationsform für die lokalen Förderinstitutionen mit dem Namen „Stiftung zur Förderung der Russlanddeutschen Altai“ (kurz: „Stiftung Altai“) gegründet, bei der die Administration des DNR als Mitbegründer in Erscheinung tritt. Die Stiftung schafft es durch ihre Organisationsform erstmals, in wichtigen Entscheidungsgremien (u. a. dem Aufsichtsrat der Stiftung) Vertreter des Landkreises, der Region sowie

der deutschen Durchführungsorganisation in regelmäßigen Abständen an einen Tisch zu bringen und in gemeinsam erarbeiteten politischen Entscheidungen aneinander zu binden. Durch einen Sitzungsbeschluss vom 21.8.2007 wurde entschieden, alle Beschlüsse einstimmig zu fällen, was für einen hohen Legitimierungsgrad der Politik sorgt.⁷⁵ Dies kann als wesentliche Optimierung in der top-down orientierten Verwaltungsroutine gewertet werden. Durch die Einbindung der Kreisadministration wird ebenfalls der Versuch unternommen, entstandene Parallelstrukturen abzubauen. Ebenfalls verbessert hat sich der Grad an Transparenz durch einen ernannten Gesellschaftsbeirat, der beratend die Tätigkeit der Entscheidungsgremien begleitet und Dokumente einsieht.

Dennoch bleiben einige Aspekte kritisch. Die Stiftung sieht keine direkten Einflussmöglichkeiten von Seiten der Gemeindevertreter und somit der Bürger vor. Der gesellschaftliche Beirat, der diese Rolle qua Zusammensetzung ausfüllen könnte, besitzt allerdings kein Vetorecht. Die Quellenlage lässt leider keine Rückschlüsse dahingehend zu, ob eine Stärkung basisdemokratischer Elemente in den Entscheidungsstrukturen der Stiftung Altai von der übergeordneten, regionalen Verwaltungsebene verhindert wurde. Fakt ist jedenfalls, dass die Stiftung keine Mechanismen vorsieht, Bürger verstärkt in die strategischen Entscheidungen, die sich zu einer stärkeren Partizipation eignen (z. B. in der Entwicklungsplanung) einzubinden und so dem politischen Desinteresse der Bevölkerung entgegen zu wirken. Die Dorfbürgermeister werden nur konsultiert, um Informationen über die Vertrauenswürdigkeit von Personen einzuholen, die sich für ein Darlehen bei der Stiftung beworben haben. Ansonsten sorgen Aufgabenfülle und Ausstattung der Stiftung mit Ressourcen dafür, dass die lokale Verwaltung weiter in den Schatten gestellt wird, was den Relevanzverlust nicht umkehren wird.

Was hat dem DNR Altai der Status als „nationaler administrativ-territorialer Einheit“ gebracht? Politische Autonomie gibt es ausschließlich in jenem Bereich, der die Bewahrung der russlanddeutschen Kultur umfasst. Das schließt überwiegend die Kulturarbeit und den deutschsprachigen Unterricht an den Schulen ein.⁷⁶ Auf föderaler Ebene ist der DNR Altai berechtigt im Rahmen des Programms zur Förderung nationaler Minderheiten⁷⁷ Fördermittel zu beantragen. Dazu ist jedoch jede Gebietskörperschaft berechtigt, die über einen bestimmten Bevölkerungsanteil an Russlanddeutschen verfügt.

Darüber hinaus existieren keine Politikfelder, die der DNR Altai autonom ausfüllen darf. Der Rayon bildet lediglich, wie alle anderen Rayons im Altai-Krai auch, die unterste Verwaltungsebene im Verwaltungssystem der Russländischen Föderation. Durch den „Sonderstatus“ genießt er darüber hinaus auch keine steuerlichen Vorteile oder Mitspracherecht in Gremien, die die Interessen nationaler Minderheiten vertreten. Man kann somit

⁷⁵ Zuvor konnten Entscheidungen z. T. durch eine ¾-Mehrheit oder bei Stimmgleichstand im vierköpfigen Aufsichtsrat durch eine Extrastimme des Aufsichtsratsvorsitzenden gefällt werden.

⁷⁶ Gegenwärtig läuft ein von der DNR-Administration aufgelegtes Programm, dass das Erlernen der deutschen Sprache im Kindergarten, in der Grundschule sowie der Durchführung kultureller Veranstaltungen im Rayon zum Ziel hat ("Programma nepreryvnogo isučenija nemeckogo jasyka i rasvitija nacional'noj kul'tury"). Das Programm ist mit der übergeordneten Verwaltungsebene des Altai-Krai abgestimmt.

⁷⁷ Offizieller Name des Programms: „Sozioökonomische und ethnokulturelle Entwicklung der Russlanddeutschen 2008–2012“ („Social'no-ekonomičeskoe i étnokul'turnoe razvitie rossijskich nemcev na 2008–2012 gody“ – <http://www.minregion.ru/ministerstvo/official/66.html> /19.10.2010).

von einer nationalen Titularautonomie sprechen, wie sie in den 20er Jahren schon existierte. Zweifellos hat die Ernennung des DNR Altai dabei geholfen, Fördermittel zu kanalisieren und zu legitimieren (denn die RF gehört nicht zu den klassischen Empfängerländern in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit) sowie für viele Russlanddeutsche der GUS einen Fixpunkt, in dem sich Hoffnungen für eine kulturelle Autonomie konzentrierten, darzustellen. Ansonsten hat die Einrichtung des DNR Altai in keinerlei Hinsicht den Startschuss für eine demokratisch-ethnische Entwicklung auf lokaler Ebene angeschoben.

4.3.3 Zusammenfassung

Nach dem Zusammenbruch des politischen Systems der Sowjetunion haben Partei und Gewerkschaft ein Machtvakuum hinterlassen, das von verschiedenen Akteuren eingenommen wurde. Der Großteil nahm die neue ökonomische Elite des Kreises ein, die die Leitungspositionen in den ehemaligen Kolchosen ausfüllten. Im DNR Altai beschleunigte sich dieser Prozess mit der Ausreise vieler ehemaliger Parteikader, Lehrer und Gewerkschafter, die das politische Feld „räumten“. Da in den übergeordneten Verwaltungseinheiten und Fachministerien die alte Nomenklatura häufig an den Hebeln der Macht blieb, setzte sich die durch Planungsverständnis und Hierarchiedenken geprägte Verwaltungspraxis weiter fort. Politik und Verwaltung wurden durch persönliche Netzwerke dominiert, die bereits in der prätransformativen Phase Bestand hatten.

In den Zeitraum der Konsolidierung ehemaliger zentralstaatlicher Institutionen, die den Systemübergang vollzogen hatten, etablierte sich das System der lokalen Selbstverwaltung, das von Beginn an institutionell schwach und finanziell abhängig von übergeordneten Verwaltungsebenen war. Dies änderte sich auch nicht, als im DNR Altai durch das deutsche Engagement ein weiterer Akteur auf der lokal/regionalen Ebene in Erscheinung trat, der außerhalb des bestehenden Systems operierte und durch seine Ressourcenausstattung große Bedeutung hatte. Mit deren Hilfe wurde zwar eine Kreisverwaltung installiert und modern ausgestattet, aber es wurden auch Parallelstrukturen gestärkt, die die Gemeinde- und Kreisverwaltung in der Bedeutungslosigkeit beließen. Über die politischen Hintergründe geben Quellen leider keine Auskunft. Aber die deutsche Seite trifft wohl nur eine Teilschuld, da sie keine politischen Ziele verfolgen durfte und darf. Dennoch suchte man in den Anfangsjahren des deutschen Engagements zu Beginn der 90er Jahre gezielt lokale Akteure aus, die die Projektgelder schnellstmöglich in vorzeigbare Ergebnisse transformieren konnten. Durch die institutionelle Schwäche der Verwaltung kooptierte man daher die Betriebsleitungen und fundierte dadurch ihre Stellung als relevante politische Akteure.

Im Sinne normativer Vorgaben einer politischen Transformation ist die nationale Entwicklung mit derjenigen des DNR Altai durchaus vergleichbar. Die Institutionen eines demokratischen Systems wurden geschaffen, sind aber inhaltsleer. Prätransformativ Netzwerke bestimmen weiterhin, insbesondere auf subnationaler Ebene, über Politik und Ressourcen. Ein System des *checks-and-balances* und eine Multi-Ebenen-Verwaltung innerhalb eines föderal regierten Staates existieren nur auf dem Papier. Somit ist die lokale

Selbstverwaltung als unabhängige Verwaltungsebene und Fundament demokratischer Kultur eine Illusion.

4.4 Demographie

Die demographische Entwicklung steht nicht so sehr als zentrale Dimension von Systemtransformation im Vordergrund, sondern vielmehr als Ergebnis des Zusammenspiels aus politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich mittel- bis langfristig auf die Bevölkerungszahl einer Gesellschaft auswirken. Mit dem Modell des demographischen Überganges gibt es zwar ein Transitionsmodell zur Erklärung von Bevölkerungsentwicklung, das aber in einem anderen theoretischen Zusammenhang steht als die Transformation postsozialistischer Staaten.

Das folgende Unterkapitel wird aufzeigen, welchen Einfluss die beschriebenen Transformationsphänomene auf die demographische Entwicklung genommen haben. Dabei werden zunächst nationale und regionale Trends beschrieben. Anschließend wird über die Bevölkerungsentwicklung des DNR Altai gezeigt, dass die spezifischen lokalen Rahmenbedingungen der Untersuchungsregion einem nationalen und regionalen Negativtrend entgegenstehen können und welche Ursachen dazu führten.

4.4.1 Die „demographische Krise“ in der Russländischen Föderation und im Altai-Krai

Seit Beginn der Transformationsphase haben sich demographische Indikatoren auf dem Gebiet der Russländischen Föderation negativ entwickelt. Ein Bündel verschiedener Faktoren trägt auf unterschiedlichste Art und Weise Ursache für diese Entwicklung. Wie in allen osteuropäischen Transformationsländern bewirkte die Umbruchphase, die begleitet war von finanzieller und politischer Instabilität sowie der schlechteren Gesundheitsversorgung, eine abrupte negative Entwicklung der Geburtenrate. Während sie im Jahr 1990 noch 13,4 ‰ betrug, waren es fünf Jahre später lediglich 9,3 ‰ (STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007:105). Der Zusammenbruch des Gesundheitssystems, sinkende Lebensqualität, Altersarmut u. a. hatten hingegen einen umgekehrten Effekt auf die Mortalitätsrate, die im gleichen Zeitraum von 11,2 ‰ auf 15 ‰ sprunghaft anstieg (ebd.). Bis in die Gegenwart hinein hat sich wenig an diesen Kennziffern verändert: Die Geburtenziffern sind seit einem Tief um die Jahrtausendwende zwar leicht ansteigend, aber die Sterberate ist gleichbleibend hoch. Als Ergebnis beider Indikatoren ergibt sich eine beachtliche Bevölkerungsabnahme, die mit der postsowjetischen Periode korreliert. Die Bevölkerungsverluste können durch eine positive Wanderungsbilanz nur teilweise kompensiert werden. Insgesamt hat die Russländische Föderation seit Mitte der 90er Jahre über 5,5 Prozent⁷⁸ ihrer Bevölkerung verloren und wird bereits im kommenden Jahr erstmals wieder unter die Zahl

⁷⁸ Eigene Berechnung auf Basis von Zahlen des Statistischen Jahrbuch Russlands 2007 und dem CIA-World-Factbook (Stand Juli 2010) (aufgerufen am 9.9.2010).

von 140 Millionen Einwohnern fallen. Perspektivisch zeichnet sich keine Trendumkehr ab. Nach offiziellen Berechnungen erwartet man bis zum Jahr 2050 eine Verringerung der Bevölkerung auf nur noch 100 Millionen Menschen.⁷⁹

Besonders starke Bevölkerungsverluste innerhalb der RF erlebten die Gebiete des hohen Nordens und des Fernen Ostens. Generell ist eine Ost-West-Wanderungsbewegung zu beobachten, bei der die städtischen Verwaltungsbezirke des europäischen Teils von starken Wanderungsbewegungen v. a. aus Sibirien profitieren. Die starken Wanderungsgewinne aus den zentralasiatischen Republiken, die in den 90ern bestand, als viele ethnische Russen abwanderten, haben sich in den vergangenen Dekaden erwartungsgemäß verringert. Die saisonale Arbeitsmigration von Usbeken, Tadschiken und Kirgisen hat hier stark an Bedeutung gewonnen.

Trotz eines Anstiegs ländlicher Armut blieb der Anteil an Einwohnern im ländlichen Raum während der Transformationsphase konstant bei etwa 27 Prozent (STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007:87). Die Ursache dafür darf aber nicht bei einer stabilen Bevölkerungsentwicklung des ländlichen Raumes gesucht werden, sondern u. a. bei statistischen Effekten durch städtische Eingemeindungen oder territoriale Reorganisation von Gebietskörperschaften (HELLER et al. 2003:19,23). Darüber hinaus verzeichnete der ländliche Raum signifikante Wanderungsgewinne durch Immigranten aus ehemaligen Sowjetrepubliken.

Dies trifft insbesondere für grenznahe Föderationssubjekte mit starker landwirtschaftlicher Ausrichtung wie den Altai-Krai zu, dessen Anteil an ländlicher Bevölkerung signifikant höher ist als im Landesdurchschnitt (46,6 Prozent). Die Bevölkerung ist mit knapp 2,5 Millionen Einwohnern⁸⁰ (Stand 2010) ebenfalls rückläufig, aber durch ein hohes positives Wanderungssaldo während der 90er Jahre nicht so stark wie in der RF (zwischen 1990-2007: 4,5 Prozent).⁸¹ Bis zum Jahr 2002 hatte der Bevölkerungsrückgang lediglich 24.000 Einwohner betragen, was einem Verlust von ca. einem Prozent entsprach (WAL'KO 2005:46). Zwischen 2002 und 2008 hat sich der Altai-Krai jedoch zu einer der Regionen mit den höchsten Bevölkerungsverlusten entwickelt, was auf natürliche- und Wanderungsverluste zurückzuführen ist. Erst seit kurzem weist die Region durch ein signifikantes Sinken der Sterberate wieder einen verbesserten Saldo (-1,9 ‰ für 2010) auf (STATISTISCHES AMT ALTAI-KRAI 2010).

Ländliche und urbane Gebiete verlieren im Krai momentan in gleicher Geschwindigkeit an Bevölkerung (etwa 10.000 Einwohner/Jahr). Interessanterweise kam es zu Beginn der 90er Jahre erstmalig zu einer kurzzeitigen Umkehr der Land-Stadt-Wanderung (siehe Abb. 12). Dieses Phänomen konnte als Reaktion vieler Städte auf die Phase wirtschaftlichen Umbruchs und städtischer Massenarbeitslosigkeit und Nahrungsmittelknappheit in ganz Russland beobachtet werden.

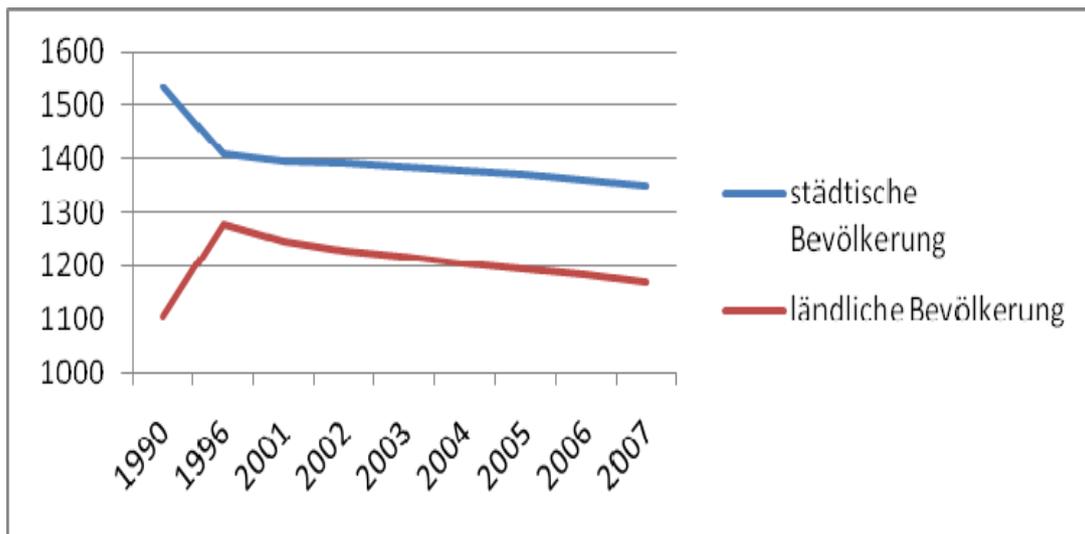
⁷⁹ »K 2050 godu naselenie Rossii mozet umen'sitsja na tret'« [Bis 2050 könnte sich die Bevölkerung Russland um ein Drittel verringern], in: polit.ru, 25.10.2006, <www.polit.ru/news/2006/10/25/1_3.html>

⁸⁰ Statistisches Amt des Altaijskij Kraj (Quelle: <http://ak.gks.ru/DocLib1/.../nas1.htm> (13.5.2010)).

⁸¹ Eigene Berechnungen nach Daten des STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007: 87–91.

Durch diesen Prozess und die bereits angesprochene Immigration aus zentralasiatischen Ländern kehrte sich die schleichende Überalterung der ländlichen Regionen noch einmal kurzfristig um. Mittlerweile ist aufgrund der schwierigen Situation in der Landwirtschaft jedoch auch hier ein verstärktes Abwandern der jungen Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren zu beobachten (HELLER et al. 2003:36).

Abb. 12: Entwicklung städtischer und ländlicher Bevölkerung im Altai-Krai zwischen 1990 und 2007 (in 1.000)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des STATISTIČESKIJ Ežegodnik 2007:87-91.

4.4.2 Gegen den Trend – Die Entwicklung im DNR Altai

Der DNR Altai hat als ländlicher Kreis im Nordwesten des Altai-Krai in demographischer Hinsicht einen Sonderweg beschritten. Bereits vor der Wiedereinrichtung des deutschen Kreises im Jahr 1991 war die Ausgangssituation atypisch. Während die ländlichen Räume in der Sowjetunion bereits seit den 60er Jahren rückläufige Bevölkerungszahlen aufwies, wuchs die Bevölkerung in den deutschen Siedlungsgebieten stetig, was überwiegend auf ein hohes natürliches Wachstum zurückzuführen war. Obwohl mit der beginnenden Emigration der russlanddeutschen Bevölkerung, die bereits mit dem Zeitraum 1988/89 einsetzte, der Auswanderungsdruck zunahm, konnte diese zunächst durch den Geburtenüberschuss kompensiert werden.

Der hohe Emigrationsdruck während der frühen 1990er Jahre, als der Kreis jährlich 10-15 Prozent seiner Gesamtbevölkerung verlor (WAL'KO 2003:54), wurde dann ausgeglichen durch die Hinzugezogenen, deren Anzahl die der Weggezogenen sogar noch übertraf. Der Immigrationsdruck war so hoch, dass die lokalen Behörden den Zuzug in den Kreis beginnen zu regulieren: Es gab eine eindeutige Präferenz zu russlanddeutschen Familien und die Vergabe von Wohnraum wurde sogar an eine Mindestbleibedauer im Rayon sowie die Arbeit im lokalen wirtschaftlichen Großbetrieb geknüpft (KLAUBE 1994:87). Während der 90er Jahre konnte man also statistisch gesehen keinen spürbaren Bevölkerungs-

rückgang, aber Veränderungen in der qualitativen Zusammensetzung der Bevölkerung feststellen (KRINDAČ 1997:127). Die hohen Wanderungsgewinne überdeckten jedoch keinesfalls die dramatischen Entwicklungen beim natürlichen Bevölkerungswachstum, wie es beim Altai-Krai zu beobachten war. Laut WAL'KO gehörte der DNR Altai im Jahr 2002 zu einem von lediglich zwei Landkreisen⁸², die ein positives natürliches Wachstum verzeichnen konnten (2005:47).

Tab. 11: Ausgewählte demographische Kennziffern für das Jahr 2006 im Vergleich

	RF	Altai-Krai	DNR Altai
Geburtenrate (‰)	10,4	10,1	12,5*
Mortalitätsrate (‰)	15,2	15,2	7,5*
Saldo natürlicher Bevölkerungsbewegung (‰)	-4,8	-5,1	+5*
Altersstruktur durch den Anteil von Kindern/Jugendlichen sowie Pensionären ⁸³ an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (=100) für das Jahr 2006			
Kinder und Jugendliche (bis 15 Jahre)	25,2	24,8	36,5*
Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter	100	100	100*
Pensionäre	32,5	31,8	20,3*

Quelle: Daten aus STATISTIČESKIJ Ežegodnik 2007:95f./

*Daten aus KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA DNR 2008–2017, o.J.:7.

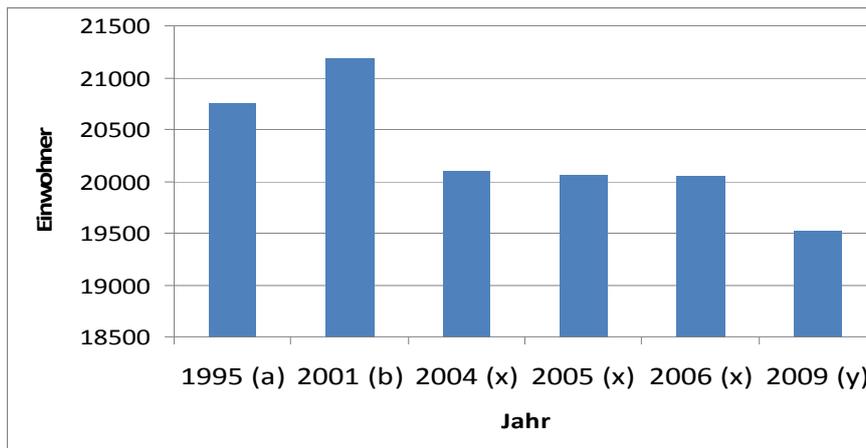
Wie aus Tabelle 11 ersichtlich, steht dies in einem engen Zusammenhang mit der günstigen Altersstruktur im Landkreis, die einen im Vergleich zum Regions- und Landesdurchschnitt mehr als zehn Prozent höheren Anteil junger Menschen an der Arbeitsbevölkerung aufweist. Hier macht sich sowohl der Einfluss der zugezogenen, überwiegend jungen Familien aus dem zentralasiatischen Raum bemerkbar, als auch die Maßnahmen der deutschen Seite, die Region mit medizinischem Material auszustatten.

Während der Landkreis durch die 1990er Jahre hinweg den negativen Makro-Trends widersprach, ist in der vergangenen Dekade eine Verschlechterung der demographischen Kennziffern zu beobachten gewesen, was mit der Wanderungsbilanz in Verbindung steht, die mittlerweile negativ ist. Seit Beginn der 1990er Jahre bewegte sich die Einwohnerzahl konstant um 20.000 und stieg um die Jahrtausendwende auf über 21.000 an. Seitdem verliert der Kreis kontinuierlich an Einwohnern. Er zählt nur noch 19.500 Einwohner (siehe Abb. 13). Das natürliche Bevölkerungssaldo liegt zwar nach wie vor im positiven Bereich, aber die Wanderungsverluste kann der Kreis nicht mehr auffangen.

⁸² Der zweite Landkreis war der Tabunskij Rayon, ein südöstlich zum DNR Altai gelegener Rayon, der ebenfalls einen hohen Anteil Russlanddeutscher an der Gesamtbevölkerung aufweist.

⁸³ Das Rentenalter in der Russischen Föderation liegt für Frauen bei 55 Jahren, für Männer bei 60 Jahren.

Abb. 13: Entwicklung der Einwohnerzahl des DNR Altai



Quellen: Eigene Darstellung nach

(a) KLAUBE 1996:126, (b) STATISTISCHES AMT ALTAI-KRAI 2001,

(x) KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA, o.J.:7, (y) STATISTISCHES AMT ALTAI-KRAI 2010.

4.4.3 Die Auswanderung der Deutschen im Untersuchungsraum

Der Anteil an russlanddeutscher Bevölkerung⁸⁴ in den Verwaltungsbezirken Slavgorod und Chabary, aus deren Teilen später der DNR Altai hervorging, bestand zur Volkszählung des Jahres 1989 bei annähernd 90 Prozent (KLAUBE 1991:103). In keinem anderen Gebiet Westsibiriens war die Konzentration so hoch. Dieser Anteil hat sich im Zuge der Auswanderungswelle in den vergangenen 20 Jahren erheblich verringert, so dass Schätzungen der Kreisadministration davon ausgehen, dass sich im Jahr 2006 noch annähernd 40 Prozent der Einwohner zu einer deutschen Abstammung bekannten.⁸⁵ Noch deutlicher zeigt sich die Wanderungsdynamik beim Anteil der alteingesessenen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl, der von verschiedenen mündlichen Quellen⁸⁶ auf nur noch 3–5 Prozent geschätzt wird.

Der DNR Altai war für bis zu 60.000 Menschen⁸⁷ nur eine Durchgangsstation und temporäre Wohnstatt auf ihrem Weg nach Deutschland oder zu anderen Migrationszielen. Wenn sich die Bevölkerung in 20 Jahren in quantitativer Hinsicht dreimal komplett austauscht, hat dies unmittelbare Konsequenzen für die Gemeinden, die einen gravierenden Wandel durchlebt haben. Die alte dörfliche Struktur ist zerschlagen, und dies „führt zu einem Ausbluten der russlanddeutschen Dörfer und ihrer Kultur“ (WERNER et al. 1994:24).

⁸⁴ Die Festlegung, wer als volksdeutsch deklariert wurde und wird, enthält ein Element der Zufälligkeit. In der Sowjetunion galt man als „deutsch“, wenn dies im Pass vermerkt war. Bei Kindern aus Mischehen lag die Entscheidung über die ethnische Zugehörigkeit bei den Eltern und wurde nicht selten zu Gunsten der russischen Mehrheitsgesellschaft getroffen. Daher ist bei Statistiken, insbesondere aus sowjetischer Zeit, der Anteil deutscher Abstammung sogar noch höher anzusetzen. Mittlerweile basiert die Angabe der ethnischen Zugehörigkeit auf freiwilliger Basis.

⁸⁵ Siehe Anhang 10 für eine Darstellung der raumzeitlichen Veränderungen.

⁸⁶ Interview mit dem ehemaligen Landrat Josef Bernhardt (16.11.2006) sowie Vertretern der GTZ vor Ort.

⁸⁷ Nach Aussage des Direktors der Stiftung Altai Detlev Pröfrock (4.9.2010).

Die Ausreisegründe der Russlanddeutschen sind vielfältig und nicht auf wenige Faktoren herunterzubrechen. Es sind im Wesentlichen sozialpsychologische Motive, die in der Kombination dahingehend gewirkt haben, dass ein permanent hoher Auswanderungsdruck geherrscht hat durch ein Zusammenwirken von *push- und pull-Faktoren* und niedrigen intervenierenden Hindernissen.⁸⁸ Untersuchungsergebnisse von HELLER et al. (2002) zeigen, dass sich die Aussiedlungsmotive bei (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion grob in zwei Gruppen einteilen lassen und die Grenze mit der politischen Wende um 1990 gezogen werden kann. Während vor dem Jahr 1990 Motive der Familienzusammenführung und der Flucht vor politischer Repression die Hauptmotive bildeten, traten diese später hinter Motive sozialer und wirtschaftlicher Anziehungskraft des Zielandes zurück (HELLER et al. 2002:88).

Die beobachteten Auswanderungsmotive von Russlanddeutschen aus der ehemaligen Sowjetunion lassen sich auch im Untersuchungsraum beobachten. Bei einer Verallgemeinerung der unterschiedlichen Motivationen, die zur Auswanderung führte, lassen sich vier Phasen voneinander unterscheiden:

1. Während der Zeit der Perestroika reiste eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Russlanddeutschen nach Deutschland aus. Bei dieser Gruppe bestand zum Zeitpunkt der Ausreise bereits ein längerfristiger Wanderungswunsch. Aufgrund der rigiden Emigrationspolitik der Sowjetunion wurde eine Emigration aber nur selten gewährt. Diese Russlanddeutschen gaben oft politische Gründe an, aus der Sowjetunion auszureisen, weil sie sich Repressionen, Diskriminierungen o. Ä. ausgesetzt sahen. Bei dieser Gruppe dominierten also die *push-Faktoren* des Herkunftslandes.
2. Die zweite Phase kann in die Zeit des politischen Umbruchs (1989–1991) eingeordnet werden, als der Eiserne Vorhang in Mitteleuropa bereits gefallen war und auch die Machtbasis der KPdSU erodierte. Mit dem sich abzeichnenden Ende der Sowjetunion wuchs bei vielen Minderheiten die Sorge um den zukünftigen Kurs des Landes, insbesondere in der Minderheitenpolitik. Gleichzeitig eröffnete sich die Möglichkeit nach Deutschland auszuwandern.

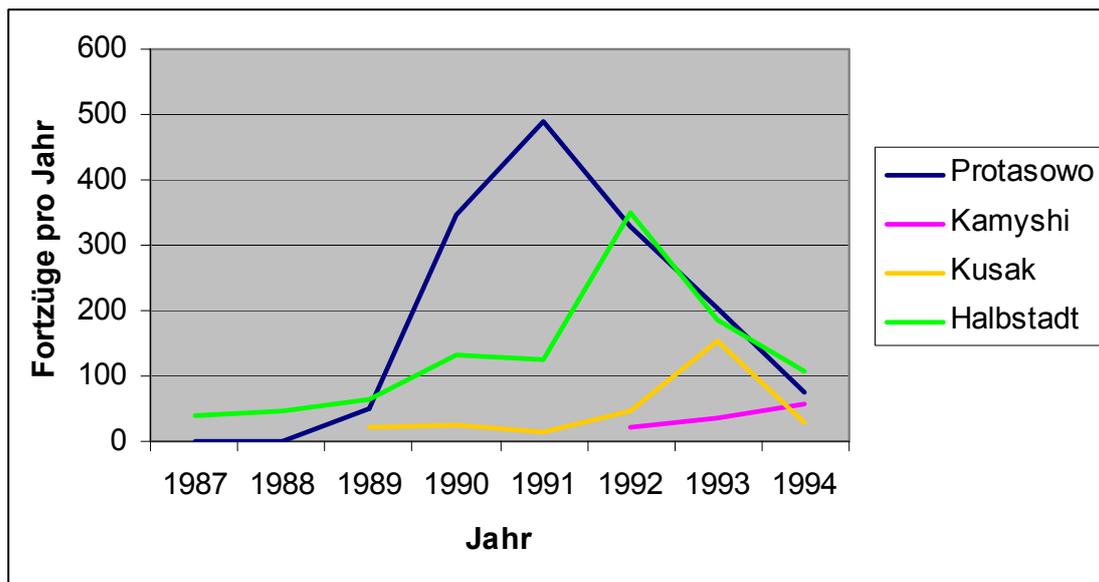
Gläubige der religiösen Minderheit der Mennoniten begannen als erste mit der Auswanderung, motiviert durch das Gefühl gesellschaftlicher Exklusion aus der antikonfessionellen sowjetischen Gesellschaft (KRINDAČ 1997:130). Sie bildeten den eigentlichen Kern der deutschen Emigration, die zuerst in den mennonitisch dominierten Gemeinden Protasowo, Orlowo und Polewoje im Osten des heutigen DNR Altai einsetzte. Ein typisches Charakteristikum der frühen russlanddeutschen Emigration ist das der kollektiven Auswanderung im Verband der Großfamilie. Durch die Konservierung traditioneller dörflicher Strukturen hatte der Fortzug einer Großfamilie unmittelbare Folgen für die Heimatgemeinde und weniger für die Nachbargemeinden. Der Migrationsmechanismus wirkte autonom im Rahmen jeder Siedlung. Als Ergebnis war bis

⁸⁸ Nach LEE (1967) wichtige für den Wanderungsprozess maßgebliche Faktorengruppen, bei der im Ergebnis einzelner Entscheidungsträger abstoßende Kräfte der Herkunftsregion und anziehende Kräfte der Zielregion die Wanderung determinieren, wobei intervenierende Hindernisse (z. B. Einwanderungsgesetze, Transportkosten) in die Entscheidung mit einfließen.

August 1991 lokal eine sehr unterschiedliche Wanderungsdynamik, die für die Gemeinden zwischen 2,5–65 Prozent variierten, festzustellen (ebd.:127) (siehe Abb.14).

Die zweite Auswanderungsphase wurde von religiösen Gemeinschaften dominiert, die sich in der Ausübung ihrer Religion eingeschränkt fühlten. Eine Herabsetzung von Wanderungshindernissen wirkte darüber hinaus als wichtiger *pull-Faktor*.

Abb. 14: Unterschiedliche Dynamik des Emigrationsprozesses von Russlanddeutschen in ausgewählten Gemeinden des DNR Altai (1987–1994)



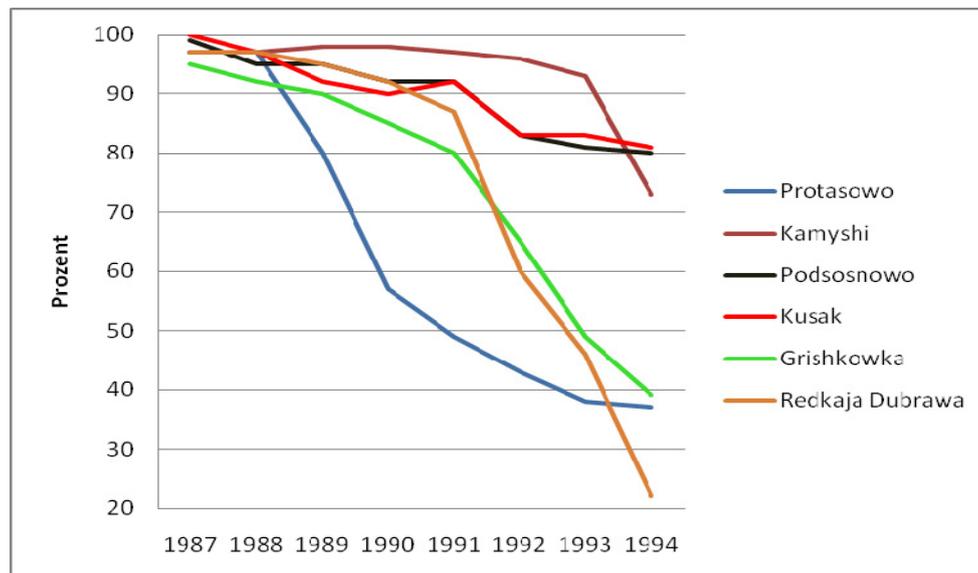
Quelle: Eigene Darstellung nach unveröffentlichten Daten der Administration des DNR Altai.

- Die dritte Auswanderungsphase fällt in die Mitte bis zum Ende der 90er Jahre, als etwa 17.000 Russlanddeutsche den DNR Altai verließen (ZEITUNG FÜR DICH 28/2001:7), davon etwa 70 Prozent der alteingesessenen Bevölkerung. Die Dimensionen der Emigration stehen für ein weiteres Charakteristikum russlanddeutscher Wanderung: das Phänomen ausgeprägter Kettenwanderung, bei der zunächst Pioniere in die Zielregion übersiedeln, um anschließend den Rest der Gemeinschaft (Familie, Kirchgemeinde, Dorfgemeinde) mit in das Zielland zu lotsen. Überwiegend junge Menschen zog es zunächst nach Deutschland, weil bei ihnen der Wunsch nach einer besseren Zukunftsperspektive im Vordergrund stand. Bei den Älteren hatte meist die Familienzusammenführung Priorität und so folgten die Eltern den Kindern und die Großeltern den Eltern (WERNER et al. 1994:24).

Während dieser Phase gab es eine Vielzahl von *push-* und *pull-Faktoren*, die auf die Menschen eingewirkt haben und die Ausreise motivierten. Wie weiter oben bereits erwähnt, war die Umbruchphase der Transformation mit einem sinkenden Lebensstandard und einer ungewissen Zukunftsperspektive in der RF verbunden. Die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen und einem pessimistischen Russlandbild paarten sich mit einer positiv verzerrten Wahrnehmung Deutschlands als Zielland mit seinen

stabilen Lebensbedingungen und den „unbegrenzten Möglichkeiten“. Gleichzeitig wirkte weiterhin die Aussicht auf Wiedervereinigung familiärer Strukturen als ein Migrationskatalysator. Von deutscher Seite gab es weiterhin nur geringe Aufnahmebeschränkungen, die erst im Laufe der 90er Jahre erhöht wurden.⁸⁹ Aus sozialpsychologischer Sicht war die Emigration der dritten Phase wohl am ehesten aus materiellen und wirtschaftlichen Gründen motiviert. Es ist anzunehmen, dass die materiellen Anreize Deutschlands zwar eine starke Sogwirkung ausübten, aber dennoch nicht automatisch ausreichten, um die Russlanddeutschen zur Wanderung zu bewegen. Erst der Niedergang der russländischen Wirtschaft überzeugte schlussendlich viele davon, nach Deutschland auszureisen. Gegen Mitte der 90er Jahre kann zudem von einer zunehmenden Überfremdung der Dorfstruktur ausgegangen werden, die vor allen Dingen Alteingesessene zur Ausreise bewegt haben.

Abb. 15: Anteil deutscher Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Gemeinden des DNR Altai (1987–1994)



Quelle: Eigene Darstellung nach unveröffentlichten Daten der Gemeindeverwaltungen des DNR Altai.

4. Während der vierten Phase, die um die Jahrtausendwende einsetzte, ist ein Absinken der Emigranten mit dem Ziel Deutschland zu beobachten. Dies hängt unter anderem mit erhöhten Einreisehindernissen des Ziellandes zusammen. Gleichzeitig beginnt sich das positive Zerrbild Deutschlands allmählich zu relativieren, nachdem viele Ausgereiste von Integrationsproblemen in den Arbeitsmarkt und in die deutsche Gesellschaft berichteten. Als Ergebnis vollzog sich eine zahlenmäßig kleine, aber dennoch stete Remigrationsbewegung. Die Kreisverwaltung des DNR Altai hat für den Zeitraum

⁸⁹ Mehr Informationen in Kapitel 5.

2002–2005 den Rückzug von 84 Menschen (28 Familien) erfasst.⁹⁰ Dennoch nimmt sich diese Zahl weiterhin klein aus im Verhältnis zu den nach Deutschland ausgewanderten Personen im gleichen Zeitraum (2.037 Menschen – 509 Familien). Der Hauptgrund, der auch in vielen Gesprächen genannt wurde, ist die fehlende berufliche Perspektive für die Kinder der Auswanderer. Außerdem blieb der Wunsch nach sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit weiter dominant (GTZ 2003:4).

Die vierte und letzte Ausreisewelle der Deutschen kann als abgeschlossen bezeichnet werden, nachdem Übersiedelungen nach Deutschland aufgrund der strengen Aufnahmekriterien kaum noch vorkommen. Von der ursprünglichen Bevölkerung des DNR Altai übrig geblieben sind vor allen Dingen Pensionäre, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr umsiedeln wollten, und gemischte Familien, bei denen ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist. Ebenfalls geblieben ist die zahlenmäßig sehr kleine Schicht an Personen in leitenden Spitzenpositionen der Verwaltung und der Wirtschaft. Für sie bestand häufig kein ökonomischer Abwanderungsdruck und/oder Verlustangst des sozialen Status‘.

Ein Rückgang der Ausreisenden nach Deutschland implizierte dennoch kein Abflauen der Wanderungsdynamik im Allgemeinen. Insgesamt sind im Zeitraum 1991–2006 11.754 Menschen (rund die Hälfte der gesamten Bevölkerung) in den Rayon gewandert, die anschließend den Wohnort wieder gewechselt haben⁹¹. Wie schon angedeutet, kamen die meisten Immigranten aus den zentralasiatischen Republiken (bis 2006 rund 14.000 Menschen) oder aus anderen Regionen Russlands (8.800 Menschen). Viele von ihnen blieben aufgrund mangelnder Perspektiven nur vorübergehend in Westsibirien. Zudem waren sie bereits entwurzelt, und die Wanderungshemmnisse waren gering (WERNER et al.1994:25).

Zusammengefasst lässt sich der Komplex Demographie wie folgt subsumieren: Die Entwicklung des DNR Altai verlief während der Transformationsphase untypisch zu den regionalen und nationalen Trends. Bis zur Jahrtausendwende steigerte der Rayon seine Bevölkerungszahl sukzessive, was auf hohe Wanderungsgewinne aber auch ein positives natürliches Bevölkerungssaldo zurückzuführen war. Die hohen Verluste durch die Auswanderung der überwiegend russischdeutschen Bevölkerung wurden quantitativ vollständig ausgeglichen – so konnte auch der latenten Überalterung der Region entgegengewirkt werden, da überwiegend junge Menschen in den Rayon zogen. In den letzten Jahren gab es jedoch eine Trendumkehr und der Kreis verliert seit etwa fünf Jahren kontinuierlich an Einwohnern durch Wanderungsverluste. Während die deutsche Auswanderung zahlenmäßig kompensiert wurde, ist der qualitative Verlust, der eine Beseitigung der traditionellen Strukturen zur Folge hatte, in seiner Tragweite für die soziale und wirtschaftliche Sphäre als sehr hoch zu bewerten.

⁹⁰ Nach Informationen des ehemaligen Landrats J. Bernhardt gäbe es noch wesentlich mehr Remigranten, wenn viele nicht finanzielle Verpflichtungen in Deutschland (z. B. Rückzahlung von Krediten) nachkommen müssten. Nach Angaben der ZfD (28/2001) kehrten zwischen 1996–2001 insgesamt 127 Einwohner in den DNR-Altai zurück.

⁹¹ Nach unveröffentlichten Statistiken der Administration des DNR-Altai 2006.

5 Das bundesdeutsche Engagement im DNR Altai

In der vorangegangenen Analyse der Transformationsprozesse des DNR Altai wurde auf die Bedeutung der bundesdeutschen Beteiligung bereits vermehrt hingewiesen. Unbetrachtet blieb hingegen bislang, auf welche Motivation dieses Engagement für den DNR Altai zurückzuführen ist, welche Institutionen involviert sind und welcher strategische Ansatz seit Beginn der Förderperiode die Grundlage für die Arbeit vor Ort bildet. Bezugnehmend auf die bereits analysierten lokalen Transformationsprozesse soll anschließend die Frage diskutiert werden, wie die bundesdeutschen Bemühungen der vergangenen zwei Jahrzehnte insgesamt zu bewerten sind. Der Zeitpunkt eines Resümees scheint günstig gewählt in Anbetracht dessen, dass sich die deutschen Institutionen schrittweise aus ihrer Verantwortung zurückziehen und auf absehbare Zeit die „Vor-Ort-Betreuung“ einstellen wird.

5.1 Rechtliche Grundlagen und Legitimierung bundesdeutscher Initiative

Bereits acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde mit der Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) die rechtliche Grundlage für die Regelung zur Förderung der Russlanddeutschen außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland gelegt. Es erkennt grundsätzlich die Volkszugehörigkeit der Russlanddeutschen als deutsche Volkszugehörige nach Artikel 116 GG⁹² an. Somit hatten sogenannte „Aussiedler“ jederzeit das Recht, nach Deutschland auszureisen, wenn nachweisbar Repressionen oder Benachteiligungen, die auf deutsche Abstammung zurückführten, entstanden waren, man selbst bzw. nahe Anverwandte Opfer von Deportationen wurden oder man Deutscher nach Art. 116 GG war. Während der Phase restriktiver Ausreisepolitik der Sowjetunion, wurde allen Anträgen zur Einreise nach Deutschland in der Regel stattgegeben.

Die Situation änderte sich schlagartig, als die Ausreisekriterien für Russlanddeutsche gegen Ende der 80er-Jahre gelockert wurden und daraufhin eine Migrationswelle einsetzte, deren Umfang sowohl von deutscher als auch von russischer Seite mit Sorge betrachtet wurde. Als Reaktion auf den ungebremsten Zuzug von Aussiedlern aus den Ländern Osteuropas⁹³ zog der deutsche Gesetzgeber Konsequenzen: Zunächst wurde mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990 ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt, womit der Ausreise eine behördliche Prüfung vorausgehen musste. Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG), das zum 1. Januar 1993 in Kraft trat, wurden die Aufnahmekriterien grundlegend neu geregelt. Es erfolgte eine Kontingentierung des Aussiedler-

⁹² Art. 116 GG; Abs. 1: Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

⁹³ Spätaussiedler kamen etwa zu 50 Prozent aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion – weitere Emigrationsländer waren v. a. Polen und Rumänien.

zuzugs sowie eine Umkehrung der Beweislast: Der Antragsteller, der nun formaljuristisch als „Spätaussiedler“ galt, musste glaubhaft machen, dass er beginnend mit dem 31.12.1992 oder danach Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen aufgrund deutscher Volkszugehörigkeit ausgesetzt war (§4 Abs.2 BVFG). Zuvor lag die Beweislast bei der zuständigen Bundesbehörde, die den Antrag auf Prüfung des Einzelfalles verweigern konnte. Außerdem wurden neue Regeln zur deutschen Volkszugehörigkeit (§6 KfbG) festgelegt und eine Zusage des Aufnahmeantrags an die Kenntnisse der deutschen Sprache des Antragstellers geknüpft.⁹⁴

Während die Novellierung des Gesetzwerkes ausschließlich restriktive Charakterzüge annahm, wollte man auch positive Anreize im Herkunftsland schaffen, die den Wegzug eindämmen sowie die „Bleibewilligkeit der Angehörigen der deutschen Minderheit“ erhöhen sollte (zit. nach BMI 2010). Dabei identifizierte man gezielt die Gruppe Unentschlossener:

Nach wie vor ist davon auszugehen, dass es neben einem Teil der Russlanddeutschen, der auf jeden Fall ausreisen wird, und einem anderen Teil, der seine Heimat unter keinen Umständen verlassen wird, einen dritten Teil gibt, der noch abwartet, ob sich in der angestammten Heimat Zukunftsperspektiven ergeben. (zit. nach BT-Drucksache 12/2098,1992:Frage79)

In Abstimmung mit den wichtigsten russlanddeutschen Interessengruppen wurden Zukunftsperspektiven eruiert, von denen man annahm, dass sie eine ernsthafte Ausreisearchernative darstellen würden. Fördermaßnahmen für die Russlanddeutschen sind offiziell seit 1990 mit dem Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der BRD und der UdSSR möglich geworden. In Absatz 15 werden die Bemühungen unterstrichen, die Russlanddeutschen bei der Entfaltung ihrer nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität zu unterstützen (HILKES 1996:163). Nachdem zunächst die sprachliche und kulturelle Förderung im Vordergrund stand, hatte nach dem Ende der Sowjetunion die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen oberste Priorität. Zu diesem Zweck wurde eine „Deutsch-Russische Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen“ ins Leben gerufen, die mit ranghohen bilateralen Vertretern und Repräsentanten der Russlanddeutschen seit 1992 fast jährlich zusammentritt, um Maßnahmen zur Erhaltung russlanddeutscher Kultur zu koordinieren. Nachdem der Widerstand gegen eine Wiedererrichtung der Republik der Wolgadeutschen anwuchs, konzentrierte man sich zunehmend auf die beiden neu entstandenen nationalen Rayons, die im Altaigebiet und in der Nähe von Omsk entstanden waren.

Zukünftige bundesdeutsche Fördermaßnahmen in Russland werden sich allein durch die Anwesenheit von Russlanddeutschen in den Fördergebieten legitimieren müssen. Der ursprüngliche Impetus der Schaffung einer Lebensalternative in Russland ist kaum noch gegeben, da nur noch ein Bruchteil von Aussiedlern im Vergleich zu den frühen 90er Jahren nach Deutschland zuzieht.⁹⁵ Die kritische Masse, die für oder gegen eine Förderung auf russländischem Territorium entscheidet, ist dabei nicht genau quantifizierbar, aber es

⁹⁴ Diese Anforderungen wurden nach 1993 noch schrittweise erhöht und auf mitziehende Ehegatten ausgeweitet.

⁹⁵ Im Jahr 2008 waren es 4.301 Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen. Im Jahr 1994 wurde ein Maximum von 213.214 Zuzügen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gezählt.

hat sich gezeigt, dass so genannte „Siedlungsschwerpunkte“ und deren Nachbargebiete eindeutig Zielgebiete der Maßnahmen waren. In Anbetracht geringerer Deutschkenntnisse, zurückgehender Assimilierungsprozesse sowie der Abschaffung der Registrierung der ethnischen Zugehörigkeit im Pass, wie es in der Sowjetunion üblich war, bleibt zu beobachten, in welchem Maße sich Bürger der Russländischen Föderation zur deutschen Volkszugehörigkeit bekennen⁹⁶, wenn dies nicht mehr mit möglichen persönlichen Vorteilen verbunden sein wird. Dies gilt vor allen Dingen für die nach dem Jahr 1992 Geborenen: Sie können keinen Ausreiseantrag mehr stellen, selbst wenn sie sich zur deutschen Ethnie bekennen. Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung (Beginn Oktober 2010), in der die ethnische Zugehörigkeit erfasst wird, werden Hinweise darauf geben und politische Signale für die deutsch-russische Regierungskommission senden, wie die deutsche Seite ihr Engagement in Russland zukünftig gestalten und rechtfertigen wird.

5.2 Beteiligte Institutionen und Strategieansätze

Die Übersicht über die fördernden Institutionen, die an der Erhaltung russlanddeutscher Kultur auf dem Gebiet der GUS beteiligt waren, ist vielfältig und teilweise unübersichtlich. In der Bildungs- und Kulturarbeit sowie der allgemeinen Kultur- und Spracharbeit waren vor allem das „Goethe-Institut“, der „Deutsche Akademische Austauschdienst“ (DAAD), „Inter Nations“ sowie die „Zentralstelle für das Auslandsschulwesen“ aktiv. Mit der Durchführung der humanitären Unterstützung und der Wirtschafts- und Gewerbeförderung, des Wohnungsbaus u.a. wurden zudem sehr verschiedene Institutionen unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern (BMI) sowie des Auswärtigen Amtes (AA) beauftragt⁹⁷. Dieser Abschnitt konzentriert sich ausschließlich auf jene Organisationen, die als Projektträger von den Bundesministerien mit der Hilfe vor Ort beauftragt wurden.

Während der Anfangsphase von 1991 bis 1993 zeigte sich der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA)⁹⁸ als Auftragnehmer des BMI für die Durchführung der Maßnahmen vor Ort verantwortlich. Diese Phase war dominiert von der Sicherstellung der Versorgung mit Konsum- und Hilfsgütern, dem Bau von Notunterkünften für russlanddeutsche Migranten aus den instabilen zentralasiatischen Republiken und dem Aufbau der Verwaltung in den beiden deutschen Rayons. Zudem begann man damit, massiv in den Ausbau der Infrastruktur und die Wirtschaftsförderung zu investieren. Im DNR Altai flossen allein in den ersten fünf Jahren 50 Mio. DM (KLAUBE 1996:114), die in die Erneuerung der Straßen, des Kommunikationsnetzes und in den Bau von landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetrieben investiert wurden. Der VDA verfolgte bei der Wirtschaftsförderung keinen strategischen Ansatz, der in einem übergeordneten, strukturpolitischen Handlungsrahmen fixiert war. Man aktivierte die wenigen bestehenden Kontakte, die im Rayon existierten,

⁹⁶ Die Angabe ethnischer Zugehörigkeit erfolgt heutzutage auf freiwilliger Basis bei der Volkszählung. Im Pass ist der Vermerk der Ethnie entfernt worden.

⁹⁷ Oberster Repräsentant ist der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, der auf der Ebene der Parlamentarischen Staatssekretäre angesiedelt ist. Seit dem 1. Februar 2006 bekleidet der Bundestagsabgeordnete Dr. Christoph Bergner (CDU) diese Position.

⁹⁸ Mittlerweile „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.“.

und förderte Maßnahmen, die sich am Bedarf der Kolchosen orientierten und schnelle, vorzeigbare Ergebnisse versprachen. Vor diesem Hintergrund ist der Bau der zwei Molkeereien / Käsereien, der Getreidemühle und der Schlachtereie zu sehen: Da die landwirtschaftlichen Rohstoffe außerhalb des DNR Altai verarbeitet wurden, erhoffte man sich dadurch, die Einnahmen aus der Rohstoffveredelung im Kreis zu halten und in die Reinvestition der Kolchosen zu stecken.

Bereits nach wenigen Jahren äußerte sich massive Kritik dahingehend, dass die eingesetzten Mittel nicht bei den Russlanddeutschen ankamen oder ineffektiv eingesetzt wurden (DER SPIEGEL 19/1993: 47-56; KLAUBE 1994). Bei Überprüfungen des Rechnungshofes wurden schwere Verfahrensfehler festgestellt (fehlende Projektausschreibung, mangelnde Kontrolle, wahrheitswidrige Abrechnungen, u. a.), die aber vom damaligen Staatssekretär für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt (CDU), gedeckelt wurden (VON KROSIGK 1997). Mehr als 200 Mio. DM wurden dem VDA für die Förderung in den GUS-Staaten anvertraut – zehn Prozent davon verschwanden spurlos (ebd.). Da sich der VDA im baulichen und wirtschaftsfördernden Bereich als „ungeeignet erwiesen hatte“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 1996), wurde ihm daraufhin das Betreuungsmonopol entzogen und die Verantwortung der „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ)⁹⁹ übereignet. Diese sorgte zunächst im institutionellen Bereich für Neuerungen. Zum einen konstituierte sich die „*Entwicklungsgesellschaft Halbstadt GmbH*“ (EGH), die als lokaler Projektträger mit der Koordinierung und Analysierung der Förderhilfen beauftragt wurde.¹⁰⁰ Zum anderen wiederbelebte die GTZ die bereits vor der Einrichtung des Rayons gegründete Organisation der *Brücke GmbH*, die die elf Kolchosen sowie die Verarbeitungsbetriebe zu einer *Agrar-Holding* vereinigte. Die Fördermaßnahmen wurden darüber hinaus auf diejenigen Rayons im Altai-Krai ausgeweitet, die ebenfalls über eine signifikante Anzahl an Russlanddeutschen verfügten.¹⁰¹

Nach dem VDA-Desaster und der kritischen Prüfung der bestehenden Projekte beschloss das Feder führende BMI außerdem, dass „Infrastrukturmaßnahmen und investive Großprojekte im Bereich der Wirtschaft und Landwirtschaft nicht mehr durchgeführt werden“ (zit. nach BMI 2010). Daher veränderte sich ab Mitte der 90er Jahre der Tätigkeitsschwerpunkt der EGH, die sich stärker auf die kulturelle Arbeit und die Erhaltung russlanddeutscher Identität konzentrierte. In den insgesamt neun Arbeitsfeldern (AF) spiegelte sich die strategische Neuausrichtung zwischen 1993–2005 wider:

- AF1: Arbeit an Begegnungsstätten,
- AF2: Arbeit mit der Jugend,
- AF3: Außerschulischer Deutschunterricht,
- AF4: Unterstützung der Selbstorganisation,
- AF5: Wirtschaftliche Hilfen und Wohnraumbereitstellung,
- AF6: Beschäftigungshilfe, Aus- und Fortbildung,

⁹⁹ Mittlerweile Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH.

¹⁰⁰ Zuvor wickelte der VDA alles über technische Zentren und Filialen in Moskau, Saratow, Omsk und Barnaul ab.

¹⁰¹ Diese konzentrieren sich im Westen sowie in Nordwesten des Altai-Krai.

- AF7: Hilfen im humanitären und sozialen Bereich,
- AF8: Partnerschaften,
- AF9: Eigentumsübertragung, Privatisierung und Rückflussmittel.

Darüber hinaus verringerten sich die Fördermittel, die die Bundesministerien zur Entwicklung der Russlanddeutschen im Altai zur Verfügung stellten. Während im Jahr 1995 noch umgerechnet 10 Mio. Euro an die EGH flossen (aus ZEITUNG FÜR DICH, 6/1995), betrug die Förderung im Jahr 2004 nur noch knapp 1,5 Mio. Euro bei weiter fallender Tendenz (GTZ 2005). Durch die Sachzwänge begründet, kam es zu einer Konzentrierung der Förderlandschaft (thematisch und geographisch). Die EGH drängte bei den Begegnungsstätten, in denen sich die kulturelle Arbeit konzentrierte (Arbeitsfelder 1–3), auf mehr Eigeninitiative bei der Beschaffung von Drittmitteln, auf nachfrageorientiertere Arbeit und auf die Öffnung zu anderen Zielgruppen, um gemeinschaftsfördernde Strukturen und Netzwerke zu bilden (GTZ 2005). Generell richtete sich die Förderwürdigkeit von Projekten immer stärker nach dem Fokus der Refinanzierbarkeit. Da dies im Bereich der Kultur- und Sprachförderung schwer zu realisieren ist¹⁰², wendete die EGH einen großen Teil des Budgets für das Arbeitsfeld Wohnraumbereitstellung auf. In der eigens dafür gegründeten „Wohnungssiedlungsgesellschaft Halbstadt“ (WSGH), die den Ankauf, Bau, Vermietung und Verkauf von Wohnungen koordiniert, werden Rückflussmittel von jährlich 140–195 Tausend Euro erwirtschaftet.¹⁰³ Eine weitere Einkommensquelle sind die Rückflussmittel aus Krediten, die an die Gesellschafter der *Brücke GmbH* vergeben wurden und Darlehensrückzahlungen von Kleinunternehmen und individuellen Hauswirtschaften.

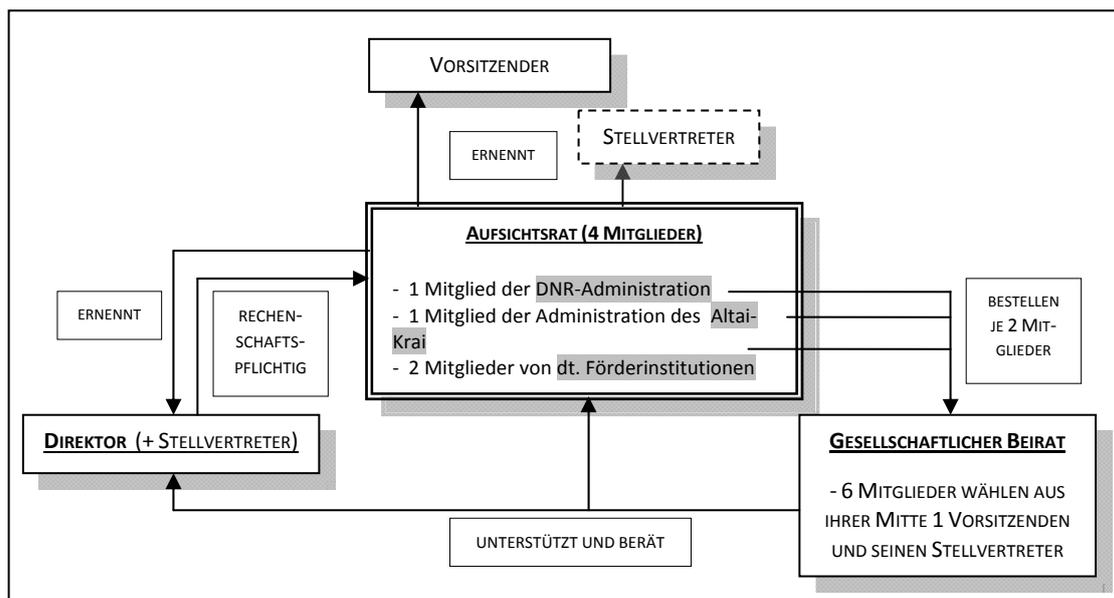
Im Jahr 2005 fand die letzte große Reform des institutionellen Förderrahmens mit dem Übergang der EGH in die neue Organisationsform der „Stiftung Altai“ statt (russ.: *„fond poderzki rossijskich nemcev Altai“*). Die Stiftung ist nach russischen Rechtsvorschriften eine freiwillige nichtkommerzielle Organisation und repräsentiert damit den letzten Schritt eines Integrationsprozesses deutscher Förderinstitutionen in die lokale/regionale Verwaltung. Die geänderte Form verbindet mehrere Vorteile miteinander:

1. Sie kann die vorhandenen materiellen und finanziellen Ressourcen der EGH und der Tochtergesellschaft WSGH weiter nutzen. Ausstehende Verbindlichkeiten der *Brücke GmbH* gegenüber der EGH gehen in die Stiftung Altai über.
2. Sie kann im Rahmen der Organisationsform revolvierende Sachfonds aufbauen.
3. Sie kann kommerziell tätig werden und die Erlöse für die Satzungsziele der Stiftung verwenden.
4. Sie kann Drittmittel beschaffen.

¹⁰² Die Bereitschaft der Klienten für derartige Dienstleistungen selbst symbolische Beträge zu bezahlen, hat sich in der Praxis als sehr niedrig erwiesen. Nur 40 Prozent der Begegnungsstätten erwirtschafteten im Jahr 2003 überhaupt Einnahmen (GTZ 2003:7).

¹⁰³ STIFTUNG ALTAI (o. J.): „Entwicklungsperspektiven der Stiftung ‚Altai‘“; unveröffentlichtes Diskussionspapier. 6 S.

Abb. 16: Organisationsstruktur der „Stiftung Altai“



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Ziele haben sich kaum verändert: Die Stiftung fördert weiterhin „die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Russlanddeutschen (...) unter Wahrung ihres Ethnos.“ (zit. nach SATZUNG PUNKT 3.1). Dabei verfolgt sie zwar keinerlei politische Ziele (ebd. PUNKT 2.2), sendet dafür aber politische Signale durch die Besonderheit in der Organisationsstruktur aus (siehe Abb. 16). Im Aufsichtsrat der Stiftung, der das wichtigste Gremium darstellt, setzen sich die Mitglieder aus lokalen und regionalen Vertretern der Politik sowie Repräsentanten des deutschen Projektträgers zusammen. Somit wurde eine trilaterale Institution auf lokaler Ebene geschaffen, die politische Akteure stärker integriert und Entscheidungen besser aufeinander abstimmt. Der Aufsichtsrat entscheidet je nach Themenfeld einstimmig über wesentliche Handlungsfelder des Fonds. Der Stiftungsdirektor ist dabei das Exekutivorgan der Stiftung, der die Geschäfte leitet und sie nach außen vertritt.

5.3 Deutsche Förderung im DNR Altai – Bilanz und Aussicht

Mit dem spürbaren Rückgang von Spätaussiedlern, die nach Deutschland auswanderten, und der ebenfalls kleiner werdenden Menge an Russlanddeutschen im DNR Altai war eine gleichbleibend hohe Fördermenge durch die Bundesministerien, wie zu Beginn der 90er Jahre, nicht mehr legitimierbar. Seitdem 1995 der Förderhöchststand erreicht wurde, verringert sich das Budget zur Realisierung der Förderziele jährlich. Die Finanzierung der Maßnahmen bis zum Jahr 2011 ist gesichert – darüber hinaus wird sich die „Stiftung Altai“ durch Eigenfinanzierung tragen müssen. Somit wird nach gut 20 Jahren die lokale Präsenz deutscher Förderinstitutionen enden und Strukturen hinterlassen, von denen sich nur ein Teil als tragfähig erwiesen hat.

Gemessen an der Zielvorgabe der Bundesregierung, mit denen die Fördersummen zu Beginn der 1990er Jahre legitimiert wurden – die Realisierung einer Lebensalternative für Russlanddeutsche auf dem Gebiet der GUS – , ist das Fördervorhaben an seinem Anspruch gescheitert, in Anbetracht der geringen Zahl der verbliebenen, genuinen Bevölkerung (KLAUBE 1994:74). Man täte den deutschen Förderorganisationen jedoch Unrecht, wenn man sie allein an diesem Kriterium messen würde, denn die Arbeitsfelder decken eine Reihe von Themen ab, die sich längst von dem Ziel der bloßen „Ausreisealternative“ emanzipiert haben.

Die Fördermaßnahmen fanden zu Beginn unter schwierigen ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen statt, da man nicht auf leistungsfähige Netzwerke zurückgreifen konnte. Dennoch waren der VDA und die GTZ während der ersten Jahre durch den Ausbau der technischen Infrastruktur, insbesondere Straßen, durch ein Wohnungsförderungsprogramm, den Bau des Kreiskrankenhauses sowie die Bereitstellung von Medikamenten, Konsum- und Hilfsgütern unmittelbar an der schnellen Verbesserung der Lebensqualität vor Ort beteiligt. Im kulturellen Bereich half man dabei, ein Netzwerk von Begegnungsstätten aufzubauen, das den Russlanddeutschen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg einen Anlaufpunkt bot, um russlanddeutsche Kultur aktiv und öffentlich mitzugestalten. Die große Anzahl regional aktiver, traditioneller Musik- und Tanzensembles legt Zeugnis davon ab. Durch den Austausch von Experten, durch Weiterbildungsmaßnahmen und Sprachförderung wurden den Begünstigten neue Berufs- und Lebensalternativen ermöglicht.

Trotz einer Reihe positiver Ergebnisse muss angesichts des Gesamtfördervolumens¹⁰⁴ die Frage nach nachhaltigen, langfristigen Strukturen gestellt werden. Die Abwesenheit eines strategischen, strukturpolitischen Ansatzes bei der Wirtschaftsförderung und die anschließende Investition in überdimensionierte Prestigeprojekte zu Beginn der 90er Jahre haben sich langfristig als nicht effizient herausgestellt. Lediglich der Schlachtbetrieb, der in Halbstadt gebaut wurde, hat sich dank der vielen lokalen Kleinproduzenten als tragfähig erwiesen. Die Molkerei in Grischkowka, die ebenfalls wirtschaftlich arbeitet, wird noch von den bestehenden, angrenzenden Kolchosen beliefert; jedoch stellt sich auch hier die Frage nach deren Überlebensdauer, da man in naher Zukunft mit einer Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur rechnen muss. Bei einer Kritik der Strategie der Wirtschaftsförderung darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass in den 90er Jahren kaum eine Alternative zur Unterstützung der Kolchosen bestand: Die rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen für die private *Fermerwirtschaft* waren unvollkommen und der wirtschaftliche Niedergang der Kolchosen hätte Tausende von Kolchosmitarbeitern freigesetzt, die vorzeitig nach Deutschland abgewandert wären. Dennoch hat das frühzeitige Bekenntnis der deutschen Seite für den Erhalt der großbetrieblichen Strukturen dafür gesorgt, dass eine Restrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors gebremst und eine Entwicklung privater Farmwirtschaften unterbunden wurde. Notwendige Innovationen, vor allen Dingen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes, bleiben dadurch aus, denn wer kein Bodeneigentümer ist und ihn nur als Angestellter be-

¹⁰⁴ Nach eigenen Schätzungen auf Basis von Extrapolation müssen mindestens 50 Mio. Euro an Fördermitteln über den Gesamtförderzeitraum von 19 Jahren geflossen sein.

arbeitet, kann keinen verantwortungsvollen, nachhaltigen Umgang mit der Ressource Boden entwickeln (BRUISCH 2007:8).

Die EGH hat durch die Vergabe von Darlehen und Überbrückungskrediten an private Hauswirtschaften, an das lokale Kleingewerbe sowie an die Gesellschaftsteile der *Brücke GmbH* für relative wirtschaftliche Stabilität in einer Zeit gesorgt, in der das russländische Bankensystem keine oder überteuerte Kredite für Kleinunternehmer und landwirtschaftliche Großbetriebe bereit hielt. Noch heute werden Darlehen von der Stiftung an die *Brücke-Holding* ausgegeben, um Arbeitsplätze und Absatzmöglichkeiten für die individuellen Hauswirtschaften in der Region zu sichern. Letztere sind es, „die zur Erhaltung einer ‚Grundstabilität‘ in der Region beitragen“, wie es in einem Diskussionspapier der „Stiftung Altai“ heißt (o.J.:3). In der Vergangenheit mussten Kredite in diversen Fällen abgeschrieben werden, doch hat sich mittlerweile ein Lernprozess vollzogen. Anleihen werden durch die Stiftung Altai nur noch bei entsprechenden Sicherheiten vergeben bzw. das Risiko muss möglichst minimal bleiben. Chronisch unrentable Gesellschaftsteile der *Brücke GmbH* wurden veräußert. Dies folgt dem Makrotrend der Stiftung sich vollständig auf die rentablen Bestandteile der Organisation zu konzentrieren, anstatt den Bestand unter allen Umständen zu halten.

Mit der Gründung der „Stiftung Altai“ ist die klare Absicht der GTZ zu erkennen, die vor Ort geschaffenen Strukturen in die Hände lokaler Akteure zu übergeben und sich unabhängig von deutschen Mittelzuflüssen zu machen. Mit dem derzeitigen Stiftungsvermögen und den Rückflussmitteln aus Veräußerungen, die auf 15 Jahre in Raten in die Stiftung eingehen werden, wurde ein Zeitpuffer geschaffen, da man bis zum Jahr 2025 weitere regelmäßige Einkommensquellen beziehen wird.

Während im Bereich der Wirtschaft und Gewerbeförderung der Fokus auf die Refinanzierung gerichtet ist, kann sich der Erfolg der Kultur- und Sprachenarbeit sowie der Fortbildungsmaßnahmen schwer in wirtschaftlichen Bilanzen messen. Es zeigte sich, dass die Ergebnisse dieser Tätigkeiten zwiespältig waren: Die beliebten Fortbildungsmaßnahmen und Sprachkurse¹⁰⁵ halfen der russlanddeutschen Bevölkerung zweifellos dabei, ihre beruflichen Chancen und schlussendlich ihre Lebenssituation zu verbessern. Allerdings hat sich gezeigt, dass viele die Weiterbildungsmaßnahmen als Vorbereitung für den Sprachtest der Einreise nach Deutschland bzw. für die Arbeitssuche in anderen russischen Regionen genutzt haben. Somit waren die Bildungsinvestitionen zwar hilfreich für die Bevölkerung, jedoch kontraproduktiv für die Region. Der zukünftige Bestand der Breitenarbeit und der Begegnungsstätten wird weiter von Mittelzuflüssen abhängen, da Kulturarbeit schwer selbst zu finanzieren ist. Im Gegensatz zur Wirtschaftsförderung ist es jedoch möglich, dass, ähnlich wie bei der Unterstützung deutscher Minderheiten im Inland, weiter Budgets zur Kulturpflege über beauftragte Institutionen vom BMI oder dem AA bereitgestellt werden.

Stellt sich abschließend die Frage nach der Langlebigkeit der geschaffenen politischen Institutionen. Mit deutscher Hilfe wurden die Kreisadministration und (im letzten Stadium) die „Stiftung Altai“ nebst Tochtergesellschaften geschaffen. Während erstere die unterste

¹⁰⁵ Die Sprachkurse wurden zwischen 1996 und 2004 von mehr als 31.000 Menschen besucht (GTZ 2004).

Verwaltungsebene der Föderation darstellt und eher bedeutungslos ist, bildet letztere eine Organisation, die aufgrund ihrer Tätigkeitsfelder, des Sachvermögens und der strukturellen Einbindung regionaler politischer Vertreter eine große Strahlkraft für die Nord-West-Region des Altai-Krai ausübt.¹⁰⁶ Die Voraussetzungen für eine selbsttragende, nachhaltige Organisation sind geschaffen, aber es ist noch zu früh für Prognosen, da einige Herausforderungen gemeistert werden müssen: Erstens muss sich die Stiftung nach dem Ende des deutschen Engagements wahrscheinlich neu strukturieren. Denn die zukünftige Einbindung der GTZ in die Organisationsstruktur ist fraglich, da das BMI die zunehmende Eigenverantwortung der russlanddeutschen Selbstorganisation stärken will. Zweitens werden die Veränderungen der landwirtschaftlichen Struktur Auswirkungen auf die Brücke-Holding haben, deren Teilhaber die „Stiftung Altai“ seit 2008 ist. Der Verkauf unrentabler Gesellschaftsteile darf jedoch nicht zum Geschäftsmodell werden, da sich das Stiftungsvermögen sonst zu sehr verringert, um ausreichend Rückflussmittel zu generieren. Drittens müssen die in der Entwicklung eingesetzten Mittel Profite abwerfen, denn die Stiftung soll in Zukunft eigene administrative Kosten stemmen und in die eigene Entwicklung reinvestieren können. Fehlinvestitionen können für den Fortbestand entscheidend sein. Viertens müssen neue Quellen der Drittmittelbeschaffung in Russland, Deutschland oder international fördernden Institutionen gefunden werden. Dazu wird es, fünftens, qualifizierte Mitarbeiter in der Stiftung brauchen, die fähig sind, Anforderungsprofile des modernen Stiftungswesens zu erfüllen. Einige strategische Entscheidungen in naher Zukunft werden daher richtungweisend sein.

¹⁰⁶ Die GTZ ist seit Jahren der größte nicht-russische Kapitalinvestor des Altai-Krai.

6 Perspektiven, Potentiale und Hemmnisse

Im folgenden Kapitel werden die im Analyseteil herausgearbeiteten Informationen zu lokalen Transformationsprozessen überblicksartig zusammengefasst und darauf aufbauend Perspektiven für mögliche Zukünfte abgeleitet. Dabei werden Promotoren des Wandels, aber auch Hindernisse identifiziert, die den Zielen der Lokaladministration zur zukünftigen Entwicklung entgegen stehen. Als Basis einer Bewertung dienen die im Analyseteil getrennt voneinander untersuchten Subsysteme der Transformation, die zum Schluss zusammengeführt werden sollen. In der Tradition der angewandten Geographie sollen abschließend Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die unerwünschten Entwicklungen, wie der zunehmenden Marginalisierung des DNR Altai, entgegenwirken.

Die zukünftige Entwicklung der **wirtschaftlichen Sphäre** wird eine Schlüsselrolle in der Entwicklung der gesamten Region einnehmen. Die auf die Herstellung und Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen spezialisierte lokale Wirtschaft wird es dabei schwer haben, weitere Alternativen zu entwickeln, die die Wirtschaftsstruktur diversifizieren können. In der landwirtschaftlichen Produktion wird es hingegen in naher Zukunft zu Veränderungen kommen. Großkonzerne und kommerzielle Agro-Holdings, die in Kooperation mit der politisch-administrativen Wirtschaftselite der Region stehen, werden die Konkursmasse der *Brücke GmbH* übernehmen. Die Besitzkonzentration der landwirtschaftlichen Fläche wird sich dabei besonders beschleunigend auf den Inkorporierungsprozess auswirken. Trotz verbreiteter Skepsis würde der Übergang der Kolchosen in den Besitz von agrarindustriellen Großkonzernen mit einer technologischen und auch organisatorischen Modernisierung einher gehen, die zu einer steigenden Produktivität führen könnte. Durch betriebliche Optimierungsprozesse käme es jedoch zu einer radikalen Verkleinerung der Belegschaften und des lokalen Arbeitsmarktes.

Eine entscheidende Frage wird sein, wie sich die Frage des Bodenbesitzes oder -pacht entwickelt. Wächst der Anteil gepachteter Flächen durch private Hauswirtschaften im Rayon weiter (und steht ihnen die Möglichkeit dazu weiter offen), werden sich eventuell genossenschaftlich organisierte Hauswirtschaften (die sich nicht zu kommerziellen Bauern ummelden, solange es mit steuerlich/finanziellen Nachteilen verbunden sein wird) zusammenfinden, die sich auf wenige ertragreiche Produkte konzentrieren werden. Der russländische Staat hat eine Förderung von landwirtschaftlichen Genossenschaften als Gegengewicht zu den Flächen verbrauchenden Agrarmultis angestoßen, da man einer Konzentration von Bodenbesitz weiter kritisch gegenübersteht. Die Bildung von Genossenschaften braucht jedoch lokale Promotoren und Initiatoren, die wiederum entsprechendes Coaching benötigen.¹⁰⁷

Generell wäre die Verantwortungsübertragung von Boden in private Hände ein wichtiger Faktor der **ökologischen Entwicklung**, die eng mit der Komponente des Bodenschutzes verbunden sein wird. Mit dem extensiven Anbau von Sommerweizen ist der Boden eine dauerhafte Nährstoffschuld eingegangen und ist vielerorts in der Kulundasteppe irreversibel ausgelaugt (d. h. nicht durch mineralische Düngung zu kompensieren). Leider sind

¹⁰⁷ Dies sind Erfahrungen, die in der Region Saratow gemacht wurden.

keine Anzeichen zu erkennen, die einen verantwortungsbewussteren Umgang mit der Ressource Boden erkennen lassen. Eine Ausschöpfung der verbliebenen Bodenpotentiale bis zur Unrentabilität des Weizenanbaus ist daher zu befürchten. Durch ein von der Stiftung Altai initiiertes Projekt versucht man derzeit eine Alternative zum herkömmlichen Pflanzenanbau anzuregen. Mittels Anbau von Sanddornplantagen versucht man sowohl neue marktfähige Produkte zu entwickeln, als auch dem Aspekt der Ökologie gerecht zu werden.¹⁰⁸ China, welches der größte Sanddornexporteur weltweit ist, nutzt den Sanddornbusch seit langem erfolgreich, um der Ausbreitung der Wüstenbildung entgegen zu wirken (MLUV BRANDENBURG 2004). Die Pflanze ist den extremen Wetterbedingungen angepasst und festigt durch das Wurzelwerk die obere Bodenschicht, die besonders stark von Winderosion betroffen ist. Auf der anderen Seite erhofft man sich von dem Projekt auch kommerzielle Erfolge, da der Markt für Sanddornprodukte in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist (WÄHLING 2008:9). Entscheidend für die erfolgreiche Vermarktung für alle landwirtschaftlichen Produkte bleiben der Zugang zum Markt und die weitere Professionalisierung des Vertriebes (Marketing, Qualitätsmanagement, usw.).

Bei den bestehenden Großbetrieben des DNR Altai, die samt Verarbeitungsbetriebe innerhalb der *Brücke GmbH* organisiert sind, wird es eine sukzessive Anpassung an moderne betriebswirtschaftliche Erfordernisse geben müssen, sofern diese bestehen bleiben wollen. Das schließt eine Steigerung der Produktivität und Produktqualität sowie das Senken der Produktionskosten ein. Auf der Ausgabenseite gibt es momentan Überlegungen, alternative Energiequellen in Form von Biogasanlagen zu nutzen, um die hohen Anschaffungskosten für fossile Energieträger, die häufig aus der Region Kemerowo kostenaufwändig importiert werden müssen, zu substituieren. Die hohen Investitionskosten dürften für die *Brücke GmbH* jedoch ein wesentliches Hindernis darstellen. Auch weitere alternative Energiepotentiale (Solar- und Windenergie) sind noch weitestgehend ungenutzt, werden aber von der Stiftung Altai finanziert, auf der Mikroebene (Haushalte) in Pilotprojekten bereits erfolgreich getestet.

Auf der Einkommenseite der Großbetriebe bedarf es einer genauen Analyse von vorwärtsgerichteten vertikalen Integrationspotentialen.¹⁰⁹ Die Betriebe werden ihre Belegschaft schrittweise verkleinern, um die Erhöhung landwirtschaftlicher Gehälter finanzieren zu können. Dies bildet die Voraussetzung für zukünftige Belegschaften. Denn solange das Gehalt die Menge staatlicher Sozialleistungen nicht wesentlich übersteigt, werden die Großbetriebe Probleme haben, Angestellte zu finden, die zu einem niedrigen Lohn arbeiten. Die sozialen Dienstleistungen und Anreizsysteme, die die Kolchose früher bereitstellten und dabei alle Lebensbereiche abdeckten, können die Großbetriebe heute lediglich in rudimentärer Form anbieten. Für immer weniger Hauswirtschaften wird sich die Symbiose

¹⁰⁸ Nach Informationen der Stiftung Altai wurden seit 2007 ca. 2,4 Mio. Rubel (etwa 56.000 Euro) für den Aufbau einer Sanddornplantage verwendet. Neben der Plantage wurde eine Gefriereinrichtung errichtet und eine Abnehmerfirma in Barnaul kontrahiert. Zur Ausschöpfung des Ertragspotentials soll eine spezielle Form der Bewässerung über zwei Windradpumpen eingerichtet werden.

¹⁰⁹ In den Wirtschaftswissenschaften bezeichnet die vertikale Unternehmensintegration die Übernahme von vor- oder nachgelagerten Fertigungsstufen mit dem Ziel der Optimierung von Wertschöpfungsketten. Im Falle der landwirtschaftlichen Betriebe des DNR Altai handelt es sich um die nachgelagerte (vorwärtsgerichtete) Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen.

zwischen Arbeit im örtlichen Betrieb bei gleichzeitiger Bewirtschaftung der Hoffläche lohnen. Die Großbetriebe ihrerseits werden immer weniger Budget für die Erhaltung der örtlichen Infrastruktur aufwenden und nur noch jene instand setzen, die unmittelbar für den Betrieb notwendig ist. Die Aufwendungen im kulturellen und sozialen Bereich werden sich verringern.

Die entstehende Lücke in der **sozialen Ausstattung** der Dörfer werden die Dorfadministrations nicht ausfüllen können. Da eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung in naher Zukunft nicht zu erwarten ist, werden weitere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur verschwinden. Dies betrifft insbesondere Bildungseinrichtungen wie die Primarschulen und Bibliotheken. Auch weitere Einrichtungen wie die Turnhallen und die verbliebenen Kinosäle stehen zur Disposition. Der Bestand wird sich wahrscheinlich im Siedlungsdreieck der Dörfer Halbstadt, Kusak und Schumanowka sowie in Podsusnowo am längsten halten – in den wirtschaftlich schwachen und zahlenmäßig kleinen Dörfern wie Degtjarka und Kamyschi sowie den verbliebenen Gründerdörfern, die in den 60er Jahren nicht zu den Perspektivsiedlungen bestimmt wurden (Lesnoje, Dworskoje, Krasnoarmejskoje), ist mit einem baldigen Verschwinden der öffentlichen sozialen Infrastruktur zu rechnen, sollte die Lokaladministration weiter mittellos bleiben. Es wird zu einer stärkeren Diversifizierung bei gleichzeitigen Konzentrationsprozessen zwischen den Dörfern des Kreises kommen. Ein erstes Indiz dafür bildet die Differenzierung des kommunalen Immobilienmarktes. Halbstadt, das qua Verwaltungsstruktur das Kreiszentrum bildet, übte bislang kaum zentralörtliche Funktionen für die restlichen Dörfer des DNR Altai aus. Durch die geographische Nähe zur Stadt Slavgorod, die mit ihren annähernd 36.000 Einwohnern das Mittelzentrum der Region bildet, wird sich voraussichtlich auch wenig daran ändern. Dennoch ist in Halbstadt aufgrund des diversifizierten lokalen Arbeitsmarktes mit einer relativ stabilen Entwicklung zu rechnen.

Trotz des sinkenden Ausstattungsgrades vieler Dörfer des DNR Altai ist eine flächen deckende Verödung ganzer Landstriche kein realistisches Zukunftsszenario – zumindest auf mittelfristige Sicht. Dagegen sprechen mehrere Entwicklungen: Erstens zeigte sich zuletzt, dass sich eine Altersmigration von städtischen Regionen in den DNR Altai vollzieht. Pensionäre in Barnaul oder Slavgorod verkaufen oder vermieten ihre Immobilien, um sich vor Ort eine „Altersresidenz“ zuzulegen. Der qualitative Zustand der meisten Häuser ist durch die Tätigkeit des WGSH vergleichsweise gut, und mit dem in den 90er Jahren gebauten Kreiskrankenhaus verfügt der Rayon über eine relativ moderne medizinische Ausstattung. Einige Objekte werden auch zu Datschen umfunktioniert, die von Städtern als Sommerdomizil benutzt werden. Zweitens sind viele Immobilien in den Dörfern des DNR Altai immer noch im Besitz bereits ausgewanderter Russlanddeutscher. Nicht selten werden die Häuser von Anverwandten bewohnt, die das Objekt weiter betreuen. Drittens ermöglichen die steigenden Transferzahlungen in den Kreis ein relativ erträgliches Auskommen, wie die jüngste Angleichung der Haushaltsausstattung mit Konsumgütern zum landesweiten Durchschnitt zeigt (STATISCHES LANDESAMT DES ALTAI-KRAI 2009). Während die staatlichen Sozialleistungen weiter gering bleiben, nimmt der Anteil von Rücküberweisungen aus Deutschland einen größer werdenden Anteil ein.

Der Rückgang des Anteils eigener Wirtschaftsleistung am BIP des Rayons ist eine bedenkliche Entwicklung. Es bedeutet, dass reguläre Lohnarbeit keine Option für viele Menschen mehr darstellt und insbesondere für junge Menschen keine Bleibeperspektiven be-

stehen. Daher sind die jüngsten Trends der **demographische Entwicklung** Besorgnis erregend. Der Bestand des überdurchschnittlich hohen Anteils an jungen Menschen, den der Rayon aufweist, ist an die Entwicklung des lokalen Arbeitsmarktes gekoppelt und wird aufgrund realistischer Zukunftsprognosen stark zurückgehen. Verfestigt sich der Trend zur Altersimmigration, ist sogar von einem generellen Wandel der lokalen Altersstruktur auszugehen. Der Rückgang der Gesamteinwohnerzahlen des Kreises wird sich ebenfalls fortsetzen. Momentan liegt die Einwohnerdichte bei ca. 14 Einwohner/km² und ist damit immer noch doppelt so hoch wie die der angrenzenden Kreise. Hier ist zukünftig eine Angleichung an den überlokalen Durchschnitt zu erwarten. Setzt sich die Emigration aus den kleinen und wirtschaftlich schwachen Gemeinden des Kreises fort, ist der Fortbestand einiger kleiner Kolonistendörfer, die die Phase der Siedlungskonzentration zwischen den 1960er und 1980er Jahren überdauert haben, fraglich.

Mit dem wahrscheinlichen Rückgang der Bevölkerung und einer verstärkten Abwanderung der jungen Bevölkerung verknüpft sich auch die Frage nach der zukünftigen **kulturellen Entwicklung** der russlanddeutschen Minderheit. Nach dem Exodus der angestammten Bevölkerung in den 90er Jahren wurde der Zuzug von Russlanddeutschen aus Zentralasien zwar gezielt gefördert (was dazu geführt hat, dass sich offiziell noch rund ein Drittel der Einwohner als Russlanddeutsche identifizieren), aber dennoch hat der DNR Altai die lokalen Kulturträger verloren. Der Verlust der deutschen Muttersprache war so dramatisch, dass Deutsch als Verkehrssprache im Kreis fast verschwunden ist. Die Installation des muttersprachlichen Deutschunterrichts, der mit der Wiedererrichtung des DNR als Ziel ausgegeben wurde, konnte nicht realisiert werden. Dies ist auch auf Initiative der Eltern zurückzuführen, die dem Russischen bei der Verbesserung der Zukunftsperspektiven ihrer Kinder Priorität einräumen. Nachdem die Möglichkeit nach Deutschland auszuwandern kaum noch gegeben ist, gibt es für die kommenden Generationen kaum noch Anreize, die deutsche Sprache zu lernen. Unter jungen Menschen wird sie als Sprache der Großelterngeneration wahrgenommen – Englisch gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Dennoch gibt es auch Entwicklungen zu beobachten, die auf eine kulturelle Binationalität hinauslaufen. In den vergangenen 20 Jahren hat sich ein Vereinswesen entwickelt, das sich stark an regionale, russlanddeutsche Kulturmerkmale orientiert. Gesangs- und Tanzvereine sind Generationen übergreifend populär und konnten sich dank der Finanzierung deutscher Kulturförderinstitutionen überregional gut vernetzen. Diese gewachsenen Strukturen sollten von den russlanddeutschen Dachorganisationen genutzt werden.

Es gilt zudem, die hoch gesteckten Ziele einer russlanddeutschen Territorialität neu zu definieren und an den Realitäten anzupassen, denn die Präsenz der deutschen Minderheit in der RF schrumpft! Das Beharren auf eine Wiedererrichtung der Wolgarepublik ist obsolet und würde keine Remigrationssignale an die Fortgezogenen mehr aussenden. Für die russlanddeutschen Kulturorganisationen vor Ort gilt es, über die Bestandssicherung in einen neuen Dialog mit denen einzutreten, die sich zu ihrer deutschen Herkunft bekennen.

Ein solcher Dialog müsste nicht fortgesetzt, sondern vielmehr begonnen werden. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, gibt es „eine Diskrepanz zwischen der russlanddeutschen Intellektuellenschicht, die die Bewahrung der Kultur fordert, und der pragmatisch denkenden Bevölkerung“ (zit. nach KLAUBE 1994:85). Die mächtigste Autonomiebewegung „Wie-

dergeburt“, die als Interessenvertretung der Russlanddeutschen auf dem Territorium der GUS-Staaten in Regierungskommissionen auftrat, hat im DNR Altai nie eine Zweigstelle gegründet (SCHLEICHER 1996:255). Auch auf lokaler Ebene wurden Aktivisten einer russlanddeutschen Autonomie, die sich für freie Marktwirtschaft und Demokratie im DNR Altai einsetzten, sukzessive vom behördlichen Einfluss verdrängt, die die alte Denkweise widerspiegeln (ebd.). Auf diese Weise kam es zu einer Entkopplung der Bevölkerung von politischen Themen der Russlanddeutschen.

Wenn die kulturellen Dachorganisationen nicht in einen konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung eintreten, wird das russlanddeutsche Element innerhalb weniger Generationen in der russischen Mehrheitsgesellschaft aufgehen. Es müssen Wege der Kulturpflege gefunden werden, die jenseits der deutschen Sprache als Kulturträger existieren, da immer weniger Menschen Deutsch beherrschen. Moderne Kommunikationstechnologien erleichtern eine Vernetzung sowohl mit den dispers über die Großregion Sibiriens lebenden Russlanddeutschen als auch mit Heimatorganisationen, die sich in der Vergangenheit in Deutschland gebildet haben. Der Erhalt der Begegnungszentren als neuer sozialer Fokus der dörflichen Gemeinschaft rückt somit ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie sind nicht nur kulturelle Anlaufstellen exklusiv für Russlanddeutsche, sondern auch soziale Konzentrationspunkte für die jungen Dorfgemeinschaften allgemein, deren Zusammensetzung sich im Verlauf der letzten 20 Jahre radikal gewandelt hat. Der Bestand an Begegnungszentren im ländlichen Raum ist daher zu halten und aus vielfältigen Drittmittelquellen zu finanzieren, die über Förderfonds für die Erhaltung russlanddeutscher Kultur hinausgehen. Die veränderte Sozialstruktur der Dörfer kann somit auch als Chance gesehen werden. Über die Begegnungszentren besteht die Möglichkeit einer Gemeinde- und Kreisgrenzen übergreifenden Vernetzung der Bevölkerung, die durch die frühere Isolation des russlanddeutschen Dorfes zu seiner Umwelt häufig verhindert war. Nur über eine Identifikation der mittlerweile mehrheitlich russischen Bevölkerung des DNR Altai mit dem deutschen Kulturerbe kann sich der Rayon von dem Stigma lösen, dass man „das Deutsche“ nur als Etikett vor sich herträgt, weil es mit materiellen Vorteilen verbunden ist. Dies ist jedoch eine Entwicklung, die glaubwürdig nur „von unten“ entstehen kann.

Die Suche nach einer neuen Identifikation mit der russlanddeutschen Kultur und der Wandel des Netzwerkes spiegeln sich in zwei Nachrichten aus der Region wider, die in einem Internetportal für Russlanddeutsche veröffentlicht wurden:¹¹⁰

Im Sommer des Jahres 2010 schloss das „Museum der Russlanddeutschen“ im Dorf Nikolajewka (DNR Altai) seine Pforten. Als Grund wurden Probleme mit der Finanzierung und ausbleibende Besucher benannt. Was aus den Exponaten wird, ist unklar. (Nachricht vom 30.10.2010)

Am 1. Oktober desselben Jahres ging ein neues Onlineportal mit dem Titel „Altai Russlanddeutsche“ ans Netz. Die Internetseite des Deutsch-Russischen Hauses (Barnaul), das insgesamt 39 Begegnungszentren in der Region betreut, bündelt Informationen zu Organisationen, Personen und Projekten.¹¹¹ (Nachricht vom 5.10.2010)

¹¹⁰ RusDeutsch – Informationsportal der Russlanddeutschen (Link: www.rusdeutsch.eu; Zugriff: 15.11.2010).

¹¹¹ „Rossijskije Nemcy Altaja“ (Link: <http://www.altairn.ru/ru/home>; 16.11.2010).

Die Nachrichten versinnbildlichen, dass die russisch-deutsche Minderheit im Wandel begriffen ist und sich neue Identität stiftende Gemeinsamkeiten sucht, die sich von denen zurückliegender Generationen unterscheiden. Die Verarbeitung der Kriegserlebnisse und der Repressionen, über die man sich viele Jahrzehnte lang als Leidensgemeinschaft identifizierte, lassen sich nicht mehr auf die jüngeren Generationen übertragen, die in einer weitestgehend repressions- und diskriminierungsfreien Gesellschaft herangewachsen sind. Ebenso wenig braucht die neue Generation eine kulturelle Territorialität, da sich die Netzwerke auf regionaler, nationaler und globaler Ebene zusammenfinden. Gelingt es, neue Identifikationsmerkmale russischer Deutscher zu schaffen, die die Minderheit weiterhin als „Brückenvolk“¹¹² zwischen Deutschland und Russland kennzeichnet, wird sich die russlanddeutsche Kultur in der RF neu erfinden können. Höchstwahrscheinlich wird sie dies aber nicht in einem kulturautonomen Landkreis am Rande der Altai-Region vollziehen.

Eine ganzheitliche, positive Entwicklung des DNR Altai hängt von einer Reihe externer Faktoren ab, auf die die lokalen Entscheidungsträger keinen oder nur geringen Einfluss haben werden. Nach zehn Jahren politischer und wirtschaftlicher Rezentralisierung werden positive oder negative Impulse mehr denn je von Moskau aus gegeben. Die föderalen Subjekte waren zwar die eindeutigen Verlierer dieses Machtverschiebungsprozesses, aber hinsichtlich der Ausgestaltung föderaler Rahmengesetzgebung haben auch sie noch erheblichen Einfluss auf die municipale Ebene. Nicht zuletzt nehmen durch die sukzessive Integration der russländischen Wirtschaft in den Weltmarkt globale Trends eine immer wichtigere Erklärungsdimension ein. Die Entwicklung von Preisen für Güter wie Getreide, Milch- und Fleischprodukte aber auch fossile Energieträger und Kraftstoffe, die an globalen Börsen zu Spekulationsobjekten werden, können einen direkten oder indirekten Einfluss auf die Entwicklung des DNR Altai ausüben. Die hohe Anzahl unbekannter Variablen erschwert das Aufstellen von lokalen Entwicklungsprognosen nachhaltig, zumal der Entscheidungsspielraum sehr klein ist.

Folgende mögliche Entwicklungen können nach Meinung des Verfassers positive Entwicklungssignale an den DNR Altai senden:

- Die Liberalisierung des Bodenmarktes insbesondere im DNR Altai sollte weiter voranschreiten, damit landwirtschaftlich unternehmerische Kräfte nicht mehr blockiert werden. Ein transparenter, monetarisierbarer Flächenmarkt muss zudem mit Rechtssicherheit einhergehen. Dies würde finanzielle Sicherheiten für Banken bedeuten, die zinsgerechte Kredite für die Anpassung der landwirtschaftlichen Technologie bereitstellen könnten. Hier ist der Gesetzgeber (föderal oder regional) gefordert, klare Richtlinien und Zuständigkeiten festzulegen.
- Der Zugang zu Input- und Outputmärkten muss auch für Kleinproduzenten gewährleistet sein. Dies hat der Staat erkannt und damit begonnen Vertriebsnetze und Absatzmärkte für landwirtschaftlich organisierte Genossenschaften aufzubauen. Dieser Aufbau von Parallelstrukturen geht jedoch in die falsche Richtung. Schlussendlich muss es

¹¹² Zitat von Hugo Wormsbecher in DER SPIEGEL (19/1993:56), der von verschiedenen Medien als Sprecher der Russlanddeutschen betitelt wird.

darauf ankommen, dass der Marktzugang klar und fair reglementiert und nicht der Willkür korrupter Beamter überantwortet wird.

- Ein unternehmerfreundliches Klima mit geringer Besteuerung, einem entwickelten Bankensektor und Gründungsanreizen für Dienstleister, Handelstreibende und Produzenten würde für notwendige Modernisierungsimpulse sorgen. Wie PETRICK (2010:7) feststellte, haben die Unternehmer in Russland selbst dafür gesorgt, dass Unternehmen wieder wettbewerbsfähig geworden sind. Leider hat der Staat seit dem Ende der 90er Jahre eine grundlegende Skepsis gegenüber freiem Unternehmertum entwickelt, als man die Macht der sogenannten „Oligarchen“ zerschlagen wollte.
- Der Ruf nach staatlicher Hilfe bei der Entwicklung peripherer Gebiete ohne vermarktbar Bodenschätze ertönt dennoch reflexartig. Nachdem der ländliche Raum nach dem Systemwechsel sich selbst überlassen wurde, braucht es einen integrierten strategischen Ansatz für jene „depressiven Gebiete“, die von Schrumpfung und einem Rückgang der Wirtschaftskraft betroffen sind. Mit der Finanzierung von föderalen Entwicklungsprogrammen sind hier erste wichtige Impulse gesetzt worden. Hier scheint es aber grobe Mängel beim Monitoring und der Evaluierung bewilligter Projekte zu geben. Auch im DNR sind landwirtschaftliche Betriebsgebäude mit staatlichen Fördermitteln gebaut, aber nie fertig gestellt worden. Daher muss dringend ein optimiertes Projektmanagement mit klaren Verantwortlichkeiten und Projektzielen entwickelt werden, damit die Veruntreuung von Fördermitteln minimiert wird.
- Der russländische Markt für Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte unterliegt vergleichsweise niedrigen Zoll- und Einfuhrhemmnissen. Insbesondere tierische Produkte wie Fleisch werden in großen Mengen importiert. Somit profitieren vor allen Dingen ausländische Produzenten von der steigenden Nachfrage nach tierischen Produkten. Hier könnten progressive Lösungen entwickelt werden, um einheimischen Produzenten den Marktzugang zu erleichtern, ohne dass der Marktpreis künstlich erhöht wird durch die Verknappung des Angebots. Gleichzeitig dürfen diese Anreize nicht dazu führen, dass bei einheimischen Produzenten die Steigerung der Produktivität und Produktqualität nachlässt oder eingestellt wird. Denkbar wären zum Beispiel Unterstützung bei Marketingkampagnen und der Organisation und Finanzierung von Landwirtschaftsmessen.
- Ein Abbau von transnationalen Handelshindernissen (z. B. Zoll, Verwaltung, Bestechung von Grenzbeamten) zwischen Kasachstan und der Russländischen Föderation könnte den grenzübergreifenden Handel ankurbeln. Der Outputmarkt des eigentlichen Oberzentrums der Wirtschaftsregion, in der der DNR Altai lokalisiert ist, wäre wieder zugänglich.
- Durch Anreize zu einer Verbreitung von Energiegewinnung aus nachhaltigen Ressourcen, könnte der Rayon die hohen Energiekosten senken und den Import u. U. sogar substituieren. Eine autarke Energieversorgung würde darüber hinaus die Energieeffizienz erhöhen und dadurch Netzkosten (Transportverluste, Wartungskosten) deutlich reduzieren. Dies ist ein durchaus realistisches Szenario, da in der Region eine sehr

hohes Potential für Solarenergie (durch die hohe jährliche Sonnenscheindauer von über 2000 h/a¹¹³) sowie Windenergie vorliegt.

Aus modernisierungstheoretischer Sicht existiert viel Entwicklungs- aber auch Reformpotential. Viele notwendige Schritte, die zu einer nachholenden Modernisierung des ländlichen Raumes beitragen könnten, brauchen einen grundlegenden Mentalitätswechsel bei Entscheidungsträgern und der Bevölkerung. Dieser ist jedoch bekanntermaßen nur langfristig zu erreichen. Außerdem müssen Reformen gegen strukturelle Widerstände durchgesetzt werden. Dies scheint bei der gegebenen Konstellation lokaler Netzwerke aus Administration und lokaler Wirtschaftselite besonders schwierig zu sein.

Dem Fonds Altai als wichtigster, unabhängiger lokaler Akteur kommt in mehrerer Hinsicht eine Schlüsselposition zu. Die Organisation besitzt den finanziellen Spielraum, die Expertise und den politischen Rückhalt, um Entwicklungen anzustoßen, die selbsttragende Strukturen hervorbringen können. Die Refinanzierung für die kommenden zehn Jahre scheint gesichert, aber der Kompensationsspielraum für Fehlinvestitionen oder Abschreibungen, die der Fonds (bzw. seine Vorgängerorganisationen) früher durch Bundesmittel ausgleichen konnte, ist nicht mehr vorhanden. Um Synergieeffekte ausnutzen zu können, muss es dem Fonds gelingen, lokale Promotoren zu identifizieren, die man in gemeinsamen Projekten binden kann. Die Kreisbewohner müssen aktiviert werden und an der Umstrukturierung des Landkreises teilhaben, denn das klassische, aus der Sowjetzeit übertragene Planungsverständnis schöpft die endogenen Potentiale ungenügend aus. Der Fonds Altai sollte seinen Tätigkeitsschwerpunkt weiter auf die Aus- und Weiterbildung setzen und sich als Zukunftswerkstatt profilieren, in der potenzielle Unternehmer fortgebildet werden. Wichtig für die Außendarstellung des Fonds ist die Bewahrung eines hohen Grades an Integrität und Transparenz. Das gestörte Verhältnis zwischen der Bevölkerung und planenden sowie administrativen Institutionen ist nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit herzustellen.

¹¹³ Der Wert liegt über den höchsten für deutsche Regionen errechneten Wert, der Maxima von 1800–1900 h/a aufweist (Quelle: <http://www.energieberatung-nord.de/sonnensch.htm>, Zugriff: 23.11.2010).

7 Zusammenfassung

Etwa 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges kann der Systemumbau der post-sozialistischen Gesellschaften noch immer nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Die meisten Staaten Osteuropas tragen zwar alle institutionellen und verfassungsrechtlichen Elemente eines modernisierten, kapitalistischen und demokratischen Gesellschafts-systems, aber es haben sich Elemente erhalten, die dem alten System zugeordnet werden können. Diese wurden in einen neuen Handlungsrahmen eingebunden und sorgen für eine Perpetuierung von Strukturen, die mit dem Systemumbau beseitigt werden sollten.

Am Beispiel des DNR Altai lässt sich diese Form des strukturellen Synkretismus in einem lokalen Untersuchungsrahmen beobachten. Durch die Dominanz der Agrarwirtschaft war der Landkreis durch den Umbau der Landwirtschaft von einem Zentralverwaltungs- in ein marktkapitalistisches System stark beeinflusst. Die hohe Abhängigkeit des 1991 wiedererrichteten Rayons von den lokalen Großbetrieben sorgte dafür, dass es trotz des vom Gesetzgeber intendierten Systemumbaus auf lokaler Ebene zu einem Fortbestand prätransformativer wirtschaftlicher Strukturen kam. Neben sozio- und machtpolitischen Zwängen, die die Kolchose weiterhin als dominante Institution im ländlichen Raum bestätigten, gab es eine Reihe von Faktoren, die den Großbetrieben dabei halfen, das in der Sowjetunion akkumulierte Betriebskapital langsamer aufzubrechen, als dies im ländlichen Raum Russlands üblicherweise zu beobachten war. Dies hat zur Folge, dass der Landkreis gegenwärtig Prozessen strukturellen Verfalls ausgesetzt ist, die sich vor etwa 10–15 Jahren in der Region zeigten. In der Zukunft ist daher von einer Angleichung an regionale Verhältnisse auszugehen, da der fortwährende Bestand der ehemaligen Kolchosen aufgrund von Missmanagement und Ineffizienz anzuzweifeln ist. Es bleibt auch abzuwarten, ob durch die ökologischen Schäden, die durch Bodendegradation entstanden sind, eine extensive Landwirtschaft überhaupt noch profitabel bleibt.

Als Folge struktureller Verwerfungsprozesse weist der DNR Altai gegenwärtig hohe Wanderungsverluste auf. Diese Binnenemigranten gehören jedoch nicht mehr zur alteingesessenen Bevölkerung, sondern sind größtenteils Übersiedler aus zentralasiatischen Regionen, die den DNR nur als temporären Aufenthaltsort gewählt haben. Durch den Austausch der kompletten Einwohnerstruktur ist nicht nur die alte dörfliche Struktur beseitigt, sondern mit ihr die Träger der lokalen russlanddeutschen Kultur. Die deutsche Sprache ist als Kommunikations- und Verkehrssprache fast vollständig verschwunden, und nur noch eine Bevölkerungsminderheit im Rayon bekennt sich zu einem russlanddeutschen Kulturerbe. Das Konzept eines kulturellen Bestandsschutzes über eine russlanddeutsche Territorialität auf dem Gebiet der RF ist gescheitert. Die lokale russlanddeutsche Kultur wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der russischen Mehrheitsgesellschaft aufgehen, auch wenn sich Anzeichen einer deutsch-russischen Binationalität zeigen.

Als nicht unwesentlich kann der Beitrag deutscher Förderinstitutionen zur Entwicklung in der Transformationsperiode bezeichnet werden. Seit 1991 wurde gezielt in den Ausbau des DNR Altai investiert, um den dort konzentriert lebenden Russlanddeutschen eine Ausreisearchiv zu bieten. Ein Großteil der Wohn- und technischen Infrastruktur wurde modernisiert und neue Sozial- und Wirtschaftsstrukturen geschaffen. Ein verhältnismäßig

hoher Anteil wurde dabei in Verarbeitungsbetriebe angelegt, die sich größtenteils als nicht tragfähig erwiesen haben. Das deutsche Engagement hat zwar bewirkt, dass Strukturverfall und sinkende Lebensqualität gestoppt wurden, aber gleichzeitig wurden die bestehenden lokalen Eliten aus Politik und Wirtschaft gestützt, die den DNR Altai noch immer so verwalten und leiten wie vor dem Systemwechsel. Gleichzeitig herrscht aber kaum Reformdruck: Die Bevölkerung denkt oft konservativ und steht liberaler Marktwirtschaft kritisch gegenüber, und die übergeordneten Verwaltungsebenen sind mit den lokalen Eliten in Patron-Klientel-Netzwerke eingebunden. Der einzige Reformimpuls geht gegenwärtig vom finanziellen Bankrott der Großbetriebe aus, die entweder von kleinbäuerlichen Strukturen oder Genossenschaften ausgefüllt oder von Agrar-Großkonzernen übernommen werden. Der Trend geht im Moment zu einer Besitzkonzentration von Boden und Produktionskapital zu Gunsten von sogenannten Agro-Holdings. Die räumlichen Konsequenzen dieser Entwicklung sind aber bislang kaum absehbar.

Die Frage nach den Zukunftsperspektiven des DNR Altai ist allgemein verknüpft mit dem Ruf nach einem strategischen Ansatz zur Entwicklung des ländlichen Raums in der RF. Der Transformationszeitraum hat vor allen Dingen eine Ausdifferenzierung von Wirtschaftsräumen gezeigt, in denen ländliche und altindustrielle Räume hinter den wenigen prosperierenden Rohstoffregionen und Dienstleistungszentren zurückfallen. Vor dem Hintergrund einer globalen Verknappung von landwirtschaftlicher Nutzfläche muss sich die Regierung den Vorwurf gefallen lassen, dass die russische Landwirtschaft noch immer ihre Potentiale nicht ausschöpft. In diesem Bereich ist die Transformation (v. a. hinsichtlich des Bodenmarktes) noch bei weitem nicht abgeschlossen. Um wachsende Disparitäten innerhalb der RF zu verhindern, braucht es eine massive Prioritätenverschiebung der bisherigen Förderschwerpunkte, die bislang auf die Metropolregionen ausgerichtet war. Dass es dabei nicht allein um die Bereitstellung finanzieller Ressourcen gehen kann, hat das Beispiel des DNR Altai exemplarisch gezeigt. Es müssen Anreize gesetzt werden, die endogenen Potentiale abzurufen. Dabei braucht es aber einen radikalen Wandel des bisherigen top-down-Planungsverständnisses bei politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung.

8 Literaturverzeichnis

- ANGER, H. (1930): „Die Deutschen in Sibirien : Reise durch die deutschen Dörfer Westsibiriens“. Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Berlin : Ost-Europa-Verlag.
- ASCHOFF, H.W. (2001): „Aufgaben und Rolle der Wirtschaftsförderung in einer Marktwirtschaft“; ICON-Institut GmbH Gewerbeförderung im DNR Halbstadt, Region Altai, Schlussbericht für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Mai 2001.
- BERGMANN, T. (1979): „Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder“, Zweite revidierte Auflage; No. 32; Sozialökonomische Schriften zur Sozialentwicklung; Saarbrücken : Verlag breitenbach.
- BRUISCH, K. (2007): „Entwicklungstendenzen Landwirtschaftlicher Familienbetriebe in Russland seit 1990“; Discussion Paper No. 108; Leibniz Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO); Halle (Saale);
[pdf-Version: <http://www.iamo.de/dok/dp108.pdf>; Aufruf: 17.7.2010].
- BRUNNER, G. (1996): „Minderheitenrechte in der Rußländischen Föderation.“ In: Kappeler, A. (Hrsg.): *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. S. 289–307.
- BUCHENRIEDER, G. ; CSAKI, C. (2010): „Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die ländlichen Räume sowie die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Europa und Mittel- und Asien.“ ; In: *IAMO 2010*; Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO); S. 13–28;
[pdf-Version: http://www.iamo.de/dok/iamo2010_de.pdf; Aufruf: 8.12.2010].
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)(2008): „Migrationsbericht 2008. Im Auftrag der Bundesregierung.“
[pdf-Version: www.bamf.de/.../Migrationsberichte/ | [migrationsbericht-2008.../ migrationsbericht-2008.pdf](http://www.bamf.de/.../migrationsbericht-2008.../migrationsbericht-2008.pdf), Aufruf: 8.12.2010].
- Bundesministerium des Innern (BMI)(2010): „Hilfen für die Minderheiten in den Herkunftsländern“; [Link: http://www.bmi.bund.de/clin_156/DE/Themen/Migration_Integration/Spaetaussiedler/HilfenHerkunftslaendern/hilfenHerkunftslaendern_node.html; Aufruf: 8.12.2010].
- BÜRKNER, H.-J. ; HELLER, W. ; HOFMANN, H.-J. (1997): Geographische Aussiedlerforschung in den 80er und 90er Jahren. In: Göttinger Geographische Abhandlungen, Band 100, S. 215–232.
- DAMER, T. (2006): „Identitätsdeutung als ‚kreative Antwort‘. Zur Historiographie des Jakob Dietz ‚Geschichte der wolgadeutschen Kolonisten‘ (verfasst 1914–1917).“ In: Retterath, H.-W.(Hrsg.): *Russlanddeutsche Kultur: eine Fiktion?* Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts, Bd. 7; Freiburg i.Br.; S.43–66.
- DAVYDOVA, I.; FRANKS, J.R. (2006): „Responses to agrarian reforms in Russia: Evidence from Novosibirsk oblast“, In: *Journal of Rural Studies*, Vol. 22, Issue 1, S. 39–54.

- DER SPIEGEL (1993): „Wir sind ein Brückenvolk. Rußlanddeutschen-Sprecher Wormsbecher und Staatssekretär Waffenschmidt über die Deutschen in der GUS.“ Ausg. 19/1993; S. 47–56.
- Deutscher Bundestag (29.04.1996): „Drucksache 13/4519.“; [Link: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/045/1304519.asc>; Aufruf: 5.10.2010].
- DIETZMANN, W.R. (2000): „Gewerbeförderung von Schulungs- und Beratungsunternehmen für Kleinunternehmer.“ (Unveröffentlichter Kurzbericht für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH).
- EISFELD, A. (Hrsg.) (1999): „Die Russlanddeutschen.“ Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Band 2. 2. erweiterte und aktualisierte Neuauflage, München: Langen Müller.
- ERSADO L.; UMALI-DEININGER, D. (2009): „The Global Economic Crisis: Implications for Rural Poverty in Europe and Central Asia.“ Paper at the 27. International Conference of Agricultural Economists (IAAE), 16.–22.08. 2009, Beijing / China.
- FASSMANN, H. (2000): „Zum Stand der Transformationsforschung in der Geographie.“ In: Europa Regional 3–4/2000, 8. Jg.; Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, S.13–19.
- FÖRSTER, H. (2000): „Transformationsforschung: Stand und Perspektiven. Ein Diskussionsbeitrag.“ In: Europa Regional 3–4/2000, 8. Jg.; Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, S.54–59.
- FRÖSCHLE, H. (2009): „Zu Besuch bei den Deutschen in Sibirien“. Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V. (VDA). [pdf-Version: http://www.vda-globus.de/fileadmin/bilder/21.1_Besuch_in_Sibirien.pdf; Aufruf: 8.12.2010].
- GEL'MAN, V. (2003): „Reform retour – Rußlands kommunale Selbstverwaltung vor dem Aus?“ In: Osteuropa, 53. Jg.; 9–10/2003; Deutsche Gesellschaft für Osteuropafor-schung e.V. (DGO) (Hrsg.); S. 1343–1352.
- GENOV, N. (2003): „Tendenzen der sozialen Entwicklung Russlands. Individualisierung einer vermeintlich kollektivistischen Gesellschaft.“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bd. 16-17/2003; Bundesamt für politische Bildung (Hrsg.); S. 3–10. [pdf-Version: <http://www.bpb.de/files/TZMY5R.pdf>, Aufruf: 23.8.2010].
- GERASIN, S. ; NIKITIN, A. (2002): „Besteuerung der Landwirtschaft – Strategien der scheinbar Einflußlosen.“ In: Osteuropa, 52. Jg.; Heft 8/2002; S. 1029–1039.
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2002): „Halbjahresbericht II. Halbjahr 2002 – Fördermaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit in Sibirien“; Abteilung 312 „Programme öffentlicher Auftraggeber – Programm für nationale Minderheiten“.
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2003): „Halbjahresbericht II. Halbjahr 2003 – Fördermaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit in Sibirien“; Abteilung 312 „Programme öffentlicher Auftraggeber – Programm für nationale Minderheiten“.

- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2004): „Halbjahresbericht II. Halbjahr 2004 - Fördermaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit in Sibirien“; Abteilung 312 „Programme öffentlicher Auftraggeber – Programm für nationale Minderheiten“.
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2005): „Richtlinien der GTZ zur Förderung von Begegnungsstätten.“ (Entwurf); Projekte zugunsten der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation, Ukraine, Zentralasien und Baltikum; Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) mbH, Stand September 2005.
- HELLER, W. (1997): „Migration und sozioökonomische Transformation in Südosteuropa: zur aktuellen Bedeutung des Themas, zu Forschungsdefiziten und zu offenen Fragen.“ In: Heller, W. (Hrsg.): *Migration und sozioökonomische Transformation in Südosteuropa*. München: Südosteuropa-Gesellschaft. S. 11–24.
- HELLER, W. ; BÜRKNER, H.-J.; HOFMANN, H.-J. (2002): „Migration, Segregation und Integration von Aussiedlern. Ursachen, Zusammenhänge und Probleme.“ In: Heller, H. (Hrsg.): *Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionale Bindung*. Erlanger Forschungen. Reihe A. Geisteswissenschaften. Band 95. Erlangen: Univ. Bibliothek Nürnberg-Erlangen. S. 79–99.
- HELLER, W.; FELGENTREFF, C.; LINDNER, W. (Hrsg.) (2003): „The socio-economic transformation of rural areas in Russia and Moldova.“ *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, Band 28; Institut für Geographie der Universität Potsdam, Potsdam.
- HILKES, P. (1996): „Die Rußlanddeutschen in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten.“ In: Rothe, H. (Hrsg.): *Deutsche in Rußland*. Studien zum Deutschtum im Ausland; Heft 27. Köln: Böhlau-Verlag. S. 151–170.
- HORN, D. (2001): „Wieviele Russland-Deutsche leben im Altai? – Statistische Angaben zum Altajskij Kraj und der Altaier Bergrepublik“, Im Auftrag der Deutschen Entwicklungsgesellschaft Halbstadt mbH, Barnaul/Schumanowka.
- IOFFE, G.; NEFEDOVA T. (1997): „Continuity and Change in Rural Russia. A Geographical Perspective“. Boulder, CO (USA): Westview Press.
- KIRKOW, P. (1994): „Regional Politics and Market Reform in Russia: The Case of the Altai.“ In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 46, No. 7; S. 1163–1187.
[pdf-Version: <http://www.jstor.org/stable/153082>; Aufruf: 17.3.2010].
- KLAUBE, M. (1991): „Die deutschen Dörfer in der westsibirischen Kulunda-Steppe. Entwicklungen – Strukturen – Probleme.“ Schriftenreihe der Kommission für ostdeutsche Volkskunde in der deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V., Band 57, Marburg: N.G. Elwert Verlag.
- KLAUBE M. (1994): „Emigration und Migration in den beiden deutschen Landkreisen Westsibiriens.“ In: *Osteuropa*, 44. Jg., Heft 1; Deutsche Gesellschaft für Osteuropafor- schung e.V. (DGO) (Hrsg.); S. 74–89.
- KLAUBE, M. (1996): „Ein halbes Jahrzehnt Ausbau und Entwicklung im Deutschen Nationalen Rayon Halbstadt (1991–1996).“; In: *Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen* 6/1996; S. 112–130.

- KLÜTER, H. (2000): „Räumliche Aspekte von Transformationsproblemen aus systemtheoretischer Perspektive.“ In: *Europa Regional* 3-4/2000, 8. Jg.; Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, S. 35–53.
- KOLLMORGEN, R. (2003): „Postsozialistische Gesellschaftstransformationen in Osteuropa, Prozesse, Probleme, und Perspektiven ihrer Erforschung.“ In: Kollmorgen, R. (Hrsg.): *Postsozialistische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kulturtheoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Würzburg: Ergon-Verl.; S. 19–60.
- „KOMPLEKSNAJA PROGRAMMA SOCIAL'NO-EKONOMIČESKOGO RAZVITIIJA NA 2008–2017 GODY“ (o. J.) [soziales und ökonomisches Entwicklungsprogramm des Deutschen Nationalen Rayons 2008-2017];
[URL: <http://www.altairegion22.ru/territory/regions/doushrain/> Aufruf: 24.7.2010].
- KRINDAČ, A.D. (1997): „Der Deutsche Nationale Rayon heute. Eine soziologische Untersuchung.“ In: *Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen*, 7/1997. S.118–133.
- LEE, E. (1967): „A Theorie of Migration“. In: *Ekistics*, Band 23, Heft Nr. 137, S. 211–216.
- LEHMBRUCH, B. (2005): „Staat, Markt und Schwarzmarkt – Überlebensstrategien rußländischer Behörden.“ In: *Osteuropa* 10/2005, Jg. 55, S. 109–120.
- LEIPOLD, H. (2006): „Kulturvergleichende Institutionenökonomik“. Studien zur kulturellen, institutionellen und wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- LINDNER, P. (2003): „Kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Kolchos-Archipel?“. In: *Geographische Rundschau*, Bd. 55, Heft 12, S. 18–24.
- LINDNER, P. (2008): „Der Kolchoz-Archipel im Privatisierungsprozess : Wege und Umwege der russischen Landwirtschaft in die globale Marktgesellschaft.“ Bielefeld: transcript-Verlag.
- LUCHTERHANDT, O. (1996): „Zum Entwicklungsstand des Föderalismus in Russland.“ In: KAPPELER, A. (Hrsg.): *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. S.243–268.
- LUGOVOY, O.; DASHKEYEV, V.; MAZAYEV, I.; FOMCHENKO, D.; POLYAKOV, E. (2007): „Analysis of Economic Growth in Regions: Geographical and Institutional Aspect. Moscow: IET, [pdf-Version: http://www.iet.ru/files/text/cepra/InstAsp_eng.pdf; Aufruf: 12.7.2010].
- MALINOWSKI, L. V. (2000): „Deutsche in Russland und in Sibirien.“ (Orig.: „*Nemcy v Rossii i v Sibiri*“). Barnaul.
- MATIS, W.I. [Матис, В.И.] (1997): „Problema nacional'noj školy v polikul'turnom obščestve“ [Probleme der nationalen Schule im polykulturellen Umfeld]. Barnaul. Učenogo Soveta BGPU.
- MEINEL, H.T. (2002): „Die geoökologischen Folgewirkungen der Steppenumbrüche in den 50er Jahren in Westsibirien.“ Dissertation. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- MEISSNER, B. (1996): „Sowjetföderalismus und staatsrechtliche Stellung der Nationalitäten der RSFSR bis 1991.“ In: Kappeler, A.: *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. S.41–56.

- MERKEL, W. (2010): „Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung.“ 2. überarb. u. erw. Aufl.; Verlag für Sozialwissenschaften : Wiesbaden.
- Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Brandenburg (MLUV) (9.9.2004): „Sanddorn“.
[Link: <http://www.mugv.brandenburg.de/cms/detail.php/5lbm1.c.176804.de>;
Aufruf: 27.10.2010].
- Ministerstvo Regionalnogo Razvitija Rossijskoj Federacii (2007): „Ministerstvo regional'nogo razvitija Rossijskoj Federacii razrabotalo novyj podchod k tipologii regionov Rossijskoj Federacii. [Das Ministerium für regionale Entwicklung der Russländischen Föderation hat einen neuen Ansatz zur Typisierung der Regionen der RF erarbeitet.] (22.01.2007);
[Link:<http://archive.minregion.ru/WorkItems/NewsItem.aspx?NewsID=492>;
Aufruf: 14.9.2010]
- MÖLLER, T.; SCHAFT, F. ; PAASCHE B. ; BALMANN, A. (2010): „Ergebnisse des IAMO Forum 2009 ‚20 Years of Transition in Agriculture‘“; In: *IAMO 2010*. Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO); S. 61–68.
[pdf-Version; http://www.iamo.de/dok/iamo2010_de.pdf; Aufruf: 10.7.2010]
- MROWCZINSKY, R. (2005): „Gordische Knoten. Verwaltungshierarchien und Netzwerke in der UdSSR“. In: *Osteuropa*, 55. Jg./10; Deutsche Gesellschaft für Osteuropaforschung e.V. (DGO) (Hrsg.), S. 31–46.
- NEUTATZ, D. (2006): „Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion.“ In: Retterath, H.-W.(Hg.): *Russlanddeutsche Kultur: eine Fiktion? Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts*, Bd. 7; Freiburg i.Br.; S.17–43.
- O. A. (2006): „K 2050 godu naselenie Rossii mozet umen'sitsja na tret“ [Bis 2050 könnte sich die Bevölkerung Russland um ein Drittel verringern], In: www.polit.ru vom 25.10.2006, [Link: www.polit.ru/news/2006/10/25/1_3.html; Aufruf: 13.12.2010].
- OTT, T. (2000): „Angleichung, nachholende Modernisierung oder eigener Weg?“ In: *Europa Regional 3–4/2000*, 8. Jg.; Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, S. 20–26.
- PETRICK, M. (2010): „Zur institutionellen Steuerbarkeit von produktivem Unternehmertum im Transformationsprozess Russlands.“ Discussion Paper No. 132; Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO).
[pdf-Version: <http://www.iamo.de/dok/dp132.pdf>; Aufruf: 27.10.2010].
- RIEK, G.-A. (1995): „Die neue Ost-West-Migration : am Beispiel der Rußlanddeutschen in der Russischen Föderation.“ *Deutsche Hochschuledition 37*. Neuried: Ars Una.
- SCHLEICHER, J. (1996): „Autonomiebewegung: provinzielle Träume“. Moskau: Verl. Gotika.
- SCHULZE, E. (2002): „Warum blieb in der russischen Landwirtschaft die duale Struktur von Großbetrieb und Hauswirtschaften erhalten?“ In: *Agrarwirtschaft* 51, H. 6. S. 305–317.
- SEVEKER, M. (2006): „Sprachpraxis und Sprachangebote in der russlanddeutschen Minderheitssituation: die Siedlung Glijaden' in der westsibirischen Altairegion.“ In: Walter, A. / Menz, M./ De Carlo, S. (Hrsg.): *Grenzen der Gesellschaft?*; Institut für Migrations-

- forschung und Interkulturelle Studien (IMIS); Göttingen: V&R unipress mit Universitätsverlag Osnabrück. S. 219–240.
- SMIRNOVA, T.B. [Смиирнова, Т.Б.] (2003): „Nemcy Sibiri – etničeskie processy i etnokul'turnoe vzaimodejstvie“ [Sibiriendeutsche – ethnische Prozesse und ethnokulturelle Wechselwirkung]. Novosibirsk: Izdat. Inst. Archeologii i Étnografii SO RAN.
- SONNENWALD, P. (2000): „Abschlussbericht zu meinem Einsatz als Kurzzeitexperte in der Region Altai, Russland vom 7.12.2000 bis 21.12.2000.“ (Unveröffentlichte) Analyse der Schlachtbetriebe im DNR und der angrenzenden Rayons.
- STADELBAUER, J. (1996): „Regionen und Regionalismus in Sibirien und im Ural“. In: Kappeler, A. (Hrsg.): *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. S.163–187.
- STADELBAUER, J. (2000): „Räumliche Transformationsprozesse und Aufgaben geographischer Transformationsforschung.“ In: *Europa Regional 3-4/2000*, 8. Jg.; Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, S. 60–71.
- STEIN, C. (2004): „Raumstrukturelle Wirkungen von Transformation. Mittelasien und das Fergana-Tal.“ Europäische Hochschulschriften, Reihe IV Geographie und Heimatkunde, Bd. 25, Frankfurt/Main et al.: Peter Lang.
- Stiftung Altai (o. J.): „Entwicklungsperspektiven der Stiftung ‚Altai‘“; unveröffentlichtes Diskussionspapier. 6 S.
- STOJANOV, C. (2003): „Zur Situation in der Transformationsforschung.“ In: Kollmorgen, R. (Hrsg.): *Postsozialistische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur-theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Würzburg: Ergon-Verl.; S. 61–78.
- TSCHAIKA, J (2006): „Über die Realisierung der Bestimmungen der Botschaft des Präsidenten der russischen Föderation an die Föderale Versammlung für das Jahr 2006 in der Frage des Kampfes gegen die Korruption“; In: *ruslandanalysen 120/06* der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (1.12.2006); [Link: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen120.pdf>; Aufruf: 2.10.2010]
- Transparency International (2010): „Corruption Perception Index 2009“. [Link: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table; Aufruf: 13.12.2010]
- VIEHRIG, H. (2005): „Russlands Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation.“ *Praxis Kultur- und Sozialgeographie I PKS*, Band 34, Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- von KROSIGK, M. (1997): „In Russland vermisst“; in: *FOCUS Magazin 39/1997*; Internetversion vom 22.09.1997 [Link: http://www.focus.de/politik/deutschland/verschwendung-in-russland-vermisst_aid_167631.html; Aufruf: 19.10.2010].
- WÄHLING, A. (2008): „Studien zur Vermarktung von Sanddorn. Vortrag zum Workshop ‚Sanddorn aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern - Perspektiven und Potenziale im internationalen Wettbewerb‘.“ (Lenzen am 18.11.2008); NIG Nahrungs-

- Ingenieurtechnik GmbH, [www.sanddorn.net/NIG%20GmbH_Vortrag%20Lenzen_Zusammenfassung.pdf ; Aufruf: 27.10.2010].
- WANDEL, J. (2009): "Agroholdings and clusters in Kazakhstan's agro-food sector." Discussion Paper No. 126; Leibniz Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO); Halle (Saale);
[pdf-Version: <http://www.iamo.de/dok/dp126.pdf>, Aufruf: 8.12.2010].
- WAL'KO, A.W. [Валько А.В.] (2005): „Prigraničnaja transformacija social'no-ekonomičeskich sistem na primere Altajkogo kraja i Respubliki Kasachstan“ [Transformation sozio-ökonomischer Systeme am Beispiel der Grenzregion des Altai Krai und der Republik Kasachstan] (Magisterskaja Dissertazija), AGU.Barnaul.
- WEIN, N. (1999): „Sibirien.“ Gotha, Stuttgart: Klett-Perthes.
- WEGREN, S.K.; O'BRIEN, D.J.; PATSIORKOVSKI, V.V. (2003): „Russia's Rural Unemployed.“ In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 55, No. 6. ; S.847–867.
[pdf-Version: <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/3594586.pdf>, Aufruf: 8.12.2010].
- WEGREN, S.K.; O'BRIEN, D.J.; PATSIORKOVSKI, V.V. (2004): „Contemporary Rural Responses to Reform from above.“ In: *Russian Review*, Vol. 63, No. 2; S. 256–276.
[pdf-Version: <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/3664084.pdf>, Aufruf: 8.12.2010].
- WERNER K.-H. ; KRIMMEL, T. ; BARKUSKY, D. ; PAULUSCH A. (1994): „Standort- und Regionalanalysen für Halbstadt in Sibirien, Russland.“(Entwurf) für das BMI – Fördermaßnahmen für Russlanddeutsche. Dresden.
- Worldbank (2010): „Doing Business Report 2011“. [pdf-Version: <http://www.doingbusiness.org/~media/fpdkm/doing%20business/documents/annual-reports/english/db11-fullreport.pdf>; Aufruf: 14.9.2010].
- ZUBAREVICH, N. (2009): „Die Wirtschaftskrise in den russischen Regionen. Wirtschaftliche und soziale Folgen.“ In: *rusland-analysen 193/09*; Deutsche Gesellschaft für Osteuropa-forschung e.V. (DGO) (Hrsg.); Übers. aus d. Russischen von Lina Pleines; S.4-7.
[pdf-Version: http://www.laender-analysen.de/rusland/pdf/Ruslandanalysen_193.pdf; Aufruf: 10.7.2010].
- ZVYAGINTSEV, D. ; SHICK, O. ; SEROVA, E. ; LERMAN, Z. (2008): "Diversification of Rural Incomes and Non-Farm Rural Employment: Evidence from Russia." Discussion Paper No. 3.08; Hebrew University Jerusalem, Jerusalem.
[pdf-Version: <http://ageconsearch.umn.edu/bitstream/6049/2/dp080003.pdf>; Aufruf: 30.7.2010].

Statistiken

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE (DGO) (2010): „russland-analysen“, No. 200, S. 10–11.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE (DGO) (2010): „russland-analysen“, No. 204, S.20.

„OSNOVNIÉ POKAZATELI SEL'SKOGO CHOZJAJSTVA V ROSSII V 2008 GODU.“ (2009) (Hauptkennziffern der russländischen Landwirtschaft des Jahres 2008.). Federal'naja Služba Gosudarstvennoj Statistiki (Gosstat) i Glavnij Mežregional'nij Centr (GMZ Rosstata). Moskva.

„REGIONY ROSSII. SOCIAL'NO-ÉKONOMIČESKIE POKAZATELI 2009.“ (2009) [Regionen Russlands. Sozioökonomische Kennziffern 2009.]. Federal'naja Služba Gosudarstvennoj Statistiki (Gosstat). Moskva.

ROSSIJSKIJ STATISTIČESKIJ EŽEGODNIK 2007. (2007) [Statistisches Jahrbuch Russlands 2007]. Federal'naja Služba Gosudarstvennoj Statistiki (Gosstat). Moskva.

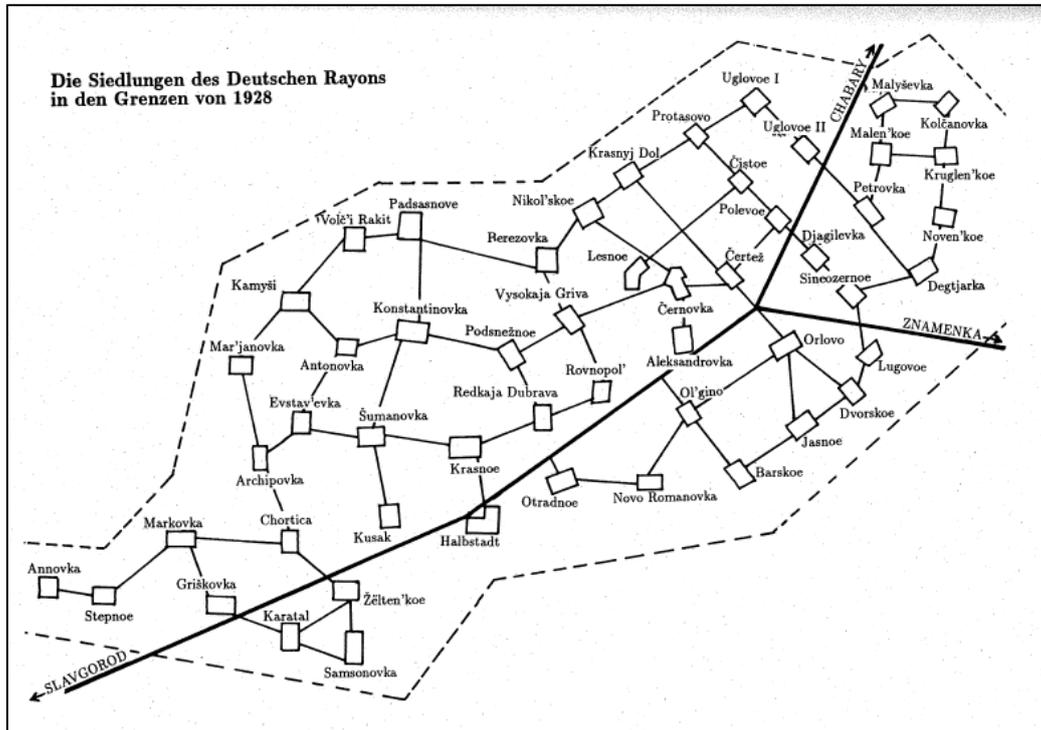
STATISTIČESKAJA INFORMACIJA MINISTERSTVA SEL'SKOGO CHOZJAJSTVA ROSSIJSKOJ FEDERACII (Statistische Informationen des Landwirtschaftsministeriums der RF), [Link: <http://www.mcx.ru/navigation/docfeeder/show/164.htm>] (13.12.2010)

TERRITORIAL'NIJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO ALTAJSKOMU KRAJU [Statistisches Amt des Altai Krai] (2008). „Osnovnie pokazateli social'no-ékonomičeskogo položenija municipal'nich rajonov i gorodskich okrug Altajskogo Kraja 2002-2007.“ [Hauptkennziffern der sozioökonomischen Lage der ländlichen und städtischen Kreise des Altai Krai 2002–2007.] Barnaul.

Anhang 1: Übersicht des verwendeten Transkriptionssystems

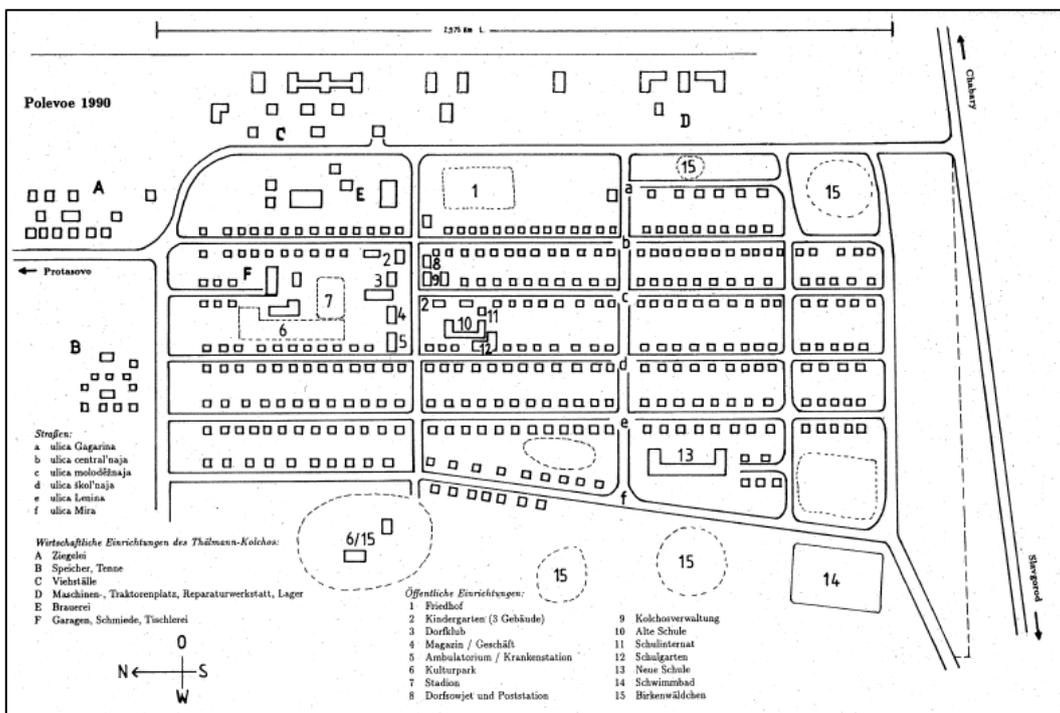
Kyrillisch		verwendete lateinische Umschrift	
Großbuchstabe	Kleinbuchstabe	Großbuchstabe	Kleinbuchstabe
А	А	A	a
Б	б	B	b
В	в	V	v
Г	г	G	g
Д	д	D	d
Е	е	E	e
Ё	ё	JO	jo
Ж	ж	Ž	ž
З	з	Z	z
И	и	I	i
Й	й	J	j
К	к	K	k
Л	л	L	l
М	м	M	m
Н	н	N	n
О	о	O	o
П	п	P	p
Р	р	R	r
С	с	S	s
Т	т	T	t
У	у	U	u
Ф	ф	F	f
Х	х	CH	ch
Ц	ц	C	c
Ч	ч	Č	č
Ш	ш	Š	š
Щ	щ	ŠČ	šč
Ъ	ъ	"	"
Ы	ы	Y	y
Ь	ь	,	,
Э	э	È	è
Ю	ю	JU	ju
Я	я	JA	ja

Anhang 2: Die Siedlungen des DNR Altai nach der Erstgründung 1928



Quelle: KLAUBE 1991:205.

Anhang 3: Grundriss und Übersichtsplan des Dorfes Polewoje (1990)



Quelle: KLAUBE 1991:207.

Anhang 4: Typisches Wohnhaus aus gepressten Rohrplatten im Dorf Schumanowka



Quelle: Eigene Aufnahme, 29.9.2006.

Anhang 5: Nebeneinander liegende Gartenparzellen im Dorf Schumanowka – ohne Umzäunung zur erleichterten Bearbeitung durch die Kolchose



Quelle: Eigene Aufnahme, 29.9.2006.

Anhang 6: Zentrale Dorfstraße im Dorf Kusak (im Hintergrund das Kreiskrankenhaus)



Quelle: Eigene Aufnahme, 5.10.2006.

Anhang 7: Protestantische Kirche im Dorfzentrum von Podsusnowo



Quelle: Eigene Aufnahme, 4.10.2006.

Anhang 8: Von der WSGH finanzierte Mehrfamilienhäuser in Halbstadt



Quelle: Eigene Aufnahme, 28.9.2006.

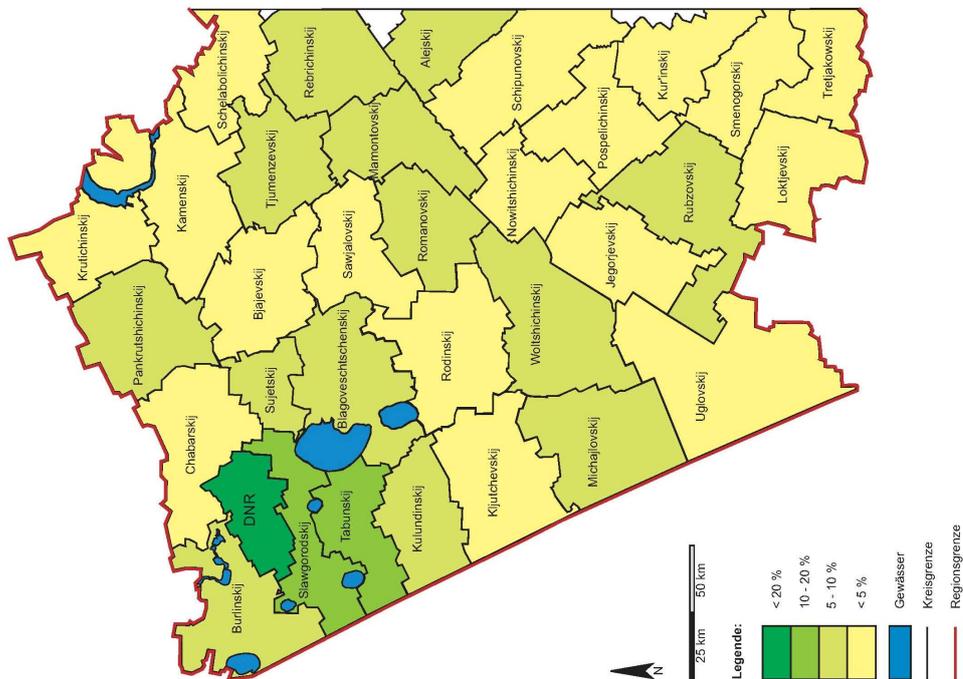
Anhang 9: Im Jahr 2006 fertig gestellte russisch-orthodoxe Kirche in Halbstadt



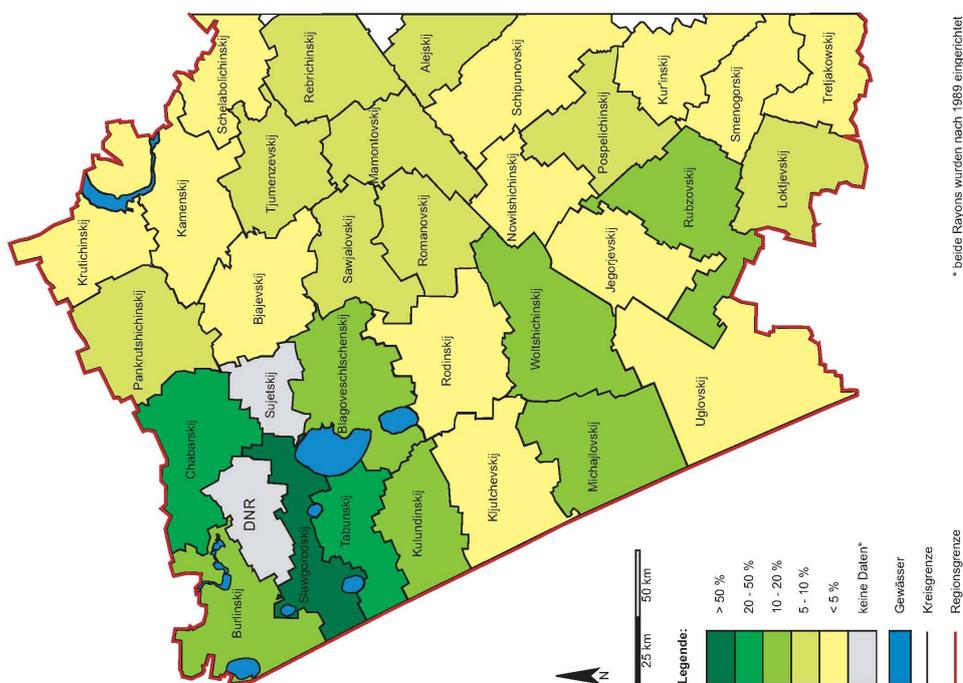
Quelle: Eigene Aufnahme, 28.9.2006.

Anhang 10: Veränderung der russlanddeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung zwischen 1989 und 2002 in den westlichen Landkreisen des Altai-Krai

Der Anteil russlanddeutscher Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den westlichen Landkreisen des Altai-Krai im Jahr 2002 (eigene Darstellung)



Der Anteil russlanddeutscher Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den westlichen Landkreisen des Altai-Krai im Jahr 1989 (eigene Darstellung)



Praxis Kultur- und Sozialgeographie

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wilfried Heller (Potsdam), Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner (Erkner/
Potsdam) und Dr. Carsten Felgentreff (Universität Osnabrück)

Federführender Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wilfried Heller

Schriftleitung: Dr. Waltraud Lindner

Zielsetzung:

Die Reihe "Praxis Kultur- und Sozialgeographie" soll ein Forum vor allem für Beiträge folgender Art sein:

- methodisch und thematisch besonders interessante Diplomarbeiten und andere wissenschaftliche Hausarbeiten von Hochschulabsolventen
- Arbeitsberichte über Lehrveranstaltungen (z. B. Geländepraktika und Exkursionen)
- Diskussionspapiere und Forschungsmitteilungen in Form von Berichten aus der "Forschungswerkstatt".

Bisher erschienen sind:

- Heft 1 **SÖHL, Ilse: Zur Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland.** Bauliche und sozialstrukturelle Änderungen in Altbauvierteln am Beispiel der Göttinger Südstadt. 1988. 97 S.
- Heft 2 **Alternative Ökonomie – Modelle und Regionalbeispiele.**
Inhalt:
SPERSCHNEIDER, Werner: Alternative Ökonomie und selbstverwaltete Betriebe - eine Strukturanalyse im südlichen Niedersachsen;
UHLENWINKEL, Anke: Alternativökonomie in der Region Bremen – zwischen endogenem Potential und neuen regionalen Wirtschaftsstrukturen. 1988. 162 S.
- Heft 3 **FELGENTREFF, Carsten: Egerländer in Neuseeland.** Zur Entwicklung einer Einwandererkolonie (1863-1989). 1989. 48 S.
- Heft 4 **KOBERNUSS, Jan-F.: Reiseführer als raum- und zielgruppenorientiertes Informationsangebot.** Konzeption und Realisierung am Beispiel Kulturlandschaftsführer Lüneburger Heide. 1989. 123 S.
Beilage: Lüneburger Heide – Begleiter durch Kultur & Landschaft.
- Heft 5 **STAMM, Andreas: Agrarkooperativen und Agroindustrie in Nicaragua.** Entwicklung zwischen Weltmarkt und bäuerlicher Selbsthilfe. 1990. 98 S.
- Heft 6 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Albanien 1990.** Protokolle und thematische Zusammenfassungen zu einem Geländekurs des Geographischen Instituts der Universität Göttingen. 1991. 87 S.
- Heft 7 **SCHROEDER, Friederike: Neue Länder braucht das Land!** Ablauf und Umsetzung der Länderbildung in der DDR 1990. 1991. 90 S.
- Heft 8 **EBERHARDT, Winfried: Die Sonderabfallentsorgung in Niedersachsen.** Fakten, Probleme und Lösungsansätze. 1992. 194 S.
- Heft 9 **HOFMANN, Hans-Jürgen / BÜRKNER, Hans Joachim / HELLER, Wilfried: Aussiedler – eine neue Minorität.** Forschungsergebnisse zum räumlichen Verhalten sowie zur ökonomischen und sozialen Integration. 1992. 83 S.
- Heft 10 **SCHLIEBEN, C. v.: Touristische Messen und Ausstellungen** – ihre Nutzung als Marketinginstrumente durch Fremdenverkehrsorganisationen. 1993. 121 S.
- Heft 11 **FRIELING, Hans-Dieter v. / GÜSSEFELDT, Jörg / KOOPMANN, Jörg: Digitale Karten in GIS.** 1993. 74 S.
- Heft 12 **OHMANN, Michael: Der Einsatz von Solaranlagen in öffentlichen Freibädern in der Bundesrepublik Deutschland.** Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit am Beispiel des Wellen- und Sportbades Nordhorn. 1995. 152 S.
- Heft 13 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Identität – Regionalbewußtsein – Ethnizität.** Mit Beiträgen von Wolfgang Aschauer, Stefan Buchholt, Gerhard Hard, Frank Hering, Ulrich Mai und Waltraud Lindner.
Teil 1:
ASCHAUER, Wolfgang: Identität als Begriff und Realität.
HARD, Gerhard: „Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie.“ Bemerkungen zu einer Untersuchung von Jürgen Pohl.
Teil 2:
BUCHHOLT, Stefan: Transformation und Gemeinschaft: Auswirkungen der „Wende“ auf soziale Beziehungen in einem Dorf der katholischen Oberlausitz.

- HERING, Frank: Ländliche Netzwerke in einem deutsch-sorbischen Dorf.** Eine sozialgeographische Untersuchung.
- MAI, Ulrich: Persönliche Netzwerke nach der Wende und die Rolle von Ethnizität:** Die Sorben in der ländlichen Lausitz.
- LINDNER, Waltraud: Ethnizität und ländliche Netzwerke in einem nieder-sorbischen Dorf der brandenburgischen Niederlausitz nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.** 1996. 152 S.
- Heft 14 **PAPE, Martina: Obdachlosigkeit in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.** Dargestellt am Beispiel der Städte Nordhausen und Northeim. 1996. 105 S.
- Heft 15 **BÜRKNER, Hans-Joachim / KOWALKE, Hartmut (Hrsg.): Geographische Grenzraumforschung im Wandel.**
 Inhalt:
BÜRKNER, Hans-Joachim: Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen – Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende in Ostmitteleuropa.
MAIER, Jörg / WEBER, Werner: Grenzüberschreitende aktivitäts- und aktions-räumliche Verhaltensmuster im oberfränkischen Grenzraum vor und nach der Wiedervereinigung.
JURCZEK, Peter: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck.
STRYJAKIEWICZ, Tadeusz: Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
ASCHAUER, Wolfgang: Systemwandel und Grenzöffnung als Faktoren der Regionalentwicklung – das Beispiel der ungarisch-österreichischen Grenzregion.
KOWALKE, Hartmut: Themen und Perspektiven der „neuen“ Grenzraumforschung. 1996. 82 S.
- Heft 16 **OBST, Andreas: Bürgerbeteiligung im Planungsprozess.** Qualitative Untersuchungen zu Problemen der Dorferneuerung. 1996. 116 S.
- Heft 17 **KUHR, Jens: Konzeption eines Geographischen Reiseführers als zielgruppenorientiertes Bildungsangebot.** 1997. 204 S.
- Heft 18 **MOTZENBÄCKER, Sabine: Regionale und globale Verflechtungen der biotechnologischen Industrie Niedersachsens.** 1997. 158 S.
- Heft 19 **TÖDTER, Sven: Car-Sharing als Möglichkeit zur Reduzierung der städtischen Verkehrsbelastung.** Eine vergleichende Untersuchung des Nutzer- und Anforderungsprofils des „stadt-teil-autos“ in Göttingen. 1998. 71 S.
- Heft 20 **ASCHAUER, Wolfgang / BECKER, Jörg / FELGENTREFF, Carsten (Hrsg.): Strukturwandel und Regionalbewußtsein.** Das Ruhrgebiet als Exkursionsziel. 1999. 108 S.
- Heft 21 **FELGENTREFF, Carsten / HELLER, Wilfried (Hrsg.): Neuseeland 1998.** Reader zur Exkursion des Instituts für Geographie der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Migration und Restrukturierung/Deregulierung. Mit Beiträgen von Monika Bock, Lars Eggert, Anja Farke, Tanja Gärtig, Matthias Günther, Thomas Hahmann, Christian Heilers, Anke Heuer, Annekathrin Jakobs, Heinrich Kannstein, Katrin Kobus, Michael Ksinsik, Carmen Liesicke, Tilly Müller, Jörg Pasch, Antje Schmallowsky, Olaf Schröder, Alexander Spieß, Bettina Wedde, Markus Wolff. 1999. 238 S.

- URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4308/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-43084>
- Heft 22 **KRUSE, Jörg / LERNER, Markus: Jüdische Emigration aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Aspekte eines neuen Migrationssystems.** 2000. 150 S.
- Heft 23 **HELMS, Gesa: Glasgow – the friendly city. The safe city.** An agency-orientated enquiry into the practices of place-marketing, safety and social inclusion. 2001. 126 S. ISBN 3-935024-21-5
- Heft 24 **BEST, Ulrich/GEBHARDT, Dirk: Ghetto-Diskurse.** Geographien der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. 2001. 177 S. ISBN 3-935024-24-X
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4550/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-45507>
- Heft 25 **KNIPPSCHILD, Robert: Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße.** Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen. 2001. 107 S. ISBN 3-935024-32-0
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4552/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-45526>
- Heft 26 **ZIENER, Karen: Das Bild des Touristen in Nationalparks und Biosphärenreservaten im Spiegel von Befragungen.** 2001. 169 S. ISBN 3-935024-38-X
- Heft 27 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Abwanderungsraum Albanien – Zuwanderungsziel Tirana.** 2003. 108 S. ISBN 3-935024-68-1
- Heft 28 **HELLER, Wilfried / FELGENTREFF, Carsten / LINDNER, Waltraud (eds.): The socio-economic transformation of rural areas in Russia and Moldova.** 2003. 163 S. ISBN 3-935024-79-7
- Heft 29 **FELGENTREFF, Carsten / GLADE, Thomas (Hrsg.): Raumplanung in der Naturgefahren- und Risikoforschung.** 2003. 89 S. ISBN 3-935024-80-0
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4309/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-43094>
- Heft 30 **CARSTENSEN, Ines: Der deutsche Ferienhaustourist – schwarzes Schaf oder Goldesel?** Ergebnisse empirischer Feldforschung zu deutschen Ferienhausgästen in Dänemark. 2003. 176 S. ISBN 3-935024-86-X
- Heft 31 **CARSTENSEN, Ines: Land in Sicht? Berliner Einstellungen zu Freizeitwohnsitzen und Ferienhausaufenthalten im Umland.** Ergebnisse empirischer Feldforschung. 2004. 135 S. ISBN 3-937786-20-1
- Heft 32 **FELGENTREFF, Carsten / GLADE, Thomas (Hrsg.): Von der Analyse natürlicher Prozesse zur gesellschaftlichen Praxis.** 2004. 174 S. ISBN 3-937786-24-4
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4341/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-43410>
- Heft 33 **ROLFES, Manfred / WEITH, Thomas (Hrsg.): Evaluation in der Praxis: Aktuelle Beispiele aus der Stadt-, Regional- und Umweltentwicklung.** 2005. 183 S. ISBN 3-937786-50-3
- Heft 34 **VIEHRIG, Hans: Russlands Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation.** 2005. 128 S. ISBN 3-937786-53-8
- Heft 35 **SALLANZ, Josef (Hrsg.): Dobrukscha. Ethnische Minderheiten – Kulturlandschaft – Transformation.** Ergebnisse eines Geländekurses des Instituts für Geographie der Universität Potsdam im Südosten Rumäniens. 2005. 155 S. ISBN 3-937786-76-7

- URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1465/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-14654>
- Heft 36 **ZIENER, Karen/CARSTENSEN, Ines/GOLTZ, Elke (Hrsg.): „Bewegende Räume“ – Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse.** Festschrift anlässlich der Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.04. 2005. 210 S. ISBN 3-937786-80-5
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1174/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-11748>
- Heft 37 **KLEIN-HITPAß, Katrin: Aufbau von Vertrauen in grenzüberschreitenden Netzwerken – das Beispiel der Grenzregion Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen im EU-Projekt ENLARGE-NET.** 2006. 210 S. ISBN 3-937786-80-5
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1168/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-11680>
- Heft 38 **HOFMANN, Juliane: The best of both worlds. Eine Fallstudie zu “Long distance-Migranten” zwischen Europa und Neuseeland.** 2006. 136 S. ISBN 3-939469-24-6
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1171/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-11714>
- Heft 39 **FELGENTREFF, Carsten (Hrsg.): Die Islamische Republik Iran. Eine Studienreise.** 2006. 80 S. 9 €, ISBN 3-939469-25-4
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1172/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-11726>
- Heft 40 **KNAPPE, Susanne: Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam. Eine empirische Analyse wissenschaftsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte.** 2006. 110 S. ISBN 978-3-939469-51-3
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1173/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-11732>
- Heft 41 **ETZ, Swen: Möglichkeiten und Grenzen der Verbesserung des nachhaltigen Kanalunterhalts durch bäuerliche Selbstorganisation. Das Beispiel der OERT im Bewässerungsgebiet des Office du Niger/Mali.** 2007. 116 S. ISBN 978-3-939469-55-1
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1272/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-12722>
- Heft 42 **RICHTER, Dietmar: Flächennutzungswandel in Tirana. Untersuchungen anhand von Landsat TM, Terra ASTER und GIS.** 2007. 90 S. ISBN 978-3-939469-64-3
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1301/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-13018>
- Heft 43 **VIEHRIG, Hans: Polens Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation.** 2007. 109 S. ISBN 978-3-939469-77-3
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1450/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-14504>
- Heft 44 **MOHRING, Katharina: Die Mobilitätsbereitschaft von Schülerinnen und Schülern im Land Brandenburg.** 2007. 108 S. ISBN 978-3-939469-78-0
 URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1451/>
 URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-14517>

- Heft 45 **BUDKE, A. / BÜRKNER, H.-J. (Hrsg.): Wasser, Gesellschaft und städtischer Raum in Mexiko. Auf den Spuren des lokalen Umgangs mit Problemen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Metropolregion Guadalajara. / Agua, sociedad y espacio urbano en México. En busca de pistas sobre el manejo local de problemas de abastecimiento y de eliminación de agua en la region metropolitana de Guadalajara.** 2009. 168 S.
ISBN 978-3-940793-78-2
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/2897>
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-28978](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-28978)
- Heft 46 **ROLFES, M. / STEINBRINK, M. / UHL, C.: Townships as attraction – An Empirical Study of Township Tourism in Cape Town.** 2009. 60 S.
ISBN 978-3-940793-79-9
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/2894>
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-28947](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-28947)
- Heft 47 **BUDKE, A. / Wienecke, M. (Hrsg.): Exkursion selbst gemacht. Innovative Exkursionsmethoden für den Geographieunterricht.** 2009. 124 S.
ISBN 978-3-86956-082-3
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/3334>
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-33347](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-33347)
- Heft 48 **ROLFES, M. / RÖPCKE, J./ROZANSKIS, K. (Hrsg.): Regionale Bedeutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen – Das Beispiel Potsdam. Regional signyficance of universities and research institutions – The case study Potsdam.** 2010. 77 S. ISBN 978-3-86956-082-3
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4591>
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-45910](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-45910)
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-45910](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-45910)
- Heft 49 **UHLENWINKEL, A. (Hrsg.): Teaching about the work values of Europeans. Critical reflections from the first student exchange of the EVE-project.** 2010. 189 S. ISBN 978-3-86956-099-1
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4816/>
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-48164](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-48164)
- Heft 50 **KREITSCH, T.: Nachwuchsschwäche und Nachwuchssicherung in Deutschland – Staat in der Verantwortung für eine aktive Bevölkerungspolitik?** 2011. 398 S. ISBN 978-3-86956-006-9
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/4931/>
URN <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-49313>
- Heft 51 **BÜRKNER, H.-J. (Hrsg.): Berlin zwischen Europäischer Metropolisierung und kreativer Stadtentwicklung Imaginationen und Diskurse „von unten“.** 2011. 100 S. ISBN 978-3-86956-135-6
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/4941/>
URN <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-49418>
- Heft 52 **WIPPER, A.: Flugverkehr und Risikodiskurs – dargestellt am Ausbruch des Eyjafjallajökull 2010.** 2011. 58 S. ISBN 978-3-86956-136-3
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/4953/>
URN <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-49533>

Rund 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion verharrt ein Großteil ländlich geprägter Regionen in der Russländischen Föderation in einer strukturellen Krise, die sich auf ökonomischer, sozialer und politischer Ebene niederschlägt. Auch wenn sich ländliche Räume als vermeintliche Verlierer der Transformation erwiesen haben, so sind sie doch vielfach in sich differenziert und zeigen verschiedenartige Problemlagen und Entwicklungspfade auf, die vom Umgang mit den Herausforderungen des Systemwechsels zeugen. Beispielhaft wird dies am Deutschen Nationalen Rayon Altai (DNR Altai) dargestellt, dessen Transformationsphase in der vorliegenden Arbeit rekonstruiert wird. Der DNR Altai stellt in vielerlei Hinsicht einen Sonderfall dar, da er als räumlicher Fixpunkt russland-deutscher Entwicklungspolitik in die bundesdeutsche Förderkulisse eingebettet war. Mit dem allmählichen Rückzug der deutschen Förderinstitutionen stellt sich jedoch die Frage nach nachhaltigen Strukturen, Verstetigung von Projekten und der Zukunft russlanddeutscher Kultur im Altai.

